IE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 – 16 24 67

220 20. JAHRGANG Januar 2003 4,50

EUES TARIFSYSTEM DER DEUTSCHEN BAHN

Bleibt Bahnfahren attraktiv?

der Einführung des neuen Tarifsystems 15. Dezember 2002 ist das Bahnfahren nicht aktiver geworden. Der Fahrgastverband O BAHN« hat Nachbesserungen beim neuen Preis Tarifsystem der Deutschen Bahn (DB) gefordert. esonders die Umwandlung des Interregio zum rcity führt zu Preiserhöhungen von bis zu Prozent«, so der stellvertretende ndesvorsitzende Joachim Kemnitz. Eine ipfindliche Angebotslücke« sieht der Verband auch jüngere Kunden zwischen 14 und 26 Jahren. chfolgend eine Zusammenfassung der wichtigsten ikpunkte.

Foto: Verkehrsclub Deutschland (VCD)

aktion Heidelberg ● Die bisherigen Interregio-Züge erten einen neuen Namen und neuen Lack. Sonst ändesich nichts. Sowohl Pendler als auch Gelegenheitsfahr seien betroffen – ob mit oder ohne Bahncard. »Eine rt im Intercity von Paderborn nach Warburg ist im gleich zum Angebot im Nahverkehr überzogen teu, so Kemnitz. Bisher konnten Regionalzüge und der erregio zum gleichen Fahrpreis genutzt werden.

Weiteren Nachbesserungsbedarf sieht Kemnitz für die ndengruppe zwischen 14 und 26 Jahren. Mit dem Aus die Bahncard Junior und dem Twen-Ticket fallen die gebote für diese Zielgruppe weg. »Ein Student wird mit Jahren genauso behandelt wie ein Erwachsener«, *llt Kemnitz fest. Auch ein Jugendlicher mit 15 muss für* e Bahncard 60 EUR zahlen, wenn er nicht über die Failie eine Bahncard für 5 EUR erhalte. Hier solle die DB h noch neue Ansätze überlegen, um gerade für jüngeKunden attraktiv zu beleiben. Der flexible Einzelreisenzahlt künftig drauf, auch auf langen Strecken, die von DB mit »gesenkten Grundpreisen« intensiv beworben rden. »Kiel-Berchtesgaden ist die Ausnahme«, so Kemz. Die durchschnittliche Reiseweite im Fernverkehr begt 220 Kilometer – und das entspricht einer Fahrt von mburg nach Hildesheim-Ost.

PRO BAHN hatte Anfang Dezember Bundesverkehrsmiter Manfred Stolpe (SPD) über 10.000 Unterschriften den Erhalt der Bahncard 50 überreicht. Unter dem otto »Mehr Pep mit Mobilcard« hatte der Verband in letzten Monaten immer wieder auf die Mehrbelastunhingewiesen und Protestpostkarten sowie E-Mails gemmelt. Die Tarifhoheit liegt nach wie vor beim Bund, sich als Eigentümer der DB nicht der politischen Vertwortung entziehen kann. Auch künftig will der Vernd die weiteren Entwicklungen kritisch begleiten.

Auch der Verkehrsclub Deutschland (VCD) will weiter die Regelung mit der alten Bahncard 50 kämpfen. r VCD hatte eine Übergangsregelung von drei Jahren fordert. Danach sollte der Verbraucher entscheiden. Doch das kostet die Bahn Geld«, weiß Annette Volkens m VCD. »Der Grundpreis für Fernstrecken sinkt. Gibt man jetzt auf den niedrigen Preis 50% Rabatt, macht man Verlust.«

Auch Michael Frömming, Landesvorsitzender des niedersächsischen VCD steht dem neuen Tarifsystem kritisch gegenüber. Vor allem für Stammkunden sieht er schwerwiegende Nachteile: »Durch die geringere Attraktivität der Bahncard25 verprellt sich die Bahn ihre treuesten Kunden. Hier sehen wir die größte Gefahr, dass zum Beispiel Pendler auf das Auto umsteigen.« Auch die weitgehende Abschaffung des Interregio benachteiligt die Menschen, die auf den Zug angewiesen sind. Diese Zuggattung wird durch zum Teil durch zuschlagpflichtige Intercitys ersetzt, die mit VNB-Tickets gar nicht oder nur mit Aufschlägen zu nutzen sind.

Unsere Redaktion Bremen-Umland hat sich ausführlich mit dem neuen Tarifsystem auseinandergesetzt...

Unser Schwerpunktthema Seite 7 bis 10

AUS DEM INHALT:

KOMMUNE-INFO-TOUR

Es gibt immer mehr Menschen, die auf der Suche nach Alternativen zur herrschenden, kapitalistischen Ellbogengesellschaft sind, die unzufrieden sind mit einem Wirtschaftssystem, das auf der Ausbeutung von Menschen und Ressourcen basiert, und das in erster Linie der Gewinnmaximierung dient. Im Februar ist die Kommune-Info-Tour wieder unterwegs, um Möglichkeiten eines sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Lebens in Gemeinschaften und Kommunen darzustellen und zu diskutieren. Der Tour-Fahrplan: Kassel, Mainz, Tübingen, Ravensburg, Zürich, Basel, Offenburg und Freiburg. Seite 2

DEBATTE

Jede Kritik an den Vereinigten Staaten muss sich dem Vorwurf des Antiamerikanismus stellen, seit deren Präsident erklärte, entweder könne Mensch für oder gegen diese Nation sein. Die Analogie mit dem Begriff Antisemitismus ist entweder plump oder aus Gründen der Propaganda gewählt. Unter Antisemitismus verstehen wir »Feindschaft, Abneigung und Hetze gegen Juden«, oder eine »rassistisch, religiös motivierte Bewegung gegen alles Jüdische«. Holger Witzenleiter stellt in seinem Beitrag »Antiamerikanische Zeilen« zur Debatte. Seite 3/4

VERFASSUNGSFEIND AUTO?

Ein Vorstandsmitglied von »autofrei leben! e.V.« erhebt Verfassungsbeschwerde gegen den Straßenverkehr in seiner heutigen Form. Der Gesetzgeber habe dem Auto eine Sonderstellung zu Lasten umweltfreundlicher Verkehrsteilnehmer verschafft. Fachleute halten eine verfassungsrechtliche Klärung für überfällig. Seite 6

EIGENE WÄHRUNGEN

In unserer Dezember-Ausgabe 2002 wurde ausführlich über den Roland-Gutscheinring berichtet. Es bestehen in Deutschland weder verfassungsrechtliche noch andere gesetzliche Bedenken gegen das Recht von gemeinwesenorientierten Gruppen, ihr eigenes Geld zu vereinbaren und zu benutzen. Im Gegenteil: Regionale und lokale Geldsysteme wie der ROLAND-Gutschein sind aufgrund ihres vertragsfreiheitlichen Rechtsgeschäftes verfassungsrechtlich höher zu bewerten als gesetzliche Zahlungsmittel. Seite 12

GENOSSENSCHAFTEN

Ethische Geldanlagen, bei denen das Sparen mit moralischen Grundsätzen verbunden ist, gibt es inzwischen etliche. Die »Paritätische Geldberatung« stellt das Geld ihrer Kund/innen der Sozialarbeit zur Verfügung. So werden soziale Einrichtungen und -initiativen, wie z.B. Kindertagesstätten, Pflegevereine oder Beratungsstellen, unterstützt. »Paritätisch sparen kann jede/r. Seite 13

www.contraste.org

D 8008

AUTOBAHNGEGNERINNEN SOLLEN FÜR DIE RÄUMUNG DES HÜTTENDORFES AN DER A33 ZAHLEN

Vom Gerichtsvollzieher verfolgt...

Das Hüttendorf an der A33 in Borgholzhausen (NRW) wurde am 14.10.1998 geräumt. Zwölf Personen sollen nun für angebliche 75.000 EUR Räumungskosten aufkommen. Mit einer Petition an den Landtag von Nordrhein-Westfalen wenden sich die Umweltschützer gegen diese Zahlungsaufforderung. Nachfolgend ein Interview mit Dieter Rahmann, einem der Betroffenen. Das Interview führte Peter Nowak.

Warum sollen Sie und weitere 11 Personen je 12.248,11 DM an das Straßenbauamt Osnabrück zahlen?

Dieter Rahmann: Wir sollen die Räumung des Hüttendorfes bezahlen, mit dem wir gegen den Bau der A33 bei Bielefeld protestierten. In der Rechnung sind so »räumungsnotwendige Dinge« wie 400 qm Baufolie, 2.000 Tonnen Mineralsandgemisch, 40 Meter Kanalrohr und 20 Kg Grassamen aufgeführt. Bei der Klage dagegen hat der Staat uns deutlich die Arroganz der Macht spüren lassen. Selbst Personen, die nie im Hüttendorf gewohnt haben, sollen zahlen.

Sie haben den Weg durch die juristischen Instanzen verloren. Was versprechen Sie sich von der Petition an den NRW Landtag?

Petitionen an Landtagspolitiker machen nur Sinn, wenn gleichzeitig eine öffentliche Debatte über die juristische Praxis entsteht, mit der uns das Einlegen von Rechtsmitteln erschwert wurde. So soll z. B. eine Frau Gerichtsgebühren für Verfahren zahlen, an denen sie nicht teilgenommen hat. Auch werden Geldforderungen vollstreckt, die einem kein Gericht mehr erklären will und oder kann.

Gibt es Solidarität von anderen Umweltorganisationen, die damals gegen den Bau der A33 protestierten?

Abgesehen von vereinzelten Beileidsbekundungen, nein. Aufgrund der Heterogenität der politischen Ziele verstand sich ein Großteil der früheren lokalen Umweltbewegung als Reparaturorgan des Kapitalismus. Uns ging es immer um die soziale Komponente der kapitalistischen »Automobilisierung«. Die klassische Umweltbewegung vor Ort ist zerfallen und somit auch des damaligen Zweckbündnis gegen die A33.

Gab es Reaktionen von den Grünen, die mit in der NRW Regierung sitzen?

Unser Schreiben an die Landtagsfraktion wird im üblichen Rahmen bearbeitet. Das entspricht den Erwartungen, wurde doch 1995 die Koalition mit dem von Minister Vesper in den Kreisverbänden durchgeboxten Ja zur A 33 erkauft. Eine rot-grüne Landesregierung hat zudem einen erheblichen Erklärungsbedarf für das Verhalten der Staatsanwaltschaft, die unsere Strafanzeige gegen den Straßenbauamtsleiter einstellte. Dabei haben wir Beweise, dass nicht die Hüttendorfreste eindeponiert wurden, sondern der Jahre vorher vom Straßenbauamt illegal im Landschaftsschutzgebiet abgekippte Bauschuttklamm heimlich entsorgt und uns danach anders deklariert mit auf die Rechnung gesetzt wurde.

Es gab schon die ersten Zwangsvollstreckungen. Was bedeutet das für Sie?

Viel Stress. Dem Gerichtsvollzieher muss immer mal wieder erklärt werden, dass man das Mountainbike gerade geliehen hat, das Radio kaputt ist, der Trecker lebensnotwendig zum Gelderwerb sein und dass einem von den 4 kg Müsli nur 2 Kg gehören. Eine so unbezahlbar hohe Forderung von insgesamt 75.000 Euro hat aber auch den Effekt, dass wir gar keine Möglichkeit haben, ins schöne bürgerliche Leben abzutauchen. Wir nerven stattdessen unfreiwillig die Gerichte.●

Weitere Informationen:
huettendorf.de

Spenden sind auch wichtig. Kontonummer: 6514384, BLZ 480 515 80, bei KSK Halle/Westfalen, Inhaber: AG gegen A 33.

AKTION 2003

Einen glücklichen Start...

... und einen doch noch positiven Jahresabschluss 2002 konnten wir durch die innerhalb der letzten drei Wochen eingegangenen Spenden verbuchen. Trotz der Feiertage erreichten uns bis zum 7.1.2003 43 Spenden über insgesamt 2.789,56 EUR. Das ist mehr als ein Drittel der Summe, die wir uns als Ziel der Kampagne gesetzt haben. Über den Berg sind wir allerdings noch nicht, es fehlen noch 4.713,44 EUR. Wir hoffen darauf, dass sich noch viele weitere LeserInnen an der Aktion 2003 beteiligen.

Redaktion Heidelberg ● Unter Berücksichtigung der Deckungslücke aus 2002 über 1.205,00 EUR verbleibt ein Restbetrag von 1.584,56 EUR, den wir zur Finanzierung der zu erwartenden Deckungslücke 2003 verwenden werden.

Eine bestehende Fördermitgliedschaft wurde umgewandelt, unser neues Fördermitglied ist das Kölner Institut für Neue Arbeit e.V.: 154,00 EUR, die echte Neueinnahmen von 92 EUR bedeuten.

Sechs Abos wurden gekündigt, eines musste wegen »unbekannt verzogen« eingestellt werden. Fünf neue Abos kamen hinzu, so dass es zu einem weiteren Fehlbetrag von 90,00 EUR kommt. Dadurch benötigen wir noch 2.213,44 EUR , um die errechnete Lücke endgültig zu schließen, weitere 2.500,00 EUR werden für den Teilabbau der Altschulden benötigt. Erst dann sind wir wirklich über den Berg.

Spendenliste

- Werner Driehorst, 37164 Uslar: 5,00 EUR
- Nico Schindler, 68176 Mannheim: 51,00 EUR
- N.N., Frankfurt/Main: 275,00 EUR
- Bernd Hüttner, 28201 Bremen: 26,00 EUR
- Wolfgang Weisshuhn, 52070 Aachen: 100,00 EUR
- N.N., Berlin: 25,20 EUR
- Jan Beck, 90480 Nürnberg, 25,20 EUR
- Volker Spiel, 23619 Mönkhagen: 100,00 EUR
- N.N., Mainz: 260,00 EUR
- N.N., Aachen: 100,00 EUR
- Matthias Göpfert, 23564 Lübeck: 25,00 EUR
- Isolde Bräuner, 76530 Baden-Baden: 30,00 EUR
- Wilfried Lietzau, 28207 Bremen: 50,00 EUR
- Till Strucksberg, 44265 Dortmund: 50,00 EUR
- Colpo, anarchistische Aktions- und Medienwerkstatt, 10965 Berlin: 100,00 EUR
- Christina Läpple, 81667 München: 20,00 EUR
- Karl-Heinz Kruse, 26122 Oldenburg: 30,00 EUR
- A. Meyer, 16248 Niederfinow: 50,40 EUR
- Frank Dreifke, 13189 Berlin: 100,00 EUR
- Regine Deschle, 18106 Rostock: 80,00 EUR
- Andreas Lorenz, 10179 Berlin: 50,00 EUR
- Bäckerei Weber GmbH, 71364 Winnenden: 100,00 EUR
- Jürgen Hahnel, Wagendorf »Kuntabunt«, 72072 Tübingen: 50,00 EUR
- Heinz Weinhausen, 51063 Köln: 20,00 EUR
- Ingrid Schulze, 10999 Berlin: 60,00 EUR
- N.N., Hamburg: 20,00 EUR
- N.N., 89584 Alstensslingen: 10,00 EUR
- Peter Knuhr, Astrid Pfab, 86554 Pöttmes: 100,00 EUR
- Praktische Pädagogik e.V., 10999 Berlin: 100,00 EUR
- Eberhard Göpel, 33739 Bielefeld: 50,00 EUR
- N.N., Hamburg: 291,56 EUR
- Reinhard Scholtes, 07407 Rudolstadt: 25,00 EUR
- Mag. Michael Graf, Österreich: 50,00 EUR
- Hinrich Brockmann, 80337 München: 50,00 EUR
- Birgit Hahn, 23701 Eutin: 25,00 EUR
- N.N., Marburg: 30,00 EUR
- Gabriele Sonns, Stuttgart: 50,00 EUR
- Jürgen Lützel, 67434 Neustadt: 25,00 EUR
- Peter Zick, Taxiunternehmen, 12207 Berlin: 30,00 EUR
- Stefan Groll, 90766 Fürth: 50,00 EUR
- Wolfgang Vollmari, 48163 Münster: 25,00 EUR
- Barbara Uebel, 16909 Schweinrich: 25,20 EUR
- Reinhold Waber, 86690 Mertingen: 50,00 EUR

Allen SpenderInnen und den Migliedern des Fördervereins: Herzlichen Dank für die Unterstützung!

Abokampagne 100+

Bereits zusätzliche einhundert neue AbonnentInnen würden ausreichen, um CONTRASTE einen positiven Jahresabschluss zu ermöglichen und damit das Projekt zu stabilisieren und eine Deckungslükke für das Jahr 2004 zu verhindern. Das ist nicht viel, aber mit den Mitteln der ehrenamtlichen Redaktionen sind wir nicht in der Lage, eine Abokampagne zu starten. Wir benötigen dazu die Hilfe unserer LeserInnen, denn Ihr seid die besten MultiplikatorInnen. Das Ziel für das Jahr 2003 sind weiterhin 100+ Neuabos.

Wir hoffen weiterhin auf weitere Spenden, Neuabos und Umstellungen bestehender Abos auf Fördermitgliedschaften (Coupon auf dieser Seite!). Spendenkonto: Volksbank Bergstraße, BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076 (bitte Wunsch nach Spendenquittung angeben!). Über den neuesten Stand werden wir wieder in der nächsten Ausgabe berichten.●

Dankbar wären wir, wenn unsere LeserInnen, die an diversen Tagungen und Veranstaltungen teilnehmen, kostenlose Überdrucke der CONTRASTE dort auslegen würden. Bestellungen unter Tel. (0 62 21) 16 24 67.

SPENDEN- UND ABOZÄHLER

Das Zeitungsprojekt benötigt noch 4.713,44 EUR an Spendengeldern.

Das Ziel der Abokampagne: 100+ Neuabos

IN EIGENER SACHE

Hin und wieder erreichen uns nicht nur lobende sondern auch zornige LeserInnenbriefe. Wir möchten ausdrücklich daraufhinweisen, das die in CONTRASTE veröffentlichten Artikel nicht zwangsläufig den Meinungen unserer Redaktionsmitglieder entsprechen müssen – selbst diese haben nicht eine einheitliche Meinung. Da sich CONTRASTE als Diskussionforum unterschiedlichster Bewegungen (und eben auch Meinungen) versteht, werden immer wieder auch Artikel, die zu kontroversen Diskussionen führen (und zugegebenermaßen manchmal recht provozierende Äußerungen enthalten) abgedruckt. Wir halten es für wichtig, keinen unkritischen Pluralismus zu vertreten aber denken, dass alle standhaft genug sein sollten, gemeinsam eine Streitkultur zu pflegen, die wichtige Auseinandersetzungen möglich macht. Also: Beim nächsten Ärger über einen Artikel nicht gleich zornig zum Hörer greifen und das CONTRASTE-Abo kündigen, sondern zur Feder oder Tastatur greifen und selbst etwas schreiben. Wie schon gesagt: Wir verstehen uns als offenes Diskussionsforum!

KOMMUNE-INFO-TOUR 2003:

Der Utopie dicht auf den Fersen?

Es gibt immer mehr Menschen, die auf der Suche nach Alternativen zur herrschenden, kapitalistischen Ellbogengesellschaft sind, die unzufrieden sind mit einem Wirtschaftssystem, das auf der Ausbeutung von Menschen und Ressourcen basiert, und das in erster Linie der Gewinnmaximierung dient.

Die Kluft zwischen arm und reich wird immer größer, ökologische Katastrophen zerstören die Lebensgrundlage vieler Menschen. Millionen sind weltweit auf der Flucht oder sie werden Opfer von wirtschaftlich motivierten Kriegen der globalen Großmächte. Der Einsatz für menschenwürdige Strukturen und Erhalt unserer Umwelt muss heute oberste Priorität haben.

Eine Möglichkeit besteht darin, das Leben in Kommunen, und Gemeinschaften zu organisieren, in denen unterschiedlichste Menschen altersgemischt zusammen leben und arbeiten. Die Bündelung von Energien und Ressourcen und der gemeinsame Besitz von Gebäuden und Produktionsmitteln eröffnet Alternativen in sozialer, ökologischer und wirtschaftlicher Hinsicht.

»Wir sind nicht so anmaßend zu denken, wir hätten die allein-selig machenden Konzepte in dieser Situation«, heißt es von Seiten der Kommune-Tour-Gruppe, »aber durch den Aufbau solidarischer Lebensformen, gerechter Arbeitsverhältnisse, durch Abbau sexistischer und rassistischer Strukturen sowie der Infragestellung des alltäglichen Konsumverhaltens wollen wir am Aufbau einer gerechteren Welt mitwirken«.

Große Worte für kleine Schritte? Die Kommune-Info-Tour 2003 bietet Gelegenheit zur Debatte.

Kommunardinnen aus der Kommune Niederkaufungen, der Villa Locomuna aus Kassel, der Kommune Buchhagen, der Feuerland-Kommune aus der Uckermark, der Kommune Liberwal aus dem Wendland, sowie dem Komm-Frei-Projekt (Initiative zur Gründung einer neuen, großen Kommune) stellen ihre Erfahrungen vor und hoffen auf regen und kritischen Austausch.

Es werden auch Informationen über Aufnahmemöglichkeiten in bestehende Gruppen und Hilfen bei der Gründung neuer Gemeinschaften gegeben.●

Tourplan im Februar 2003:

Kassel, Sa, 01.02.03;
Mainz, So, 02.02.03, 19:30 Interkulturelles Zentrum, Rheinallee 3
Tübingen, Mo, 03.02.03; 20:00 Infoladen Tübingen, Schellingstr.6
Ravensburg, Di, 04.02.03; 20:00 Kulturladen Karacho, Bachstr.27
Zürich, Do, 06.02.03, Kulturhaus »rats«, Zwinglihaus, Aemtlerstr.23
Basel, Fr, 07.02.03; 20:00 elsi, Elsässer Str 11
Offenburg, Sa, 08.02.03; 20:00 KIK, Weingartenstr.34c
Freiburg, So, 09.02.03, 19:30 KTS, Basler Str. 103

JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... Euro pro Jahr.
(mindestens 62 Euro für Einzelpersonen, mindestens 154 Euro für juristische Personen)
O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den Differenzbetrag zum Abo.
O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den vollen Mitgliedsbeitrag.
O Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
O Schickt mir erst mal Eure Satzung.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V. Postfach 10 45 20 D-69035 Heidelberg

Kurt's Surf-Center

DOSe geht in die Hose

Jetzt ist es also soweit. Nun geht die gute alte DOSe tatsächlich und endgültig in die Hose. Das Disk Operating System (DOS) hat im neuen Jahr endgültig ausgedient. Zumindest erteilt Softwaregigant Microsoft aus Redmond ab 31.12.2002 keine neuen Lizenzen und stellt Support und Service ein. Damit wird das gecancelt, was bislang die beispiellose Erfolgsstory des Bill Gates-Imperiums ausgemacht hat. Die Microsoft-Version von DOS war Mutter aller Betriebssyteme und damit Vehikel der Erschwinglichwerdung des PC sowie Kern aller Windows-Versionen von 1.0 (1985) bis Millenium Edition (ME), auch wenn es in letzterem gar nicht mehr aufgerufen werden konnte.

1981 kaufte Gates DOS von Caldera und verpasste es dem IBM-PC. IBM (damals noch the Big Blue genannt) versäumte es, die Lizenz zu erwerben, was die eigentliche Erfolgsstory und den sagenhaften Reichtum des MS-Konzerns begründete. Nach 21 Jahren wird an kürzere Zykden gedacht. Alle 5 bis 8 Jahre soll schließlich neues Geld gescheffelt werden: das sieht die neue lifecycle-policy der Redmonder vor. Der neue Systemkern heißt NT und ist in Windows 2000 PE und Windows XP drin – im übrigen das erste Eigengewächs aus dem Hause im OS-Bereich.

Die Wirtschaft stöhnt. Denn vor allem Windows-Anwendungen wie das wichtige Office-Paket werden in ihrer neuesten Version Office 11 nur noch vom neuen Windows Lebenszyklus (ab 2000 PE) unterstützt. Da muss also mal wieder ein Haufen Schotter fließen, oder gibt es Alternativen? Natürlich, die gibt es. Das hat sogar die Regierung erkannt, die zunehmend auf LINUX und Open Source setzt. Trotzdem entsteht derzeit durch die neue Lizenzpolitik von Microsoft eine Art Investitionsstau ins High-Tech aus Ratlosigkeit vor der Frage, ob auf xp/2000 PE umgerüstet werden muss oder nicht. Schließlich will sich keine Firma die Blöße geben, mit neuen Office-Dokumenten nicht mehr umgehen zu können.

Fotos: Thomas Schlijper

Dabei gibt es auch hierfür längst eine Lösung. Das beste Office-Paket ist auch ein kostenloses Open-Source-Produkt und heißt Open Office – erhältlich unter www.openoffice.org oder auf CD in jedem guten Computerladen (es darf auch das von Sun betriebene StarOffice 6.0 sein).

Eingefleischte Apple-NutzerInnen kringeln sich ohnehin vor Lachen über all die dummen Windooflinge. In Holland haben sie es der IKEA-Werbung mit den Fersehern nachgemacht: Dort wird mit PCs um sich geworfen, eindrucksvoll ins Bild gesetzt vom anarchistischen Fotografen Thomas Schlijper (http://www.schlijper.nl/series/apple.htm). Die haben mit MacOSX ohnehin schon lange ein stabiles UNIX-ähnliches OS (Betriebssystem) und kümmern sich einen Dreck um die Ankündigungen aus Redmond.

Doch die Gates-Mafia wird wohl versuchen, auch hieraus ein Geschäft zu machen. Unlängst hat sie folgerichtig eine Bank gegründet, die der Wirtschaft ihre teuren Investitionen in Microsoft finanzieren helfen soll. Demnächst wird sie wohl Recyclingfirmen gründen – für PC-Schrott.●

»Auch wohlmeinende oder zögerliche Imperialisten sind Imperialisten.«

Antiamerikanische Zeilen

Jede Kritik an den Vereinigten Staaten muss sich dem Vorwurf des Antiamerikanismus stellen, seit deren Präsident erklärte, entweder könne Mensch für oder gegen diese Nation sein. Die Analogie mit dem Begriff Antisemitismus ist entweder plump oder aus Gründen der Propaganda gewählt. Unter Antisemitismus verstehen wir »Feindschaft, Abneigung und Hetze gegen Juden«, oder eine »rassistisch, religiös motivierte Bewegung gegen alles Jüdische«.

Von Holger Witzenleiter: Der.Holger@web.de ● Die als Antiamerikanismus bezeichnete Tendenz in Deutschland und in Europa bezieht sich, im Gegensatz zum Antisemitismus nicht auf Rasse, Religion und Nation Amerikas. Es gibt in den USA und auch in Europa keine einheitliche Rasse und Religion gegen die sich eine solche Bewegung richten könnte. Kulturell haben wir derart viele Gemeinsamkeiten, dass die Menschen in der Alten Welt sich »Euroamerikaner«, die Menschen in der Neuen Welt sich »Ameuropäer« nennen könnten. Von Kindheit an saugen wir die jeweils andere Kultur durch Fernsehbilder, Kleidung, Sport und Spiel, Sprache und Nahrung auf.

Worauf also bezieht sich diese unglückliche Bezeichnung Antiamerikanismus in Europa ? Ist es ein Kampf der Werte, eine Differenzierung auf dem Niveau einer Meinungsverschiedenheit zwischen Freunden oder der Anfang eines Risses, der sich nicht mehr flicken lässt?

»Warum gibt es Menschen, die uns hassen, wo wir doch so gut sind ?« formulierte der amerikanische Präsident treffend das Gefühl der ganzen Nation nach den Anschlägen vom 11. September 2001. Die Diskrepanz zwischen einer übertriebenen Selbstwahrnehmung in den USA und das Bild, das Menschen anderer Teile der Welt von der Supermacht haben, blockiert eine umfassende Reflexion. In dieser Diskrepanz liegt meiner Meinung nach die Ursache für das Phänomen des Antiamerikanismus.

Nationalismus in den Vereinigten Staaten

Patriotismus ist die begeisterte Verehrung und Liebe zum Vaterland, eine enge gefühlsmäßige Bindung zur eigenen Nation. Nationalismus dagegen ist ein übersteigertes Bewusstsein für und die Überbewertung der eigenen Nation unter der Missachtung der Eigenständigkeit und des Existenzrechtes anderer Nationen.

Der jeden Morgen in den Schulen wiederholte Schwur auf die Verfassung lautet: »Ich schwöre der Fahne der Vereinigten Staaten die Treue, und der Republik, für die sie steht, einer Nation vor Gott, unteilbar, mit Freiheit und Gerechtigkeit für alle.« Im Neonlichterwald von Shopping-Malls blinkt alle 50 Meter »God Bless America« und die amerikanische Flagge ist omnipräsent. Der Patriotismus in den Vereinigten Staaten liegt eng am Nationalismus und einen deutschen Beobachter werden diese Umstände in den USA an eine wenig rühmliche Zeit der eigenen Geschichte erinnern.

Neben dem Nationalismus, gibt es auch Fundamentalismus und Fanatismus in den Vereinigten Staaten. Nach den Attentaten vom 11. September verkündete der einflussreiche Fernsehprediger und Bush-Getreue im Wahlkampf Jerry Falwell in den Vereinigten Staaten: »Gott hat den Feinden Amerikas gestattet, uns das aufzuerlegen, was wir verdienen. (...) Ich wende mich an die heidnischen Geister und an die Abtreibungsverfechter, die Feministinnen, die Schwulen und die Lesben. Ihr alle habt dazu beigetragen, dass dies geschehen konnte!« Amerika steht unter einem starken Einfluss protestantischer Fanatiker, die den USA eine von Gott gewollte Rolle in jenem Endkampf zwischen Gut und Böse zuschreiben, der in der biblischen Apokalypse beschrieben ist. Auch die Grammatik des Präsidenten Georg W. Bush (jun.) nimmt dieses klar fundamentale Vokabular und diese Tendenz auf und treibt es mit den »Kreuzzügen« sogar noch auf die Spitze.

Unilateralismus der Vereinigten Staaten

Unter Unilateralismus verstehen wir in der internationalen Diplomatie die einseitige Außenpolitik eines Staates, der nur seine eigenen Interessen sieht. Nach dem Kalten Krieg boten sich den USA grob drei Möglichkeiten:

a. Internationale Zusammenarbeit im friedlichen Einvernehmen (vgl. Streben der Vereinten Nationen – UN, Politik der Clinton-Administration)
b. Der klassische Balance-of-Power-Ansatz (vgl. Politik Englands mit seinen europäischen Nachbarn im 19. Jahrhundert)
c. Strategie der Vorherrschaft (vgl. Imperial- und Kolonialzeit, römisches Imperium, Nazi-Deutschland)

Die Doktrin der Vorherrschaft wurden 1992 formuliert und setzte sich letztendlich mit dem Wahlsieg der Republikaner durch. Unterzeichnet wurde der Bericht mit dem Titel »Defense Policy Guidance 1992-1994« vom jetzigen Vizeverteidigungsminister Paul Wolfowitz und einem Sicherheitsberater von US-Vizepräsident Dick Cheney. Sie empfahlen die folgenden Leitlinien:

a. »jede feindliche Macht daran zu hindern, (...) den Status einer Großmacht zu erlangen.«
b. »Versuche der hochentwickelten Industrieländer, unsere Führungsrolle in Frage zu stellen oder die bestehende politische und wirtschaftliche Ordnung umzustürzen« seien zu unterlaufen.
c. Die Verhinderung des »Aufstieg eines künftigen globalen Konkurrenten.«

Die Vereinigten Staaten werden in naher Zukunft keinen strategischen Gegner haben, der ihnen das Wasser reichen kann. Auf ökonomischer Ebene bestimmen sie nach wie vor die Regeln, Normen und Zwänge der internationalen Wirtschaftsordnung. An folgenden internationalen Abkommen wird der Unilateralismus der Vereinigten Staaten deutlich:

a. Das ABM-Abkommen (zur Abrüstung) von 1972 wurde mit der Entscheidung für ein Raketenabwehrsystem (NMD) zur Makulatur. Der Weltraum wird damit militarisiert. Die Kündigung des ABM-Vertrages wurde vom Präsidenten Bush in seiner ersten sicherheitspolitischen Rede am 1. Mai 2001 angekündigt. International bedeutete dies einen Wechsel von der Entspannung zu einer Remilitarisierung der Außenpolitik.
b. Das Klimaschutzabkommen von Kioto wurde von der US-Regierung auf Anraten vom ENRON-Konzern, dem größten Sponsor des Wahlkampfs der Republikaner, nicht unterzeichnet. Bisher gibt es von den USA, als weltweit größten CO_2-Produzenten, keine alternativen Vorschläge. Global werden noch die Kinder unserer Kinder unser Verhalten im Klimaschutz zu spüren bekommen.
c. Die OECD-Initiative zur Schließung von Steueroasen wurde diplomatisch sabotiert. Eine international einheitliche Besteuerung wurde zur Illusion. Damit wird die Konkurrenz zwischen Staaten und somit der Druck der Globalisierung aufrecht erhalten. Die Folgen des internationalen Standortwettbewerbs zwischen den Staaten sind weltweit spürbar: In den USA, und Europa durch Arbeitslosigkeit und Sozialabbau, in Asien und Lateinamerika durch Ausbeutung und katastrophale Arbeitsbedingungen wie zu Zeiten der industriellen Revolution. In Afrika haben sich bereits die Pforten der Hölle geöffnet. Die Ausbeutung nimmt dort brutalste Formen, wie Sklavenhandel, ökologische Vernichtung ganzer Landstriche und Missachtung von Menschenrechten an.
d. Die Gründung des internationalen Strafgerichtshofes (ICC) wurde zuerst blockiert und danach demontiert. US-Soldaten sind nach der aktuellen Vereinbarung von Anklagen und Bestrafung ausgeklammert. Der US-Senat verabschiedete sogar einen Erlass namens »American Servicemembers 'Protection Act (Aspa)« der es der Regierung erlaubt, alle Mittel – inklusive einer Militärinvasion – zu mobilisieren, um US-Bürgern, denen ein Verfahren vor dem künftigen Strafgerichtshof droht, zu befreien und heim zu holen.
e. Die USA verließen 2001 gemeinsam mit Israel die Dritte Weltkonferenz gegen Rassismus, Rassendiskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz in Durban in Südafrika. Auch viele europäische Staaten lehnten übrigens die Initiative afrikanischer Staaten ab, den Sklavenhandel als »Verbrechen gegen die Menschlichkeit« anzuerkennen. Damit wäre der Weg für Reparationszahlungen frei gewesen, was für Afrika vermutlich eine neue Chance bedeutet hätte, und über die geringe Entwicklungshilfe vielleicht den Schuldenerlass und Kapital für einen Aufbau gebracht hätte. Der 300 Jahre andauernde transatlantische Sklavenhandel verschleppte rund 15 Millionen Schwarzafrikaner nach Amerika und zerstörte Familien- und Gesellschaftsstrukturen in den Herkunftsländern. Die Vereinigten Staaten setzten sich übrigens in den vergangenen Jahren erfolgreich für deutsche Wiedergutmachungen für Zwangsarbeiter des Nazi-Systems ein.
f. Organisation für das Verbot von chemischen Waffen (OPCW): Am 12. Januar 1993 kam in Paris ein Übereinkommen zustande, das über das Verbot von Chemiewaffen hinaus, die Entwicklung, Herstellung, Lagerung, Verwendung und Ausfuhr ächtet. Die USA ratifizierten dieses Abkommen am 24. April 1997. Der Vorsitzende Josè Bustani wurde durch die durch Korruption erreichte Lobbyarbeit der USA im Frühjahr 2002 seines Amtes enthoben. Gegenüber der Autorin des Artikels »Leiser Putsch gegen die Chemiewaffen-Kontrolle« Any Bourrier erklärte der ehemalige Chef der OPCW: »(...) Die Amerikaner akzeptierten nicht, dass die OPCW-Beamten auch bei ihnen Untersuchungen anstellten. Oft wurde den Inspektoren sogar der Zutritt zu den Chemiefabriken verwehrt. Unter diesen Bedingungen war es nicht möglich zu überprüfen, ob dort nur Chemieerzeugnisse für friedliche Zwecke produziert wurden. (...) Außerdem wollten die Amerikaner nicht anerkennen, dass sie bei den Inspektionen zu bestimmten Dingen verpflichtet sind. Jedes Mal wollten sie die Spielregeln ändern.«

Es gibt eine nicht geringe Zahl von Rüstungs-Abkommen, die zwar getroffen wurden, allerdings von den Vereinigten Staaten bisher nicht unterschrieben oder ratifiziert sind. Dazu gehören: Salt-2 (Stategic Arms Limitation Talks); Start-3 (Strategic Arms Reduction Talks), der Vertrag über ein umfassendes Atomtestverbot (CTBT); die Ottawa-Konvention über das Verbot von Antipersonenminen; die Genfer Konvention von 1980 verbietet bestimmte Waffentypen, wie Brandbomben, Napalm, Blendlaser, Antipanzer- und Antipersonenminen. Die USA lehnen eine Unterzeichnung ab. 1971 wurde auf Initiative des englischen Premier Harold Wilson und des amerikanischen Präsidenten Richard Nixon ein Übereinkommen über das Verbot von biologischen Waffen getroffen. Die New York Times enthüllte eine Woche vor den Anschlägen vom 11.September 2001 das die US-Regierung ein Biowaffen-Programm unterhält und verheimlicht. Die Projekte schließen die Simulation einer Produktionsanlage für Biowaffen, den Test einer unvollständig ausgestatteten Bakterienbombe und die Entwicklung einer Impfstoffresistenten Version des Milzbranderegers ein.

Ignacio Ramonet schreibt in seinem Leitartikel in der *Le Monde diplomatique* vom Oktober 2002: »Denn ein Imperium beugt sich keinem Gesetz, dass es nicht selbst erlassen hat. Sein Gesetz wird zum universellen Gesetz. Und die Aufgabe, notfalls mit Gewalt dafür zu sorgen, dass alle anderen dieses Gesetz respektieren, wird zu seiner 'imperialen Mission'.«

Hegemonial-Bestrebungen

Die Hegemonie ist die Vorherrschaft und die führende Rolle, auf Überlegenheit und dominierenden Einfluss beruhende Beherrschung der Welt durch einen Staat. Bisher war es Zeichen eines primitiven Antiamerikanismus zu behaupten, dass Washington die Weltherrschaft anstrebt. Inzwischen wird diese Politik von den Falken der Bush-Administration ganz offen vertreten. Immer deutlicher zeigte sich in den letzten Jahren die imperiale Rhetorik, die in der Vorstellung gipfelt, die Vereinigten Staaten wären eine Art legitimer Erbe des Römischen Reiches.

1996 sagte US-Senator Jesse Helms, Vorsitzender des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten: »Wir sind das Zentrum und wir müssen es bleiben. (...) Die Vereinigten Staaten müssen als leuchtendes Beispiel vorangehen und als moralische, politische und militärische Führungsmacht die Fackel von Recht und Ordnung in die Welt tragen.« Der Publizist Charles Krauthammer verkündete Ende 1999: »Amerika überragt die Welt wie ein Koloss (...). Seit Rom Kathargo zerstörte, hat keine andere Großmacht solche Höhen erklommen wie wir.« Dieses Phase werde noch mindestens eine Generation anhalten. Durch den Vergleich mit dem Römischen Reich und die Allgegenwärtigkeit des Wortes »Empire« wird nicht nur die Situation beschrieben, sondern auch die Konstruktion einer neuen imperialen Ideologie bezeugt. Es gibt bereits zahlreiche literarische Brandstifter der Neuen Amerikanischen Rechten, wie Max Boot, Dinesh D'Souza oder Stephen Peter Rosen, der schrieb: »Unser Ziel ist nicht die Bekämpfung eines Rivalen – denn es gibt keinen –, sondern die Aufrechterhaltung unserer imperialen Position und die Wahrung der imperialen Ordnung.« Robert Kagan von der Carnegie Endowment schrieb in der Foreign Policy im Sommer 1998: »Die Wahrheit ist, dass die wohlwollende Hegemonie der Vereinigten Staaten für weite Teile der Weltbevölkerung gut ist. Sie ist ohne Zweifel ein besseres Arrangement als alle realistischen Alternativen.» Sebastian Mallaby schrieb in der seriösen Zeitschrift *Foreign Affairs* einen Artikel, in dem er unverblümt fordert, Länder der Dritten Welt unter westliche Vormundschaft zu stellen.

Die Vorherrschaft der Vereinigten Staaten wirft mindestens zwei Probleme auf: Wir müssen an die Fähigkeit der amerikanischen Demokratie zur Selbstregulierung glauben, um weiter in Freiheit zu leben und um nicht von einem totalitären System beherrscht zu werden. Des weiteren haben die Hegemonialstrategien auf der Grundlage demonstrativer Stärke insofern etwas paradoxes, als sie unweigerlich Gegenkräfte auf den Plan rufen. Der Schriftsteller J.M. Coetzee fasste die Gedanken aller bisherigen Hegemonien und Weltreiche in Worte: »Was tun, um nicht zu enden; was tun, um nicht zu sterben; was tun, um die eigene Ära zu verlängern.«

Die Kriege der US

Der US-Intellektuelle Noam Chomsky, Professor am Massachusetts Institute of Technology (MIT) in Bosten, schreibt in seinem Artikel »Warum sie uns wirklich hassen«: »Im Allgemeinen erscheinen uns die Probleme unserer Erde in einem unterschiedlichen Licht, je nachdem ob man jahrhundertelang Schläge eingesteckt hat oder ob man selbst die Knute in der Hand hält.«

Als Amerika entdeckt wurde, zählten sie noch 80 Mil-

Fortsetzung auf Seite 4

WORLD ECONOMIC FORUM: AUF AUF WIPE OUT WEF

»Vertrauen schaffen« – Krieg dem Krieg

Während Krieg als Fortsetzung der Politik salonfähig gemacht wird, soll es am diesjährigen WEF (World Economic Forum), im weißverschneiten Davos »keine Kriegsbilder geben« (Keckeis – Schweizer Armeechef ab 1.1.03).

WEF-Boss Klaus Schwab führt Großes im Schilde: »Vertrauen schaffen« heißt das Motto im Davoser Kongresszentrum. Vertrauen in eine imperialistische Politik, die – so weit das Auge reicht – auf Ausbeutung, Zerstörung und Krieg setzt. Kaum ein Fleck auf der Landkarte ohne US-amerikanische Militärpräsenz. »Der Krieg gegen den Terrorismus ist ein Kampf gegen das allgegenwärtige, unsichtbare Böse«. Es erstaunt wohl niemanden, dass dieses sog. »Böse« sich fast ausschließlich in strategisch bedeutsamen und/oder rohstoffreichen Regionen dieser Erde befindet! Es ist offensichtlich, die tiefe Krise des Kapitalismus ist nicht in den Griff zu kriegen. Eine Krise, wo ein paar wenige Monopole und ihre Staaten um Absatzmärkte, geostrategisch wichtige Regionen und Rohstoffquellen kämpfen. »Friedlich«, mit feindlichen Übernahmen, Entlassungen, Sozialabbau, kriegerisch im erbarmungslosen Kampf um Rohstoffe und geostrategischen Einflusszonen.

Gegen diese Kriege aufzustehen kann nur heißen, gegen die destruktive Herrschaft des Kapitals zu kämpfen. Und ausgerechnet in Davos soll der weiße Schnee leise und idyllisch rieseln können? In einem Davos, wo sich die Cremé de la Cremé aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Medienstrategen, umringt von einem Heer von Aufstandsbekämpfungsstrategen, Geheimdienstler usw. während einer Woche in guter Bergluft Strategien austauschen und entwickeln wollen. Ausgerechnet da darf nichts an Krieg erinnern?

Das WEF ist für den Finanzplatz Schweiz das »gesellschaftspolitisch wichtigste Ereignis« (Bundesrätin Metzler) und der neue Armeechef Keckeis will »in Davos zeigen, dass die Schweiz eine sichere Plattform für internationale Konferenzen ist«. Ruhiges Hinterland also: Zukkerbrot für Dialog-und Verhandlungsbereitschaft, die direkt oder indirekt, mittels Routenabsprachen und eigenem Ordnungsdienst dazu beitragen, dass das wichtigste Ziel, sprich »Gewaltfreiheit« durchgesetzt werden kann. Peitsche, resp. Verhaftungen, Abtransport in einen lagerähnlichen Massenknast nachdem sie im »Stadion Schweiz« gefiltert und »geortet« wurden für nicht Dialog- und Verhandlungsbereite, all die, die nicht gewillt sind, sich durch ein Bullen- und Armeeheer abchecken und von ihnen bewachte »bewilligte Demoroute« schleusen und wieder brav mit der Bahn abtransportieren zu lassen.

Gegen Kooperation, Verhandlungen und Dialog mit den Imperialisten vom WEF und den behördlichen Vertretern spricht gelinde gesagt einiges, oder besser: alles. Noch absurder, sich von den Kriegsherren in eine Diskussion über Gewalt drängen zu lassen! Es gibt wohl weder Befreiungs- noch Klassenkampfbewegung, politische, revolutionäre Widerstandsbewegung, die da hoch oben auf den Bergen nicht »ihren« speziellen sowie den gemeinsamen Klassenfeind in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur ausfindig machen kann. »Vertrauen schaffen« – ja klar, in unsere gemeinsame Kraft, sichtbar und überall den »Spririt of Davos« zum Albtraum werden zu lassen. Kein blütenweißer, leise rieselnder Schnee für eine blutgetränkte Kriegs- und Mörderbande.●

Friede den Hütten – Krieg den Palästen
Für den Kommunismus
Aktuelles, Kontakte, sonstiges laufend auf:
www.aufbau.org

DAVOS VON UNTEN

18. Januar: »Demoworkshop«, 10 Uhr, »Kartarena«, Chur;
20. Januar: »Die Strategie der Schnecke«, Spielfilm, Kolumbien, 20.30 Uhr, »Werkstatt«, Chur;
25. Januar: Großdemonstration gegen das World Economic Forum; 11 Uhr Bahnhof Davos Platz;
27. Januar: »Insel der Blumen/Das Schuldenspiel«, »Warum Schweine über Menschen stehen«, Experimentarfilme, Brasilien, 20.30 Uhr, »Werkstatt« Chur;
28. Januar: »Gegensteuer – Alternativen zur neoliberalen Globalisierung«, Diskussion, 20.30 Uhr, »Werkstatt«, Chur;
8. Februar: Davos von unten – Rueck- und Ausblick«, 14 Uhr, »Werkstatt«, Chur;

Aufruf zur Großdemonstration gegen das World Economic Forum am 25.1.2003

Kein WEF. Kein Krieg.
Für soziale Gerechtigkeit.

Das World Economic Forum (WEF) ist der Zusammenschluss der tausend größten Unternehmen der Welt. Es ist ein elitäres, männerdominiertes Gremium, das keine demokratische Legitimation besitzt. Das WEF steht für die politische Einflussnahme der transnationalen Konzerne.

Die Exponenten des WEF behaupten, mit ihren Initiativen die Welt verbessern zu wollen. In Tat und Wahrheit versuchen die in Davos versammelten Eliten, die Profitraten der großen Konzerne zu steigern und die Logik des Neoliberalismus zu festigen. In der Schweiz bedroht die neoliberale Politik den Service Public und gefährdet die soziale Sicherheit. Er treibt Bäuerinnen und Bauern in den Ruin und macht immer mehr Menschen zu working poor. Weltweit ist der Neoliberalismus für die verschärfte Plünderung der Ressourcen, für Armut und Hunger verantwortlich. Wir treten für eine Welt ein, in der die Menschenrechte geachtet und die Lebensgrundlagen geschützt werden.

Die selbsternannten Global Leader haben immer wieder gezeigt, dass sie Krieg als legitimes Mittel der Politik betrachten. In diesem Jahr werden zahlreiche RegierungsvertreterInnen an der Jahrestagung des WEF für eine immer schrankenlosere Kriegspolitik werben. Wir sagen Nein zum Krieg – ob mit oder ohne UNO-Mandat. Mit unseren Protesten und Aktionen des zivilen Ungehorsams wollen wir die auch vom WEF verordnete Ruhe über die Ungerechtigkeiten hier und weltweit brechen. Unsere Kampagne wird in der großen Demonstration vom 25. Januar gipfeln. Wir fordern die Behörden auf, diese Demonstration nicht zu behindern. Den Bund fordern wir auf, das Militär in den Kasernen zu lassen; die Armee hat an einem Demonstrationsanlass nichts zu suchen.

Wir lassen uns nicht in eine militärische Logik einspannen. Wir werden unseren Protest auf vielfältige Weise und in gegenseitigem Respekt ausdrükken. Wir treten dafür ein, dass die körperliche Unversehrtheit aller respektiert bleibt. Wir vertrauen auf die Kräfte und Initiativen der Bewegungen, die für eine Globalisierung von unten eintreten und nach Alternativen zum patriarchal-kapitalistischen Wirtschaftssystem suchen. Alle, die für eine solidarische Welt ohne Armut eintreten, rufen wir dazu auf, mit uns zusammen in Davos gegen das WEF und für die Globalisierung der Gerechtigkeit zu demonstrieren.●

Mehr infos auf: www.antiwef.org
www.oltnerbuendnis.ch
www.squat.net/contre-attaque
www.indymedia.ch
www.reitschule.ch/reitschule/anti-wto/index.shtml
www.weforum.org
www.davos.ch
www.antiwef.org

FORTSETZUNG VON SEITE 3

lionen, ein halbes Jahrhundert später war ihre Zahl bereits auf 10 Millionen dezimiert. Der Kampf gegen den Kommunismus forderte in vielen Ländern dieser Welt unzählige Tote. Im Iran wurden Tausende Kommunisten liquidiert, in Guatemala 200.000 oppositionelle ermordet, in Indonesien starben fast eine Millionen. Der Geheimdienst CIA organisierte im Auftrag der Regierung Attentate auf offener Straße, Flugzeugentführungen, Sabotageakte und Meuchelmorde. Gegen das Regime Fidel Castros in Kuba, gegen die Sandinisten in Nicaragua und mit den Taliban gegen die sowjetischen Truppen in Afghanistan. Der Krieg der Reagan-Administration kostete Nicaragua 29.000 Menschenleben, 28.000 Verwundete und trieb das Land vermutlich unumkehrbar in den Ruin. Auch der Vietnamkrieg sollte noch nicht aus dem Gedächtnis verdrängt werden, hat doch diese Auseinandersetzung wie keine andere gezeigt, wie wenig die Menschenrechte in einem Krieg wert sind. Die Hinrichtungen und Vergewaltätigungen, die amerikanische GIs unter Zivilisten in My Lai und Thuy Bo zu verantworten haben, stehen symbolisch für die gesamte Grausamkeit dieses Krieges und stellen eines der schwärzesten Kapitel amerikanischer Geschichte dar.

Von Harry Truman bis George Bush waren alle Präsidenten der Vereinigten Staaten auch oberste Feldherren eines Krieges. Clinton hätte, wäre nicht der Jugoslawien-Krieg gewesen, die erste Ausnahme sein können. Seine Administration erfand den Mythos »humanitären Krieg«, Bush's Regierung den »Krieg gegen den Terrorismus«. Während Clinton's Kabinett noch aus zahlreichen Zivilisten bestand, ist das Kabinett von George W. Bush fast ausschließlich von hohen Militärs, ehemaligen Führungskräfte der Nachrichtendienste und des Sicherheitsrats aus der Zeit des Kalten Kriegs besetzt (und das trotzdem die wnigsten dieser Herren eine militärische Grundausbildung haben!). »Kurzum: Die Bush-Administration ist eine Regierung des Kalten Krieges ohne Kalten Krieg.«

Terrorismus wird in den amerikanischen Armeehandbüchern als »kalkulierte Anwendung von Gewalt, Gewaltandrohung, Einschüchterung, Zwang für politische oder religiöse Zwecke« definiert. Problematische an dieser Definition ist, dass diese Beschreibung exakt jenes Phänomen beschreibt, dass die USA als »Krieg von geringer Intensität« bezeichnen und selbst praktizieren. Wir müssen von »Staats-Terrorismus« sprechen. George W. Bush setzte einen Erlass von 1974 außer Kraft, wonach es im Einklang mit der Genfer Konvention dem CIA untersagt wurde, ausländische Führungspersönlichkeiten zu ermorden und gab den Geheimdiensten somit freie Hand. US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld lehnte im Afghanistankrieg Verhandlungen und Kapitulationen kategorisch ab und äußerte unverblümt den Wunsch, gefangene Taliban-Kämpfer zu töten. Al-Quaida-Mitglieder seien zu liquidieren, auch wenn sie sich ergeben hätten.

Dies geschah dann auch in einem unglaublich blutigen Massaker an 3.000-5.000 Gefangenen bei Dash Leili im Norden Afghanistans. Jamie Doran, ein ehemaliger Mitarbeiter der BBC und ein mit internationalen Preisen ausgezeichneter Dokumentarfilmer und Autor berichtete in seinem Film »Massaker in Masar« über dieses unglaublich grausame Verbrechen. Die Genfer Konvention wird in der Behandlung der Kriegs-Gefangenen auf Guantanamo gänzlich ignoriert. Von den Inhaftierten gibt es offiziell keine Namenslisten, dem Internationalen Roten Kreuz wurde der Zugang verwehrt und es wird dort gefoltert.

Die Leitartikel in der New York Times nach dem 11.September suggerierten, dass Amerika gehasst wird, weil es den Kapitalismus, die Demokratie, die Rechte des Individuums und die Trennung von Kirche und Staat verteidigt. Das Wall Street Journal gab nach der Befragung von Bankern und Wirtschaftsvertretern eine andere Sichtweise wieder. Die USA werden gehasst, weil die Demokratie und wirtschaftliche Entwicklung behindern und brutale und terroristische Regime unterstützen.

Der Vize-Präsident Richard Cheney sagte über den Krieg gegen den Terrorismus, er könnte vermutlich länger dauern als der Kalte Krieg dauerte, und länger als wir leben. Nach den im Januar 2002 formulierten neuen Militärdoktrinen sollen die USA in der Lage sein, vier und nicht nur zwei begrenzte Kriege gleichzeitig zu führen. Schon Aristoteles meinte, dass Tyrannen auch deshalb Kriege führen, um ihre Untertanen der Muße zu berauben und ihnen den Wunsch nach einem starken Führer dauerhaft einzuimpfen.

Für 2007 wird ein Verteidigungsbudget von 450 Milliarden Dollar anvisiert. Dieser Betrag würde vermutlich ausreichen, um weltweit allen Menschen die Versorgung mit Nahrung, Wasser, medizinischer Fürsorge und Schulbildung zu gewährleisten.

Demokratie unter Druck

Seit dem 11. September 2001 werden in den USA wichtige rechtsstaatliche Grundsätze und selbst das Prinzip der Gewaltenteilung ausgehebelt. Die Meinungsfreiheit gerät unter Druck.

Einem Gast in einer Fernsehdiskussion wurde das Mikrofon abgedreht, weil er statt einer militärischen eine rechtliche Lösung forderte. Ein Journalist wurde gefeuert, weil er ein Interview mit Barbara Lee gesendet hatte, dem einzigen Mitglied des Kongresses, das gegen den Krieg gestimmt hatte. Eine Aufzählung aller Beispiele dieser Art bedürften einer Sonderausgabe der CONTRASTE. Nach dem 11. September 2001 erlaubten die patriotischen Gefühle in den USA weder eine Kritik an der Kriegspolitik des Präsidenten, noch eine Suche nach Ursachen für die grausamen Terroranschläge.

Mit dem Erlass des Präsidenten vom 13. November 2001 wird es gestattet, Ausländer schon bei Verdacht zu verhaften und durch Militärgerichte zu verurteilen, obwohl die normalen Gerichtsinstanzen der USA auch für terroristische Tatbestände zuständig sind. Straf- und Völkerrechtler, Menschenrechtsorganisationen und Politiker außerhalb, wie innerhalb der USA äußerten gravierende juristische wie politische Bedenken.

Vom Justizminister John Ashcroft wurde ein Anti-Terror-Gesetz durch den Kongress gebracht, dass das Wort »patriotisch« im Namen führt. Es erlaubt den Behörden mutmaßliche Terroristen auf unbestimmte Zeit zu inhaftieren, zu deportieren oder in Isolationshaft zu sperren, deren Post uneingeschränkt zu überwachen, Hausdurchsuchungen ohne richterliche Erlaubnis durchzuführen und vieles mehr.

Das FBI schlug vor, Angeklagte wegen der raueren und wirksameren Verhörmethoden an befreundete Diktaturen zu überstellen, der CNN-Kommentator Tucker Charlson meinte ganz offen: »Folter ist nicht gut. Aber der Terrorismus ist schlimmer. Deshalb ist Folter unter bestimmten Umständen das kleinere Übel.« Sogar Redakteure der Newsweek plädierten für Folter und Steve Chapman verwies im Chicago Tribune darauf, dass ein demokratischer Staat wie Israel 85 Prozent der palästinensischen Häftlinge foltere.

Innenpolitisch verschaffte der »USA Patriot Act« dem Präsidenten eine enorme Autorität. Der Senat verzichtet damit freiwillig auf einen großen Teil seiner Macht und verschafft der Exekutive etliche Sondervollmachten, wodurch die Legislative und Judikative zurück gedrängt wurden. Die Militärtribunale schaffen sozusagen eine Art parallele Gerichtsbarkeit der Exekutive, wobei allein diese definiert, wer als Terrorist und Kriegsverbrecher gilt. Faktisch könnte das Pentagon Krieg führen, die Schuldigen identifizieren und Recht sprechen. Selbst ein rechts-liberaler Leitartikel in der New York Times geißelte diese Beschlüsse als »diktatorische Machtergreifung«. Die Vereinigten Staaten stehen vielleicht nicht kurz vor einer Diktatur, aber das politische Klima ist konformistisch, unterwürfig und autoritär.

Resumè

Auf die Gefahr hin, als Antiamerikanisch und als Sympathisant des Terrorismus gebrandmarkt zu werden, möchte ich an dieser Stelle das folgende Zitat einfügen: »Der Zusammenbruch der Sowjetunion hat die USA hochmütiger gemacht; sie beginnen, sich selbst als Herrscher über diese Welt zu sehen, und haben eine neue Weltordnung etabliert, die sie auch selber so nennen. (...) Die USA messen mit zweierlei Maßstab, indem sie jeden zum Terroristen stempeln, der gegen ihre Ungerechtigkeit auftritt. Sie wollen unsere Länder besetzen, uns unserer natürlichen Ressourcen berauben, uns ihre Agenten als Herrscher aufzwingen (...) und sie wollen, dass wir alldem auch noch zustimmen.« (Ossama Bin Laden)

Das Selbstbild der Vereinigten Staaten unterscheidet sich enorm vom Fremdbild, dass die anderen Staaten der Welt von der Supermacht haben. Die von der US-Außenpolitik angewendeten Grundsätze, wie die Menschenrechte, werden im und durch das eigene Land verletzt. Die USA beanspruchen internationale Privilegien wie kein anderes Land und gefährden damit das Erbe der Kinder dieser gesamten Menschheit. »Auch wohlmeinende oder zögerliche Imperialisten sind Imperialisten.«●

Eine vollständige Version dieses Artikels und das Quellenverzeichnis findet sich unter
www.das-denkende-kollektiv.de/forum.php?typ=forum_forum_gesellschaft_meinungen

REISE IN DEN IRAK

Der Irak-Krieg 1991 und zwölf Jahre UN-Sanktionen forderten bisher 1,7 Millionen Tote

Wir haben im Rahmen der weltweiten »No War«-Bewegung in Tübingen eine Initiative gegründet und haben vor allem zwei Ziele: Die Verhinderung eines weiteren Golfkrieges und die vollständige Aufhebung der Sanktionen gegen die irakische Bevölkerung. Diese haben bereits zu viele Todesopfer gefordert und großes Leid verursacht. Vor allem fehlt es an ausreichender Nahrung und Versorgung mit Medikamenten und anderen lebenswichtigen Gütern.

Und jetzt droht ein weiterer Krieg, weil die Region wegen der Ölvorkommen von großem wirtschaftlichen Interesse für den reichen Westen ist.

Als Zeichen der Solidarität mit der irakischen Bevölkerung und als Ausdruck des Protestes, auch an der deutschen (Militär-)Politik, geht jemand von uns in den Irak. Unter anderem will er für hiesige freie Radiosender Berichte machen und sich dort vielen anderen »ausländischen« FriedensaktivistInnen anschließen. Oberstes Ziel bleibt die Verhinderung eines Krieges und Rücknahme der massiven, tödlichen Sanktionen.

Das kann durch eine breiter werdende Antikriegsbewegung erreicht werden! »Gerechte« Verhältnisse können nicht mit einem Krieg (= Elend, Zerstörung, unzählige Tote, Verwundete, ...) geschaffen werden!

Da Medikamente im Land dringend zum Überleben gebraucht werden und unser Irak-Reisender nicht mit leeren Händen ankommen will, bitten wir um eine Spende auf golgendes Konto: DFG-VK e.V. (Gruppe Tübingen), Postbank Stuttgart, BLZ 600 100 70, Konto-Nr. 4870703, Verwendungszweck: Med. Hilfe für Irak●

FRAUENBANK.DE IN GRÜNDUNG

Frauen macht Geld

Unter diesem Titel fand im November die zweite Unternehmerinnen-Messe OWL (Ostwestfalen-Lippe) in Bielefeld statt. Nach der Eröffnung durch Marlies Pelster-Wend von der Regionalstelle Frau und Beruf, und den Begrüßungsworten durch den Bürgermeister der Stadt Bielefeld, hielt die Initiatorin und Mitbegründerin der frauenbank.de, Angelika Huber, ihren Fachvortrag, ebenfalls mit dem Titel: Frauen macht Geld.

Redaktion Heidelberg ● Drei Reizthemen – wobei das zweite klein geschrieben ist, damit es um so größer wirkt.

Frauen denken anders, lernen anders, definieren Macht anders und gehen mit Geld anders um. Erika Wisselinck widersprach mit ihrem Mitte der 80er Jahre erschienenen »Klassiker« (Frauen denken anders) dem Defizitansatz – Frauen brauchen weder Schon- noch Schutzräume – sie wollen nur ihr ANDERSSEIN leben.

Dass sich anders denken auch und gerade in der Sprache niederschlägt, versteht sich von selbst. Sprache ist Ausdruck von Bewusstsein – wie Luise F. Pusch und Senta Trömel-Plötz haarscharf beobachteten und schlussfolgerten. Und wenn selbst heute noch Beschlussvorlagen, Formulare etc. angeblich einer »besseren Lesbarkeit« wegen in der ausschließlich männlichen Form gehalten werden – so mögen Sie dies allenfalls als Gedankenlosigkeit entschuldigen, den Bewusstseinsstand hebt's grad nicht.

Frauen lernen anders – Gisela Pravda vom BiBB (Bonn) hat Mitte der 90er Jahre eindrucksvoll weibliches versus männliches Lernen gegenübergestellt und als Quintessenz formuliert: Frauen ist der Gebrauchswert wichtig, Männern der Tauschwert. Überspitzt formuliert: Frauen stellen die Sinnfrage, Männer die Potenzfrage. Natürlich können Sie an die Stelle von Frauen »weibliches Denken« und an die Stelle von Männer »männliches Denken« setzen – der Genderansatz kennt kein Geschlecht, ist nicht biologistisch.

Sprechen wir also nicht mehr von Frauen, sondern vom weiblichen Umgang. Weiblicher Umgang mit Macht bezeichnet nach der Definition der Philosophin Hanna Ahrendt (1906-1975) die Fähigkeit, im Interesse von vielen handeln bzw. handeln zu können: Jutta Voss (Schwarzmondtabu, Kreuzverlag 1988) spricht in dem Zusammenhang gar von »Vollmacht« – und eine »Vollmacht« impliziert Legitimation – im Gegensatz zu Willkür und Herrschaft. Mit Elisabeth Gössmann, ebenfalls eine Vertreterin der feministischen Theologie, ließe sich dieser weibliche Faden noch weiter spinnen – doch kehren wir zu unserem Alltag zurück: Sie sind Unternehmerin, Existenzgründerin oder gerade dabei, Ihre Existenz zu sichern oder zu erweitern (übrigens: Frauen gründen anders, Angelika Huber, i-punkt Verlag 2001) – wie auch immer, Sie sind Mangerin und, um mit Marie Sichtermann (von Geld & Rosen) zu sprechen, motivieren Sie durch Macht mit. Nicht durch »Macht unter« oder »Macht über«, sondern durch »macht mit«!

Auch hier ist »macht« klein geschrieben, damit sie (die Macht) um so größer wirkt – in diesem Sinne: machen Sie mit bei der Gründung der frauenbank.de – beteiligen Sie sich durch Aktien oder werden Sie stille Gesellschafterin – die Mindestbeteiligung für Aktien liegt bei 250 EUR (incl. Aufgeld), bei stillen Beteiligungen bei 5.000 EUR (plus Aufgeld). Der Emissionsprospekt liegt vor, die Zeichnungsscheine sind in ihm enthalten – gerne können Sie auch die Informationen zu unserem Preisausschreiben »Büschelschön« anfordern – damit im nächsten Jahr die Saat aufgeht.●

Information: frauenbank.de in Gründung, Frauenvermögensverwaltung AG, Bothmerstr. 21, D-80634 München, Tel. (0 89) 13 93 81 53, Fax 13 93 81 55
E-Mail: info@frauenbank.de, Web: www.frauenbank.de

10 Thesen der Vereinigung für weniger Arbeit

1. Durch den Fortschritt der Technik steigt die Produktivität ständig. Dadurch gibt es schon jetzt ein Überangebot an menschlicher Arbeitskraft, welche somit immer billiger wird. Die Folgen sind Massenarbeitslosigkeit und die durchschnittlich kontinuierlich schlechter werdenden Bedingungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Lohndumping, lange unterbezahlte Probezeiten und die Lokkerung des Kündigungsschutzes sind nur ein paar Beispiele dafür. Sekundäre Folgen sind die Schwächung der Kaufkraft und somit auch der Wirtschaft, sowie der Zusammenbruch der sozialen Sicherungssysteme.
2. Die Steigerung der Produktivität wird durch die Globalisierung weiter vorangetrieben, da die Unternehmen erst dadurch wettbewerbsfähig bleiben. Diese Entwicklung kann man langfristig nicht aufhalten.
3. Die derzeitige Politik leidet an mangelnder Weitsicht und versucht einzig und allein, die Symptome dieser Entwicklung zu bekämpfen. Der Faktor Technik wird in der Arbeitsmarkt-Politik komplett ignoriert.
4. Auch durch Steuersenkung, Wirtschaftswachstum und höheren Druck auf Arbeitslose wird es langfristig keine merkbare Absenkung der Arbeitslosigkeit geben, geschweige denn Vollbeschäftigung. Ein paar Millionen Menschen, die am Rande der Armutsgrenze leben, werden inzwischen von der Politik in Kauf genommen.
5. Eine Politik, die nur noch auf die Erhaltung und Schaffung von Erwerbsarbeit ausgerichtet ist, ist unökonomisch, da sie nicht benötigte Arbeit subventioniert, unökologisch, da sie zusätzliche Ressourcen verschwendet, und unsozial, da sie schlechtere Arbeits- bzw. Lebensbedingungen für Arbeitnehmer und Arbeitslose im Namen der Erwerbsquote akzeptiert und fördert.
6. Wir befinden uns auf dem Weg in eine Zwei-Klassen-Gesellschaft. Der soziale Verfall macht sich schon heute in vieler Weise bemerkbar. Alkohol- und Drogenmissbrauch, sowie die steigende Kriminalität, zum Beispiel bei Betrugs- und Gewaltdelikten, sind maßgeblich die Folgen schlechter Lebensumstände und sozialer Ungerechtigkeit. Diese Entwicklung kann man langfristig nicht durch Repression bekämpfen sondern nur durch die Beseitigung der Ursachen.
7. Die steigende Produktivität und der immer kleiner werdende Bedarf an menschlicher Arbeitskraft sind Fortschritte, die wir nicht aufhalten dürfen und langfristig auch nicht können. Wir müssen die »Flucht nach vorne« antreten, anstatt uns an veraltete Strukturen zu klammern. Wir brauchen eine generelle drastische Senkung der Arbeitszeit.
8. Würden die Vorteile der zunehmenden Technisierung aller Arbeitsbereiche jedem zugänglich gemacht werden, könnten wir sehr bald in einer Freizeit- und Wohlstandsgesellschaft leben. Davon hält uns einzig und allein unser anachronistischer Begriff von Arbeit ab. Würde man so viele Arbeitsplätze wie möglich durch weitere Automatisierung und Modernisierung wegrationalisieren und die vorhandene Arbeit verteilen, müssten wir alle nur noch einen Bruchteil der bisherigen Zeit arbeiten – und das bei steigendem Lebensstandard. Die Produkte könnten aufgrund der erhöhten Produktivität billiger und somit zahlreicher verkauft werden und wären – im Falle einer Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmerschaft – jedem zugänglich. Ein zielgerichteteres, »intelligentes« Wirtschaftswachstum wäre gesichert, das nicht mehr nur auf die Erhaltung von Arbeit ausgerichtet ist, die Ressourcen maximal ausschöpft und sozial Schwache benachteiligt, sondern das Freizeit, Wohlstand und Fortschritt in Technikund Ökologie fördert.
9. Die Produktionskapazitäten reichen schon jetzt für alle aus, jedes Produkt steht in vielfacher Ausführung im Laden, derzeit nur nicht für jeden erreichbar. Angesichts dieser Tatsache ist es absurd, sich für die Schaffung von »mehr Arbeit« einsetzen zu wollen. Der materielle Wohlstand für alle ist auch so erreichbar, wenn wir uns von alten Denkmustern lösen.
10. Wir müssen weg davon, Arbeit als Sinnstiftung und Lebensinhalt zu verstehen. Leben ist etwas anderes.

Quelle: www.wenigerarbeit.de

NETZ NRW: NACHRICHTEN

Unternehmensnachfolgeportal »nexxt« – Übergeben und Übernehmen
Jährlich werden in Deutschland über 5.000 Unternehmen stillgelegt, weil die Nachfolge nicht geregelt ist. Davon sind Tausende Arbeitsplätze betroffen. Die Unternehmensnachfolgeinitiative »nexxt« will jetzt vor allem Existenzgründer mobilisieren, Betriebe zu übernehmen oder in bestehende Systeme einzusteigen. »Wir wollen nicht nur informieren, sondern Mut machen und neue Alternativen aufzeigen, wie der Weg in die Selbstständigkeit gestaltet werden kann«, unterstrich Wirtschafts- und Arbeitsminister Clement zur offiziellen Eröffnung.
http://www.nexxt.org/

Existenzgründung – Beratung über Fördermittel
EinE AnwältIn darf einEn UnternehmensberaterIn nicht mit dem Hinweis, er/sie hätte gegen das Rechtsberatungsgesetz verstoßen, abmahnen, wenn diesEr einen KundIn im Rahmen einer Existenzgründung über Fördermittel aufklärt. Weil die Beratung über Fördermittel schwerpunktmäßig auf wirtschaftlichem und nicht rechtlichem Gebiet liegt, wird nicht gegen das Rechtsberatungsgesetz verstoßen. (Hanseatisches Oberlandesgericht Bremen, 2 U 131/00).
(Quelle: G.I.B. Newsletter Nr.40)

Projekt Gemeinsinn – neuer Internetauftritt
Der neue Internetauftritt des Projekts Gemeinsinn dient als Plattform zum Austausch über Fragen der Förderung von sozialem Bewusstsein, sozialen Fähigkeiten und sozialem Engagement. Insbesondere die Entwicklungen im Bildungsprojekt »Gemeinsinn und Gemeinschaftsfähigkeit« sind Ausgangspunkt für praktische wie theoretische Anregungen.
http://www.projekt-gemeinsinn.net/

iXPOS – Erste bundesweite Termin-Datenbank mit neuestem Stand der Außenwirtschaftsförderung
Bei iXPOS finden Sie alle Serviceangebote und Dienstleistungen zur Förderung von Export und Außenhandel zugunsten der Auslandsgeschäfte der deutschen Wirtschaft, die von Ministerien, Kammern, Ländervereinen und Verbänden angeboten werden.
http://www.ixpos.de/

Handwerksbetriebe – Was Sie wissen müssen!
Einen Überblick über die Formalitäten, die auf dem Weg zum eigenen Handwerksbetrieb zu überwinden sind, finden sich auf der Website der Handwerkskammer Saar.
http://www.saar-handwerk.de/existenz.html

Aus: netz aktuell online, Nr.1/2, Dezember 2002
netz NRW – Verbund für Ökologie und soziales Wirtschaften e.V.
http://www.netz-nrw.de

grundrisse
zeitschrift für linke theorie & debatte

Die Waffe der Kritik ...

grundrisse 4_2002: Staat, Kapital und Geschlecht. Eine Bestandsaufnahme feministischer Staatskritik [Evi Genetti] / Zum Verhältnis von Kommunikation und Gebrauchswert in der mexikanischen Marxismus-Diskussion [Stefan Gandler] / Die Symbolik der Neuen Ökonomie oder wie staatliche Politik neoliberalisiert wird [Johanna Klages] / Multitude - Subjektivität gegen das Empire [Robert Foltin] / Die 68er Bewegung - Versuch einer Darstellung ~ Teil 2 [Karl Reitter] / Wie macht man eine Arbeiterpartei? [Roland Atzmüller]

Probenummer?

grundrisse@gmx.net
K. Reitter
Antonigasse 100/8
A - 1180 Wien

kann die Kritik der Waffen nicht ersetzen!

ALLES WEGEN EINER KLEINEN FRUCHT:

Die Olive als Rädchen

Von Uri Avnery

Es beginnt wie eine Kindergeschichte. Es war einmal eine kleine Olive in einem palästinensischen Dorf. Sie wuchs und reifte an einem Zweig eines alten Baumes im Olivenhain ganz oben auf einer Hügelkuppe.

Sie wurde immer reifer, aber die Pflücker kamen nicht. Sie konnten sie nicht erreichen, weil die israelischen Siedler zwei Wohnmobile auf die Hügelkuppe gesetzt hatten und so das ganze Gebiet zu einer »Sicherheitszone« dieses Außenpostens geworden war. Als die Besitzer des Olivenhaines sich näherten, wurden sie von den Siedlern beschimpft, geschlagen und zuletzt sogar beschossen. Dies geschah an Dutzenden von Orten überall in der Westbank.

Die Dorfbewohner riefen die israelische Armee um Hilfe, denn diese kontrollierte ja jetzt wieder alle palästinensischen Gebiete. Aber die Armee kam nicht, um sie zu beschützen. Viele der Armeeoffiziere waren selbst Siedler. Die Armee betrachtete es als ihre Aufgabe, die Siedler zu verteidigen, anstatt sie anzugreifen. Als die Armee schließlich eingriff, vertrieb sie die Dorfbewohner aus ihren eigenen Olivenhainen rund um die Außenposten. In ihrer Notlage riefen die Dorfbewohner dann die israelischen Friedensgruppen um Hilfe. Nun besteht das israelische »Friedenslager« aus zwei Teilen. Das eine, rund um »Peace now« (Frieden jetzt), ist mit der Arbeiterpartei verbunden, die in der Regierung war. Der Parteivorsitzende war auch der Verteidigungsminister und darum verantwortlich für all die schlimmen Dinge, die sich in den palästinensischen Gebieten ereigneten.

Der andere Teil des Friedenslagers besteht aus vielen radikalen Gruppen wie »Gush Shalom« (das die gängigen politischen Mythen analysiert und widerlegt), »B'tselem« (sammelt und veröffentlicht Daten über Menschenrechtsverletzungen) oder »Yesh Gvul« (hilft Soldaten, die den Dienst in den besetzten Gebieten verweigern). Die Aktivisten dieser Organisationen gingen hin, um Oliven zu pflücken und gleichzeitig den Dorfbewohnern als menschliche Schutzschilde zu dienen. Ihnen schlossen sich europäische Friedensaktivisten an. An manchen Tagen sind Dutzende von israelischen und internationalen Aktivisten in den Olivenhainen, am Sabbat Hunderte. Sie sind auf mehrere Dörfer verteilt, gehen die Hügel hinauf und werden von den Siedlern angegriffen. Bei Dutzenden von Zwischenfällen schossen die Siedler entweder in die Luft oder auf den Boden rund um die Olivenpflücker. Davon erfuhr die Öffentlichkeit wochenlang nichts. Denn unter den Medien gibt es ein verabredetes Stillschweigen über die Existenz eines radikalen Friedenslagers. »Peace now!« wird irgendwie als zum nationalen Konsens gehörig betrachtet, weshalb über deren Aktionen – wenn auch nur knapp – berichtet wird. Über Aktivitäten der anderen Kräfte der »zutiefst Linken«, wie sie der frühere Ministerpräsident Ehud Barak nannte, wurde überhaupt nicht berichtet, es sei denn, es war mit Blutvergießen verbunden.

Aber langsam sickerten auch in den Medien Berichte über den Olivenkrieg durch: über die Siedler, die die Palästinenser wegjagten und ihnen die schon gepflückten Oliven stahlen; über Siedler, die, nachdem sie die Besitzer der Olivenhaine vertrieben hatten, selbst ernteten, und über Siedler, die die Haine in Brand setzten. Schließlich pflückte eine Gruppe berühmter Schriftsteller Oliven. Die Medien, die die engagierte Arbeit von Hunderten von anonymen Aktivisten ignorierten, waren glücklich, auf Berühmtheiten wie Amoz Oz, A.B. Yehoshua, David Grossman und Me'ir Shalev zu treffen. Oliven pflücken wurde auf einmal Konsens. Außerdem waren die Siedler in weiten Teilen der Öffentlichkeit nicht beliebt. Der Zorn über sie wuchs, als bekannt wurde, dass man den Armen in Israel große Summen von Geld wegnahm, um die Siedlungen damit zu mästen. Der Zorn war vermischt mit der Sorge um die Soldaten, die, häufig von Siedlern angegriffen, ihr Leben riskierten, um entfernt gelegene, halbleere Siedlungen zu schützen.

Dies hatte auch einen indirekten Einfluss auf Benjamin Ben-Elieser. Er nahm die sich verändernde Stimmung in der Öffentlichkeit wahr und entschied, dass es nun in seinem Interesse und in dem der Partei sei, die Regierung zu verlassen. Er suchte nach einem Vorwand. Öffentliche Meinungsumfragen ergaben, dass die Siedler jetzt die unbeliebteste Gruppe im Land seien. Er verlangte plötzlich, dass die Regierung das für die Siedlungen bestimmte Geld den Rentnern geben solle. Nun sind die Siedlungen der Hauptpunkt der Auseinandersetzungen geworden. Künftig wird die Arbeiterpartei gezwungen sein, ein Anti-Siedlungsprogramm vorzustellen.

Somit wird der Slogan einer kleinen »marginalen« Minorität zum Programm eines großen Lagers. Dies ist wieder einmal ein Beispiel für die Doktrin des »kleinen Rädchens«, wie wir es schon vor Jahrzehnten formulierten: Ein kleines Zahnrad, von starkem unabhängigem Antrieb bewegt, dreht ein größeres Rad, das ein noch größeres antreibt... bis die ganze große Maschine sich zu bewegen beginnt. In dieser Weise kann eine kleine politische Gruppe mit einer unabhängigen und klaren Agenda einen entscheidenden politischen Prozess in die Wege leiten, wenn der richtige Zeitpunkt gekommen ist.

Wir haben einen weiten Weg vor uns. Es ist nun jedoch bewiesen, dass Dinge in die andere Richtung bewegt werden können. Vielleicht ist eine kleine Olive auf dem Hügel mächtiger als eine Ein-Tonnen-Bombe.●

aus dem Englischen von Ellen Rohlfs

NEUSS: THEATER AM SCHLACHTHOF – KEIN SCHÖNER LAND – ROSTOCK-LICHTENHAGEN:

Tage der Gewalt

Bereits 1997 entwickelte das »Neue Tendenz Theater« im Schlachthof Neuss eine Bühnenfassung zur Geschichte der Geschwister Scholl unter dem Titel »Die weiße Rose«. Das Stück fand bei Kultur- und Jugendämtern sowie Schulen und Jugendeinrichtungen große Resonanz und ging bald im gesamten Bundesgebiet auf Tournee.

Mittlerweile können wir auf 160 Vorstellungen in 120 Städten zurückblicken. In zahlreichen Gesprächen mit den Zuschauern warfen vor allem Schüler immer wieder die Fragen auf: »Wie hätte ich damals gehandelt?« »Was tue ich heute, wenn ein Ausländer bedroht wird?« Die Brücke vom Nationalsozialismus zum Rechtsextremismus war so schnell geschlagen. Daher beschlossen wir ein Ereignis der jüngeren Geschichte zum Thema »Rechtsextremismus« als Theaterstück aufzubereiten. Schnell stießen wir auf die ausländerfeindlichen Krawalle in Rostock-Lichtenhagen im Sommer 1992, die in nur drei Tagen die Bundesrepublik veränderten. Die Bewohner der zentralen Aufnahmestelle für Asylbewerber sowie die in der Nachbarschaft lebenden Vietnamesen wurden in einem dreitägigen Ausnahmezustand von grölenden, Steine und Molotow-Cocktails werfenden Jugendlichen, unter dem Beifall von hasserfüllten Anwohnern, verfolgt und bedroht. Dazwischen standen hilflose Polizisten und Politiker. Die sensationsgierige Presse musste sich vorwerfen lassen, durch ihre reißerische Berichterstattung zur Eskalation der Gewalt beigetragen zu haben.

Die Ereignisse um und in Rostock-Lichtenhagen sollten möglichst unverfälscht wiedergegeben werden und gleichzeitig einen dramaturgischen Bogen entfalten, der das Stück zu einem spannenden Theatererlebnis macht. Die Projektrecherche übernahm der Autor und Regisseur Jürgen Eick mit Unterstützung der »Arbeitsstelle Neonazismus« der Fachhochschule Düsseldorf. Die Aufführung richtete sich an Schüler aller Schulformen ab der 10. Jahrgangsstufe. Die Inszenierung sollte vor allem Jugendliche von einer passiven Theaterrezeption wegbringen und, durch die hinterfragende Zeichnung einer Täterpsychologie, zur Diskussion anregen. Aus Sicht von zwei Tätern – einem Neonazi und einer Journalistin – werden die drei Tage im August 1992 erlebt, ohne die Opfer in Vergessenheit geraten zu lassen. Das Stück stellt bewusst provokante Thesen auf und fragt nach dem Entstehen von Rechtsradikalismus, den Beziehungen und Machtstrukturen von Medien, der Machtlosigkeit von Politik und Polizei und einer zunehmenden Gewaltbereitschaft unter Jugendlichen. Es fragt auch nach dem Mechanismus, der normale Bürger kollektiv zu rassistischen, gewalttätigen und hasserfüllten Tätern werden lässt.

Wie bereits bei der »Weißen Rose« war für die Bühnenfassung eine einfache Handhabe vorgegeben: zwei Schauspieler, ein Techniker, ein kleines Bühnenbild und eine unkomplizierte Licht- und Tontechnik. Als Neuerung kam hinzu, dass wir die Lichttechnik in das Bühnenbild integrierten, um von der technischen Ausstattung der Veranstalter weitgehend unabhängig zu sein. Nach fünfwöchiger Probenzeit feierte »Kein schöner Land« im Juni 2000 Premiere im Schlachthof in Neuss.

Seit September 2000 ist diese Produktion mit mehr als 120 Gastspielen bundesweit auf Tournee und noch immer finden weitere Aufführungen statt. Wir ereichten mehr als 20.000 Zuschauer! Da der Bund in 2001 Gelder für Aktionen gegen Rechts zur Verfügung stellte, konnten wir in diesem Jahr auch in Schulen spielen, die aus Eigenmitteln keine Gastspiele finanzieren können. Nach fast jeder Vorstellung wurde ein Publikumsgespräch angeboten. Durch die zahlreichen Diskussionen erhielten wir neben dem Feedback über unsere Arbeit, auch vielfältige Eindrücke von den politischen Ansichten unserer Zuschauer. Häufig wurde das Thema Nationalstolz oder Gewalttätigkeiten zwischen ethnischen Gruppen in der Schule aufgeworfen. Immer wieder wurde angeführt, dass insbesondere schulinterne Problematiken und Vorfälle viel zu wenig diskutiert werden. Einige haben erst durch unsere Theaterproduktion von den Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen erfahren. Dass unser Stück ohne den moralischen Zeigefinger auskommt und gerade durch die provokativen Elemente zum Nachdenken herausfordert, wurde häufig erwähnt. Auch das Spannung mit ganz geringen dramaturgischen Mitteln erzeugt werden kann, verblüffte. Schüler, Lehrer sowie die Veranstalter bestätigen uns die gelungene Bühnenfassung eines brisanten Themas.

Uns ist klar, dass wir rechtsdenkende Jugendliche nicht bekehren können. Denjenigen, die in ihren Ansichten unsicher sind oder die sich nicht trauen, den rechten Parolen etwas entgegenzusetzen, geben wir ein wenig Hilfestellung.

Die Handlung

Rostock-Lichtenhagen im August 1992. Tage, die das gerade wiedervereinigte Deutschland veränderten. »Deutschland den Deutschen«. Rufe, ausländerfeindliche Parolen, Krawalle, Steinewerfer und Brandstifter. Dazwischen hilflose Polizisten, abwiegelnde Politiker, fassungslose Deutsche, entsetzte Ausländer, beifallheischende Zuschauer und rechtsradikale Jugendliche, die Stolz auf ihre Taten sind. Die junge Journalistin Scholz bekommt aus der rechten Szene ein Angebot, exklusiv über eine bevorstehende »ausländerfeindliche Aktion« zu berichten. Erste Skrupel verwirft sie bei dem Gedanken an eine gute Story und das großzügige Honorar. Am Rande der Rostocker Krawalle trifft sie auf Chris, einen jungen Rechtsradikalen, der ihr Einblicke in die Neonaziszene liefert, während draußen die Pogrome bereits ihren Lauf nehmen. Was zunächst nach einer normalen »Undercoverstory« aussieht, wird mit zunehmender Gewalt zu einem beklemmenden Erlebnis für beide.

Viele Lehrer sind dankbar, dass es neben den klassischen Lehrmaterialien auch unsere dokumentarischen Stücke gibt, um gesellschaftliche Themen »griffig« zu machen. Die meisten Pädagogen nehmen die Empfehlungen auf, das Stück vor- und nachzubereiten. Nicht zuletzt sind unsere Diskussionsrunden im Anschluss an die Vorstellungen ein wichtiger Bestandteil der Arbeit. Hier werden nicht nur Aspekte zum Thema ausgetauscht, sondern Theater wird hautnah erlebt. Viele konnten ihre Vorurteile gegenüber dem Theater – das vorwiegend im Deutschunterricht als trockene Textinterpretation erfahren wird – abbauen und gehen vielleicht auch privat einmal hin.●

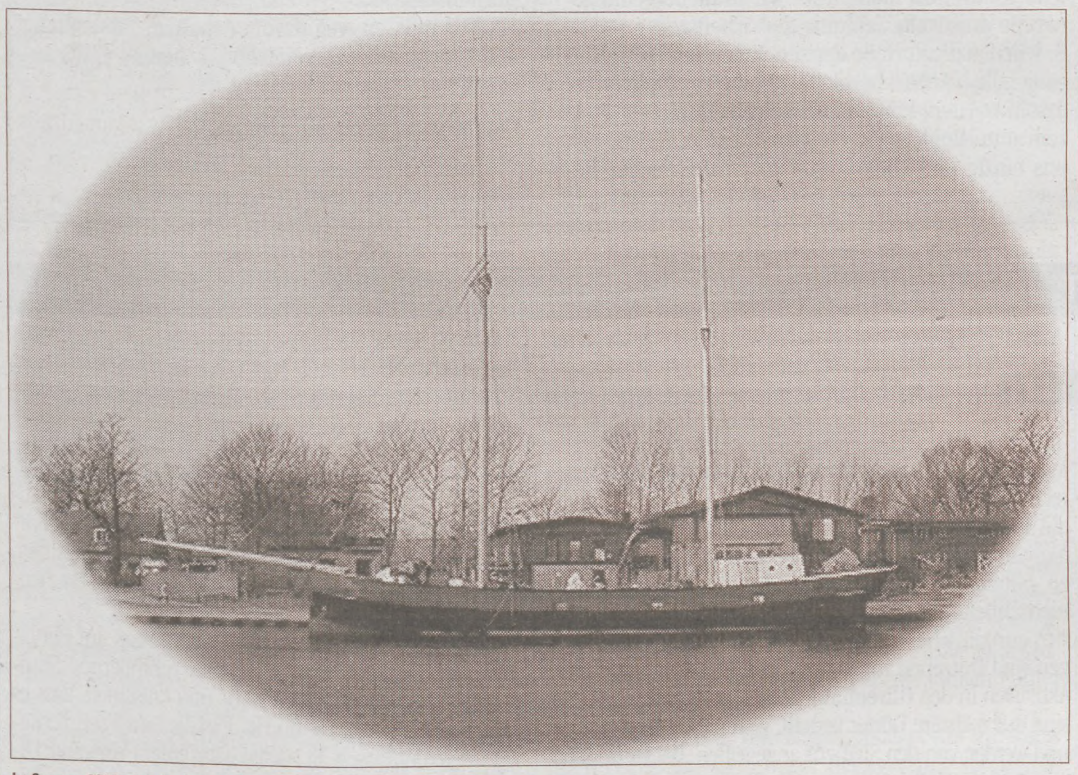
Aus: LAG Soziokultureller Zentren NW e.V. (Hrsg.): Soziokulturelle Zentren – unverzichtbar für NRW

Kontakt: EIGtheater@aol.com

ZWEIJÄHRIGE KAMPAGNE

Gegen Biopiraterie – Patente auf Leben!

Schiffe kämpfen mit einer Segelkampagne gegen die Piraten des 21. Jahrhunderts



Im Sommer 2003 wird das Umweltbildungsschiff »Lovis« gegen die Biopiaterie auf der Ostsee segeln

Anne Lanfer, juplübeck ● Hunderte von Jahren beuteten die Menschen des Nordens die des Südens und die Natur, in der sie leben, aus. Heute gibt es eine neue Form der Ausbeutung: so genannte Bio-Piraten. Konzerne des Nordens nutzen die natürliche Biodiversität, den Artenreichtum des Südens kommerziell und nur für ihre Zwecke. Als medizinische und bio-technologische Nutzpflanzen werden Tausende von bisher unentdeckten Heilpflanzen und verschiedenen Nutzpflanzenarten von den Life-Science-Firmen in Milliarden schwere Gewinne umgewandelt. Voraussetzung hierfür: sie erlangen das Patentrecht auf die Nutzung der Arten.

Das Thema wird in südlichen, tropischen Ländern schon seit langem viel und heiß diskutiert. Jedoch ist hierzulande die Bevökerung noch sehr uninformiert. Aus diesen Gründen starten Gruppen aus der Bundesrepublik und Gruppen aus mehreren anderen europäischen Staaten in Kooperation mit der philippinischen Organisation REAPS (Rural Enlightenment and Accretion in Philippine Society – www.ruralpix.com – www.lakbayktribo.com) eine zweijährige Kampagne gegen Biopiraterie.

Den Auftakt bildete eine Öffentlichkeitsaktion mit dem Segelschiff »Lovis« in Kopenhagen anlässlich des EU-Gipfels am 12. Dezember 2002. Die EU ist zusammen mit den USA und der WTO einer der größten Unterstützer der Biopiraterie, da sich durch sie auch viele europäische Firmen bereichern. Das Europäische Patentamt in München hat bisher schon sehr viele »Biopatente« bewilligt. Mit dem Beitritt der assoziierten Staaten werden diese Patente auch verpflichtend für diese Länder. Dies hätte katastrophale Folgen für den dortigen stark ausgeprägten Agrarsektor.

Im nächsten Sommer wird das Umweltbildungschiff »Lovis« (www.lovis.de) gegen die Biopiraten auf der Ostsee segeln. Auch das Eine-Welt-Dreimast-Segelschiff »Estelle« aus Finnland ist dabei. Die Kampagne führt von Hafen zu Hafen rund um die Ostsee, in denen lokale Gruppen Seminare, Aktionen, Ausstellungen u.ä. vorbereiten.●

Kontakt: Umweltwerkstatt, Johannes Richter, Willy-Brandt-Allee 9, D-23554 Lübeck, Tel/Fax: (04 51) 707 06 46, E-Mail: jupluebeck@t-online.de

Gründung von foodwatch

Thilo Bode, ehemaliger Greenpeace-Chef, will mit der neuen Organisation »foodwatch« einen »schlafenden Riesen« wecken: Den Verbraucher. Das Verbrauchernetzwerk, das sich mehr Transparenz in der Lebensmittelindustrie zur Aufgabe macht, will die Marktmacht der Verbraucherinnen und Verbraucher bündeln, eigene Rechercheergebnisse präsentieren und unbequeme Fragen zu Produkten und Werbung an Hersteller und Behörden richten.

Da es von seinen Mitgliedern getragen wird, ist »foodwatch« politisch und finanziell unabhängig. Der Aufbau dieser gemeinnützigen Organisation, die innerhalb von drei Jahren 30.000 Mitglieder gewinnen möchte, wird durch Spenden und Stiftungsmittel ermöglicht.

Thilo Bode: »Durch gebündelte Verbraucherinteressen lässt sich viel erreichen. Wir wollen diesen Riesen wekken, »foodwatch« wird die Verbraucher mobilisieren.«

Weitere Informationen und Beitrittsmöglichkeiten:
foodwatch e.V., Brunnenstr. 181, D-10119 Berlin,
Tel. (0 30) 240 47 60, Fax 24 04 76 26
Web: www.foodwatch.de

VERFASSUNGSBESCHWERDE

Verfassungsfeind Auto ?

Ein Vorstandsmitglied von »autofrei leben! e.V.« erhebt Verfassungsbeschwerde gegen den Straßenverkehr in seiner heutigen Form. Der Gesetzgeber habe dem Auto eine Sonderstellung zu Lasten umweltfreundlicher Verkehrsteilnehmer verschafft. Fachleute halten eine verfassungsrechtliche Klärung für überfällig.

Der in Hamburg ansässige Verein »autofrei leben!« unterstützt den Beschwerdeführer Schmidt, der vor dem Bundesverfassungsgericht das Straßenverkehrsrecht angreift, weil es im Widerspruch zum Grundgesetz stehe.

In der durch die Straßenverkehrsordnung (StVO) aufgestellten Hierarchie sei die natürlichste Form der menschlichen Fortbewegung – das zu Fuß gehen – an die letzte Stelle gerückt worden. Um diese Ordnung durchzusetzen, habe der Staat nicht nur Bußgeldsätze festgelegt, sondern auch sein Gewaltmonopol an die Kraftfahrer treuhänderisch übertragen.

Dazu Schmidt: »Die StVO und ihre übliche juristische Auslegung erfüllt nicht die Anforderungen von Artikel 2 des Grundgesetzes, also dem Recht auf körperliche Unversehrtheit. Die ständigen Gewaltdrohungen durch schnell fahrende Autos erklären Polizei und Justiz zur Bagatelle, obwohl schon im Kindesalter eindringlich davor gewarnt wird. Und wer per Auto tötet, kann ziemlich sicher sein, nicht hinter Gittern zu landen, sondern bloß vorübergehend zum zu Fuß gehen im Autostaat verdammt zu werden.«

Die Verfassungsbeschwerde zielt darauf ab, Fußgängern, Radfahrern und öffentlichen Verkehrsmitteln Vorrang vor dem Autoverkehr zu geben. Eine Forderung, die nicht von ungefähr kommt, wie Schmidt anhand von exakten Berechnungen nachweisen kann. Der Verkehrsexperte Dieter Teufel (UPI/Heidelberg) bestätigt: »Seine Argumentation ist kaum zu widerlegen. Ein solcher Schritt ist verkehrswissenschaftlich und gesellschaftlich längst überfällig.«

Professor Schöndorf, der an der Fachhochschule Ffm Umweltrecht lehrt, fordert die Verfassungsrichter auf, die Beschwerde ernst zu nehmen: »Die deutsche Justiz hat schon beim Umweltrecht versagt, weil angeblich die Kausalität zwischen Schadstoffbelastung und Gesundheitsschäden nicht eindeutig nachweisbar sei. Wenn der zigtausendfache Straßenverkehrstod aus arbeitsmarktpolitischen Gründen nicht als Verstoß gegen Artikel 2 des Grundgesetzes gewertet wird, sollte die Justiz in Frührente statt Rente mit 70 gehen«.

Der Vorsitzende von autofrei leben! e. V., Schuldt, erklärt: »Wir Nicht-Autofahrer sind viel mehr als die meisten glauben und wahrnehmen. Auf meinem täglichen Arbeitsweg mit dem Fahrrad durch Hamburg werde ich häufig durch Autos gefährdet und darf zum Dank deren Abgase einatmen. Damit muss Schluss gemacht werden, damit alle umweltfreundlichen Verkehrsteilnehmer nicht mehr unter dem Diktat des Automobilismus leiden müssen. Deshalb unterstützen wir Schmidt.«●

Kontaktadresse: schmidt@autofrei.de
Tel.: (0175) 895 67 65
Bezug der Beschwerdeschrift bei: www.ag2100.de
autofrei leben! e. V. Volkmannstr. 6 D-22083 Hamburg,
Web: www.autofrei.de, E-Mail: verein@autofrei.de

www.kartenfuchs.de

Bahntarife

Schlauer, als die Bahn erlaubt

Lisa sitzt im Zug von Bremen nach Hamburg. Ihr gegenüber, ein Unbekannter mit dem selben Ziel. Eine lange Stunde liegt vor ihnen. Die sechsköpfige Truppe nebenan, hat hingegen ihren Spaß und spart zudem mindestens 40% des Fahrpreises pro Person.

Janin Strauß, Red. Bremen-Umland ● Selbst wenn zwei Bahnfahrer eine Gruppe bilden, bedeutet das eine Ersparnis von 25%. »Doch wie kriegt man die Leute zusammen«, fragte sich Sven Koschik. So entstand der Kartenfuchs: die kostenlose Mitfahrzentrale für Bahnreisende im Internet. Es ist denkbar einfach: Strecke, Abfahrtzeit und Datum eingeben. Wenn es bereits eine Gruppe gibt, werden deren Mitglieder per E-Mail verständigt. Treffpunkt ist eine halbe Stunde vor Abfahrt am Servicepoint. Ansonsten kann man eine Gruppe eröffnen und hoffen, dass sich jemand meldet. »Mit 30 bis 40.000 Besuchern im Monat liegt die Seite nicht unbedingt brach«, so Koschik. Und 15.000 Zusammenschlüsse, die seine Webseite vermittelt hat, sprechen für sich.

Sven Koschik ist ein echter Fuchs, wenn es ums Bahnfahren geht Foto: Janin Strauß

Erkennungsfuchs fürs Handgepäck – Logo www.kartenfuchs.de

Mein Name ist Hase

Und selbst der schlaue Fuchs hat es schwer im Tarifdschungel der Bahn. »Allein die Gruppentarife sind schon sehr kompliziert«, weiß der Hamburger. Er betont: »Der Kartenfuchs ist keine Preisauskunft. Die Intention besteht darin, Leute zusammen zu führen.« Für Sven Koschik haben die neuen Pläne der Bahn ihre Vor- und Nachteile: »Wir freuen uns, dass Gruppenrabatte dann auch mit der Bahncard kombinierbar sind. Deswegen hatten wir schon viele Anfragen.« Ansonsten habe die Bahn ihr starres Cent pro Kilometer-System. Daneben gab/gibt es ein paar Rennern, auf die sich alle stürz(t)en: Wochenendticket, Guten-Abend-Ticket ... Jeweils mit umfangreichen Ausnahmeregelungen: »Man sollte das ganze Geflecht auf zwei Sätze bringen und den Kunden trotzdem mehr Alternativen bieten.« Wie viele andere ist auch Koschik der Meinung, dass Spontanfahrer in Zukunft benachteiligt werden: »Aber die kommen dann vielleicht auf den Kartenfuchs. Und das ist natürlich erfreulich für uns.«

In den zwei Jahren gab es noch nicht eine Beschwerde. Für persönliche Kontakte fehle zwar die Zeit, doch jede Mail wird beantwortet. »Viele zeigen sich begeistert«, so Koschik stolz, »getrennte Familien schreiben mir, dass sie sich jetzt öfter sehen können. Nicht nur finanziell bedeuten Gruppenfahrten eine Entlastung. Kinder können ohne Eltern reisen. Man sucht einfach einen Mitfahrer, der sich bereit erklärt, sie zu beaufsichtigen.«

David gegen Goliath

Leider zeigte sich die Bahn nicht halb so erfreut. Gleich zweimal verklagte sie den Kartenfuchs auf insgesamt 750.000 DM Schadensersatz. Vor dem Landgericht Köln ging es um die Verletzung des Urheberrechts. Auf Koschiks Homepage konnte man direkten Zugriff auf die Fahrplanauskunft der Bahn bekommen. Es kam zu einem Vergleich: Der Kartenfuchs bietet keine Fahrplanauskunft mehr, aber es gibt einen Link (Internetverknüpfung) zur Bahn-Homepage. Richtig zur Sache ging es vor dem Landgericht Frankfurt. Der Kartenfuchs unterlaufe den Wettbewerb, so die DB AG. Die Begründung: Erstens würden Gruppentarife nur für Menschen gelten, die sich bereits kennen. Zweitens greife der Kartenfuchs in die Freiheiten des Unternehmens ein. Würden auf einmal mehr Leute Karten kaufen, käme es zu einem Andrang, der die Bahn organisatorisch überfordere. »Das Ganze wäre dann nicht so gut steuerbar. Der Gewinn und die Schaffung von Arbeitsplätzen standen bei dieser Begründung wohl eher im Hintergrund«, so Koschik. Es gab einen riesigen Presserummel um den Prozess. Der Schienenriese drohte sogar öffentlich damit, Gruppentarife abzuschaffen. Ungeachtet dessen entschieden die Richter, dass der Kartenfuchs nur die bestehenden Tarifmöglichkeiten aufgreife. Dem Hamburger sieht man noch heute die Erleichterung an: »Schließlich ging es dabei um meine Existenz.«

Die Moral von der Geschicht

Allein die Größe bringt es nicht. Auch in Zukunft steht jedem der Kartenfuchs kostenlos zur Verfügung: »Es geht darum, eine Vision umzusetzen und nicht darum, Geld zu verdienen. Allerdings haben wir weitere Serviceideen entwickelt, um den einen oder anderen kostendeckenden Euro zu verdienen. Beispielsweise interne Mitfahrzentralen für Firmen.«●

Ein Tipp vom Kartenfuchs persönlich 1.) Nutzen Sie verstärkt Ländertickets. Das Niedersachsenticket gilt auch in Bremen und Hamburg, kostet 21,– EUR, pro Tag für bis zu 5 Personen. 2.) Besuchen Sie die www.kartenfuchs.de

Familienpreise

Hauptgewinner: Kinder bis 14

Die Bahn kommt. Das neue Preissystem mitterweile auch. Aber was bringt es für Familien?

Annelie Ringmann, Red. Bremen-Umland ● Die Eichhorns sind eine große Familie. Zu Vater Hartmut und seinen beiden Söhnen kommt noch seine Freundin mit drei Kindern. Macht insgesamt sieben Personen. »Wir haben uns im Februar alle die Familienbahncard für wenig Geld gekauft«, erzählt Eichhorn. Mit der neuen Bahncard geht das so nicht mehr. Lediglich die beiden Jüngsten der Familie können noch profitieren. Kauft sich ein Elternteil eine Bahncard25, kostet sie für die dazugehörigen Unter-Achzehnjährigen jeweils nur 5 Euro. Der Rest der Kinder ist über siebzehn und gehört so zu den Verlieren der Familienbahncard25. Wer erwachsen ist, muss zahlen. Und zwar den vollen Preis der Bahncard. Schüler- und Studentennachlass? Fällt weg. Ist es da für Familie Eichhorn überhaupt noch sinnvoll eine Familienbahncard25 zu kaufen? »Das wird sich zeigen. Ich gehe allerdings davon aus, dass es sich dann nicht mehr lohnt«, meint der Rotenburger. Eltern profitieren übrigens von der Familienbahncard25. Wenn sich ein Elternteil eine kauft, kann der Partner ebenso wie die Kinder sein Exemplar für 5 Euro erstehen. Neu ist auch, dass die Eltern jetzt mit ihrer Bahncard25 ohne Kinder zum Rabattpreis reisen dürfen.

Bahnfahren

Wie oft fährt Familie Eichhorn überhaupt mit dem Zug? Herr Eichhorn ist VBN-Berufspendler. Er nimmt täglich die Bahn. Seine Söhne nutzen gerne und oft die Übertragbarkeit seines VBN-Tickets aus. Das hat alles aber nichts mit der Bahncard zu tun, denn bahncardtaugliche Strekken fallen nur zwei- bis dreimal im Jahr an. Meistens fahren die Familienmitglieder einzeln: »Als Familiengruppe nutzen wir die Bahncard nicht.« Der Urlaub findet mit dem Wohnmobil statt. »Damit ist man unabhängig und kann direkt bis ans Meer und die Berge fahren und nicht nur bis zum nächsten Bahnhof«, erläutert der Vater zweier Söhne die Vorteile gegenüber des Urlaubs mit der Bahn. Hinzu kommt noch der finanzielle Aspekt: »Auf längeren Strecken schlägt das Bahnfahren mit der Familie auch richtig zu Buche«, weiß VCD-Mitglied Eichhorn.

Vorteile für jüngere Kinder

Vor ein paar Jahren hätte sich das neue Preissytem für Familie Eichhorn übrigens gelohnt. Die Bahn setzt nämlich das Alter für Kinder herauf. Künftig gilt: Kinder bis vierzehn (früher 5 Jahre) fahren in Begleitung ihrer Eltern oder Großeltern umsonst. Sind die Kinder allein mit der Bahn unterwegs, müssen sie die Hälfte des Fahrpreises zahlen. Eigentlich ein sehr familinefreundliches Angebot. Schade, dass Nesthäkchen Ole schon fünfzehn ist. Findet der Familienvater die Angebote der Bahn familienfreundlich? »Die alte Familienbahncard war schon ganz gut, vor allem wegen dem geringen Preis. Aber wenn man mit mehreren unterwegs ist, gilt die berühmte Rechnung Auto. Dort macht es keinen Unterschied, ob das Auto voll ist oder nicht. Als Einzelreisender profitiert man bei der Bahn mehr als als Familie.«●

Hier noch einmal in Kürze das Preissystem für Familien:

Ab 15.12.02	Kinder bis 14	Kinder bis 17	Kinder ab 18	Eltern
In Begleitung von Eltern oder Großeltern, ohne Bahncard	umsonst	Normalpreis*	Normalpreis*	-
Ohne Begleitung, ohne Bahncard	50 % Preisnachlass	Normalpreis*	Normalpreis*	-
Bahncard (BC) - Preis	*wenn mind. ein Elternteil BC (60,-) kauft:* 5 Euro	*wenn mind. ein Elternteil BC (60,-) kauft:* 5 Euro	60,- (Normalpreis)	*wenn Partner eine BC (60,-) kauft:* 5 Euro

* Normalpreise sind mit Plan&Spar- sowie Mitfahrerrabatt und Bahncard kombinierbar

Bahn will Mitfahrer (nicht nur) im Internet verkuppeln

Mit der Einführung des neuen Tarifsystems will die Deutsche Bahn künftig mit den Mitfahrzentralen kooperieren und auch selbst Zufallsbekanntschaften für den Kauf preiswerterer Gruppentickets vermitteln. Wie das Unternehmen in Frankfurt mitteilte, können sich Bahnreisende zunächst an den Mitfahrzentralen am Bahnhof Zoo in Berlin und am Bahnhof Dresden Neustadt Mitreisende suchen. Später soll dies bundesweit bei allen Mitfahrzentralen möglich sein. Mit Beginn des neuen Preissystems am 15. Dezember können Bahnfahrer, die in Gruppen reisen, im Vergleich zum Normaltarif besonders viel sparen. Im Gegensatz zu heutigen Geschäftspolitik war die Bahn vor zwei Jahren auf den Internet-Gruppenreisedienst Kartenfuchs nicht gut zu sprechen.

Die Dienste der Mitfahrzentralen in Berlin und Dresden stehen laut Bahn jetzt schon Interessenten aus ganz Deutschland zur Verfügung. Über die Telefonnummern (0 30) 1 94 40 für Berlin, (03 51) 1 94 40 für Dresden oder (0 18 05) 19 33 19 für überregionale Angebote können Kunden von werktags von 9.00 bis 20.00 Uhr sowie samstags und sonntags von 10.00 bis 14.00 Uhr ihren Reisewunsch angeben. Bestellungen sollen auch im Internet (www.sparzug.de) möglich werden. Die Mitfahrzentralen organisierten die gemeinsame Fahrt und besorgten die Fahrscheine.

Parallel dazu startete die Bahn (www.bahn.de) eine eigene Mitfahrerbörse im Internet. Wer durch gemeinsames Reisen Geld sparen möchte, muss laut Bahn dazu seine Reisedaten auf der Bahnhomepage eingeben. Der Computer ermittelt dann für die gewünschte Zeit und Strecke und teilt die Kontaktdaten per E-Mail mit. Alles weitere müsse der Kunde selbst regeln. Neben der Bahn helfen schon jetzt Web-Mitfahrerbörsen wie ticket-teilen.de, mitbahnen.de, oder ticket-mitfahrer.de den Bahnbenutzern bei der Suche nach Mitreisenden.

Besonders empfehlenswert sind die Web-Seiten des Verkehrsclub Deutschlands (VCD) hierzu: www.ticket-teilen.de und www.preissystem.de●

Geschäftsleute und die Bahn

Bahntarife

Bahn statt Flieger für Schlipsträger

Die Bahn ist attraktiv. Auch für Geschäftsleute, die genauso gut den Flieger hätten nehmen können. Was hat die Bahn, was der große Vogel nicht hat? Und wird das so bleiben oder werden Flugreisen bald bevorzugt?

Stefanie Reiffert, Red. Bremen-Umland ● »Geschäftsleute, wie Manager von Großunternehmen, entscheiden sich für die Bahn nicht wegen des Preises. Für sie zählt die Flexibilität. Und dass sie im Zug bequem arbeiten können«, weiß Jakob Mitzlaff aus Quelkhorn, Mitglied im Pro Bahn Landesverband Bremen. »Vom Preis her spielt es keine Rolle, ob ich mit dem Zug oder einem großen Auto fahre.« Der andere Konkurrent der Bahn, das Flugzeug, hat nach der Meinung von Mitzlaff einen entscheidenden Nachteil: »Die Bahnhöfe sind näher an den Zielorten als die Flughäfen. Flugzeuge verspielen ihren Zeitvorsprung auch durch die langen Eincheckzeiten.« So dauert der Flug zwar nicht so lange wie die Bahnfahrt, doch die Fahrt mit dem Taxi in die Stadt und die Zeit, die durch Sicherheitskontrollen draufgeht, machen das wieder wett. Die Bahn bietet teilweise auch die Möglichkeit eines Car-Sharings. In Berlin und München ist es sogar möglich im Anschluss an den Zug, Fahrräder zu leihen.

Freundliches Personal

Auch die Flexibilität ist wichtig im Arbeitsalltag. Einsteigen können, wann man will. Die wird nach den neuen Plänen der Bahn allerdings erheblich beeinträchtigt. »Um ein billiges Ticket zu bekommen, muss man für überfüllte Züge schon ziemlich weit in Voraus buchen«, erklärt Mitzlaff. »Das Kontingent für die billigen Tickets am Freitag Nachmittag wird sehr schnell erschöpft sein. Ist jetzt die Besprechung zwei Stunden früher zu Ende, muss ich aber den Zug nehmen, den ich gebucht habe.

Foto: Stefanie Reiffert

Jakob Mitzlaff setzt sich bei Pro Bahn e.V. für ein besseres Tarifsystem ein

Der ist wahrscheinlich sehr voll, ein früherer Zug wäre leerer.« Mitzlaff sieht auf das Bahnpersonal »Massen zukommen«. Hier hat das Flugzeug einen eindeutigen Service-Vorteil für den Geschäftsreisenden. »Das Personal am Flughafen ist auf Freundlichkeit trainiert. Hier wird man zuvorkommend behandelt. Die Bahn dagegen ist ein Massenverkehrsmittel.«

Service – etwas womit auch die Bahn ihre Lieblingskunden ködern will. »Der Metropolitan zwischen Hamburg und dem Ruhrgebiet ist extra auf Geschäftsleute ausgerichtet. Es gibt hier keine Klassen, sondern vier Kategorien.« In der Kategorie 'Office' kann man arbeiten wie im Büro, 'Silence' garantiert eine ruhige Atmosphäre, im 'Club' gibt es ordentliches Entertainment und im 'Traveller' reisen die Leute, die es mit dem Geld nicht ganz so dikke haben. Es gibt kostenlose Snacks, Getränke und Zeitungen. Diese Serviceleistung erinnert an das Flugzeug.

Großkunden

Das Großunternehmen Dodenhof in Posthausen schickt seine Mitarbeiter oft mit der Bahn auf Reisen. »Wir fahren aus Kostengründen mit der Bahn«, so Ulrike Dalldorf, Sekretärin der Geschäftsführung. »Wir kaufen ein Großkundenabonnement.« Noch kann es eine Ermäßigung von bis zu 20% einbringen (Kaufpreis 12.400 EUR). Das Großkundenabonnement (GKA) wird wie ein Guthaben nach und nach abgefahren. Fahrscheine und Zuschläge stellt das Unternehmen selbst aus. »Wir lassen das Ganze durch das Reisebüro verwalten. Dadurch sparen wir sehr viel Verwaltungsarbeit«, erklärt Dalldorf, »Wenn mehrere Mitarbeiter zu einer Messe fahren, nehmen sie auch schon einmal ein Auto. Aber allgemein ist es nach einer Besprechung für unsere Mitarbeiter zu anstrengend, mit dem Auto zu fahren.« Nach dem neuen Preissystem der Bahn fällt das GKA weg. Daraus wird das Elektronische Firmen-Abonnement. Die Ersparnis ist hierbei geringer (etwa 4%), jedoch können auch Rabatte der BahnCard genutzt werden. Vorher war der Rabatt nur auf den Normalpreis möglich. »Wir müssen jetzt erst einmal rechnen, ob sich das noch für uns lohnt«, sagt Dalldorf. »Eventuell wäre es besser, einfach den Frühbucherrabatt zu nutzen.« Für ganz reisewütige Geschäftsleute gibt es auch weiterhin die »Netzkarte«: Für 3.350,– EUR quer durch Deutschland ein Jahr lang in fast allen Zügen zweiter Klasse. Die übertragbare Netzkarte kostet jährlich 7.920,– EUR (2. Klasse).●

Sparangebote fallen weg

Durch das neue Preissystem fallen mehrere Spartarife der Bahn ersatzlos weg: Betroffen davon sind das »Guten-Abend-Ticket«, das »Twen-Ticket«, das »StadtTikket«, das »Rail&Fly«-Ticket sowie sämtliche Familien- und ICE-Sparpreise. Erhalten bleiben dagegen Angebote im Nahverkehr, also »Schönes-Wochenende-Tikket« und »Niedersachsen-Ticket«. Auch Großkundenabonnements und Netzkarten wird es nach Aussage von Gelfo Kröger, Pressesprecher der DB, weiterhin geben.

Rico Oehme

Bahnfahren regional

Regional fahren – kaum Geld sparen

Wer künftig mit der Bahn im Fernverkehr fährt, kann *vorbuchen. Im Regionalverkehr sind die* Möglichkeiten, zu sparen, jedoch wesentlich eingeschränkter.

Annelie Ringmann, Red. Bremen-Umland ● Zunächst empfiehlt es sich, die Begriffe Nahverkehr und Regionalverkehr zu erläutern. Beide benutzen die gleichen Züge: Durchgangszug (D), Regionalbahn (RB), Regionalexpress (RE) und die S-Bahn. Auf den kurzen Strecken gibt es meist Nahverkehrsverbünde. Hier in der Gegend ist es der Verkehrsverbund Bremen/Niedersachsen (VBN). Der VBN hat ein eigenes Tarifsystem, das nichts mit dem der Deutschen Bahn (DB) zu tun hat. Deshalb gelten auch innerhalb des Verbundes nicht die Bahncard und kein Frühbucherrabatt. Die kann der sparwütige Kunde nur einsetzen, wenn er einen Bahnhof außerhalb des VBN-Gebietes ansteuert, also den Regionalverkehr der Deutschen Bahn nutzt. Die Definition Regionalverkehr ist also: Alle Züge D, RB, RE + S-Bahn ohne die Strecken der Verkehrsverbünde. Die Bahncard25 ist für den Regionalverkehr nicht mehr so attraktiv wie früher. Zwar bekommt man mit ihr immer noch Ermäßigung, aber nur noch 25%. Anders als im Fernverkehr ist im Regionalverkehr der DB auch kein Preisnachlass für Frühbucher möglich. Der Reisende im Regionalverkehr hat also weniger Möglichkeiten zu sparen als der Fahrgast im Fernverkehr. Wie beurteilt Gerhard Steinwede, Kreistagsabgeordneter der Grünen, das neue Preissystem der Bahn? »Dass in das ganze Preissystem Bewegung kommt, finde ich gut«, erklärt er.

Bahn oder Auto

Der Achimer ist ein überzeugter Bahnfahrer. Jetzt mehr denn je: »Als Senior gehört die Frage dazu, ob man den Stress auf den Straßen noch aushält. Für meine jetzigen Verhältnisse ist die Bahn sehr vorteilhaft. Ich kann mich in Ruhe in die Bahn setzen und Zeitung lesen.« Wenn Strecken im Regionalverkehr anfallen, dann meistens nach Hamburg, Hannover oder Nienburg. Mit der Bahncard50 eine günstige Alternative zum Auto. Wenn das neue Preissystem der Bahn kommt, sieht das anders aus. Gerhard Steinwede will erst mal abwarten und alles genau durchrechnen. »Vielleicht führt es dazu, dass ich mehr das Auto nehme. Ich denke, das kommt auf die jeweilige Situation an.« Fernstrecken bestreitet er ebenfalls gerne mit dem Zug. Durch das neue Preissystem gehört er in dieser Hinsicht zu den Gewinnern. »Es könnte sein, dass ich meine Fernfahrten vermehrt mit der Bahn mache. Auf langen Strecken ist das immer günstiger für mich«, erklärt er. Das Flugzeug ist für Strecken innerhalb Deutschlands keine Alternative für ihn. »Der Zeitaufwand beim Fliegen und Bahnfahren ist ungefähr gleich«, so Steinwede, der seit 1964 in der Kommunalpolitik aktiv ist.

Foto: Annemarie Ringmann

Gerhard Steinwede, Kreistagsabgeordneter der Grünen, fährt gern mit der Bahn

Bahnfahren auf französisch

Sein Vorbild in Sachen Bahnsystem ist Frankreich. Dort sind die Züge durch frühzeitige Buchung gut ausgelastet. Außerdem fahren die Menschen häufiger mit dem Zug. Wozu die hohen Spritpreise und die Mautgebühr für die Autobahnbenutzung in Frankreich nicht unwesentlich beitragen. »Jeder, der in Frankreich Auto fährt, rechnet vorher«, weiß Steinwede, der etwa dreißigmal im Jahr mit dem Zug fährt. Seine Grundposition ist, dass zu viele Leute Auto fahren. Er hofft, dass das neue Preissystem die Menschen von der Straße auf die Schiene bringt. »Alle Dinge, die dazu führen, dass die auf die Bahn umsteigen, finde ich positiv.« Den Mitfahrerrabatt bewertet er als äußerst positiv. »Den werd ich bestimmt auch mal nutzen.« Selbst die Reisenden in Nahverkehrszügen können diesmal profitieren. Der Mitfahrerrabatt ist nicht nur auf Fernstrecken, sondern auch im Regionalverkehr anwendbar. Insgesamt sieht der Realschuldirektor a.D. Chancen in dem neuen Bahnpreissystem. Allerdings auch Defizite: »Wenn die Regionalverkehrsregelungen nicht begünstigt sind, hätte die Bahnreform einen schweren Nachteil.« Das trifft leider auf alle Reisenden zu, die keinen Mitfahrer finden. Sie fahren dann teurer als bisher mit der Bahncard50.●

Tipp: Wenn Sie öfter den Regionalverkehr nutzen (beispielsweise Strecken innerhalb von Niedersachsen), sollten Sie Bahnfahrgemeinschaften bilden und Mitfahrerrabatte ergattern. Die können Sie mit der Bahncard25 kombinieren.

Neues System im Überblick

Planen, sparen und bezahlen

Zum 15. Dezember 2002 trat bei der Bahn nicht nur der neue Fahrplan, sondern auch ein komplett neues Preissystem in Kraft. Ziel ist es, so Pressesprecher Gelfo Kröger, den verwirrenden Tarifdschungel zu lichten.

Rico Oehme, Red. Bremen-Umland ● »Der hat sich über die letzten 160 Jahre entwickelt. Immer neue Sonderpreise und Spartarife sollten die Tarife an aktuelle Gegebenheiten anpassen, haben das Ganze aber vor allem undurchsichtiger gemacht«, erklärt Kröger die Entstehung. Mit dem neuen System soll das jetzt alles anders und besser werden.

Je weiter, desto günstiger

Grundlage ist ein degressiver Normalpreis: Je weiter man fährt, desto weniger kostet ein Kilometer. Das bedeutet, dass es nicht mehr wie bisher einen festen Kilometerpreis gibt, sondern der Preis für jede Strecke einzeln berechnet wird, auch abhängig von der Qualität des Zuges und der Geschwindigkeit. »Ab einer Strecke von 180 Kilometern wird der Grundpreis damit billiger als bisher«, sagt Gelfo Kröger. Ob er bei kürzeren Relationen damit teurer wird, ließ der Sprecher der Bahn offen.

Zweites Element sind die sogenannten Plan&Spar-Preise (P&S). Hier gibt es, geknüpft an unterschiedliche Vorbuchungsfristen und Bedingungen, Rabatte von 10%, 25% und 40% auf den Normalpreis. Allerdings ist die Anzahl dieser billigeren Karten beschränkt. Wie groß die Kartenkontingente im Einzelnen sind, ist von Zug zu Zug verschieden. Und es wird ein Geheimnis der Bahn bleiben, das sie nicht vor den Kunden lüftet. Ist für einen bestimmten Zug kein Rabatt mehr zu bekommen, sollen die Mitarbeiter auf andere zeitnahe, aber noch nicht ausgelastete Verbindungen verweisen. So will der Konzern seine Züge effektiver nutzen und gleichzeitig übervolle Wagons vermeiden.

Zug verpasst? Pech gehabt!

Ein Nachteil der Plan&Spar-Karten ist die Zugbindung. Jede gilt nur für eine ganz bestimmte Verbindung, die, je nach Rabatt-Stufe, bis zu sieben Tagen im Voraus gebucht werden muss. Wer seinen Zug dann verpasst oder die Reise gar nicht antreten kann, muss mit hohen Umtauschgebühren leben oder bleibt ganz auf den Kosten sitzen. Ausnahme: die Bahn ist selbst Schuld, zum Beispiel durch Verspätungen. Eine Bestätigung des verpassten Anschlusses vom Zugbegleiter (Schaffner) oder aus dem Reisezentrum genügt hier. Die hohen Gebühren rechtfertigt der Pressesprecher der Bahn damit, dass die Kunden sonst mehrere P&S-Karten für einen Tag vorbuchen würden, dann aber nur eine davon nutzen. »Dann hätten wir wieder nur halbvolle Züge. Und genau das wollen wir ja vermeiden«, so Gelfo Kröger. Konkret: Wenn der Bus zu spät am Bahnhof ankommt, haftet die Bahn nicht. Der findige P&S-Fahrgast nimmt »einfach« den nächsten Zug und zahlt dann zu seinem Erstaunen 45,– EUR Strafe und die Differenz von seinem Fahrpreis zum Normalpreis. Das Busunternehmen ist auch nicht haftbar.

Günstiger wird Bahnfahren vor allem für Familien. So fahren künftig Kinder bis 14 Jahren mit ihren Eltern oder Großeltern ganz umsonst. Allein zahlen sie den halben Preis. Auch der Mitfahrerrabatt bleibt erhalten. Reisen bis zu fünf Personen zusammen, so zahlen bis auf den ersten alle nur den halben Fahrpreis.

Alles ist kombinierbar

Neu ist, dass alle Rabatte kombinierbar sind. Wer zum Beispiel ein Plan&Spar-Ticket vorbucht, kann darauf extra den Mitfahrerpreis anrechnen. Auch die Bahncard wird es weiterhin geben, allerdings zu veränderten Konditionen. Sie kostet zukünftig nur noch 60 EUR, bietet aber auch nur noch 25% Ermäßigung. Die günstigen Bahncards für Schüler und Senioren gibt es nicht mehr. Dafür auch hier familienfreundliche Angebote: Kauft ein Elternteil eine Bahncard, erhalten der Partner und alle Kinder bis 17 Jahre eine eigene vollwertige Karte für je 5 Euro dazu. »Die Bahncard ist sozusagen der Generalschlüssel für eine weitere Ermäßigung. Die 25% sind dann auch mit allen anderen Angeboten kombinierbar«, erklärt Gelfo Kröger. Schwierig bleibt für den Kunden die Unterscheidung in Nah- und Fernverkehr, den die Bahn beibehält. Die ganze Bahnpreisreform gilt nämlich nur in den Zügen des Fernverkehrs (D, IC, ICE). Die Kategorie Interregio soll zum Fahrplanwechsel fast komplett wegfallen. Im Nahverkehr dagegen (S-Bahn, RB, RE, IRE) bleibt alles beim Alten. Ausnahme hier wieder: Wird eine Verbindung gebucht, die sowohl Nah- wie Fernverkehrszüge enthält, wird komplett zum neuen Preis berechnet.

Trotzdem findet Gelfo Kröger das neue System viel leichter zu durchschauen als das alte. Und natürlich viel preiswerter. Verlierer sieht der Pressesprecher der Bahn ohnehin nur wenige: »Vielleicht Pendler in Fernverkehrszügen ohne Monatskarte, die selten Zug fahren.«●

Umfrage zeigt wenig Positives

Bahntarife

Ist und bleibt Bahnfahren attraktiv?

Warten auf den Zug in Verden oder Rotenburg. Mittlerweile ist es kalt auf den Bahnsteigen. Da bleibt Zeit zum Träumen. Und dann komme ich daher mit meinen Fragen zum neuen Tarifsystem der Deutschen Bahn. Aus der Traum. Schlagartig steht man wieder auf dem kalten Bahnsteig.

Janin Strauß, Red. Bremen-Umland ● Zu meinem Erstaunen zeigten sich die meisten gesprächig. Zunächst bezeichneten alle Befragten je nach Altersgruppe die Preise als »krass« oder »überteuert«. Unabhängig davon, was ab Dezember auf uns zukommt. Warum sie trotzdem mit dem Zug fahren? Hier einige Antworten: Helga Riepe aus Nienburg ist zum Teil schneller in Gießen oder Hannover, als mit dem Auto. Zudem sei es weniger anstrengend.

Diese Vorteile nannten viele. So auch Linda Witte, 24 Jahre aus Lüneburg. Sie hat allerdings ein Ass im Ärmel: »Ich bin deutschlandweit beruflich unterwegs. Die Tikkets bekomme ich bezahlt. Deshalb betrifft es mich nicht direkt.«

Kerrin Lorenzen ist 25 und stammt aus Flensburg. Sie studiert in Ottersberg: »Ein Auto kann ich mir nicht leisten und Bus fahren ist anstrengender.« Bei den Preisen der Bahn kommt auch sie langsam ins Grübeln: »Oft werden Vorteile angepriesen, die dann doch einen Haken haben.«

Dreist sein, ist die Devise. Beispielsweise am VBN-Automat: die Fahrradmitnahme ist so teuer, dass man dem Schaffner später treu lächelnd sagen kann: »Ich dachte die Karte gilt auch für die Rückfahrt, bei dem Preis.«

Tarifreform hin oder her: Im Komfort bleibt die Bahn dem Auto überlegen Foto: Voller Ernst

Was ist neu?

Diese Frage hatte in den meisten Fällen eine Schweigeminute zur Folge. Da fast alle Befragten Bahncard-Besitzer sind, wussten sie zumindest über die Halbierung des Rabattes Bescheid. Um sich eine Meinung über das neue Preissystem bilden zu können, half ein kurzer Vortrag meinerseits. Die Bahn wirbt zwar damit, alles sei bald viel transparenter. Meine Erfahrung hingegen: Einige verloren schnell das Interesse an kurzen Erläuterungen. Einmal nicht richtig hingehört, zog auch alles andere in einem grauen Nebel an ihnen vorbei. Das Gespräch war danach beendet. Andere machten sich so ihre Gedanken. Helga Riepe werde sich in Zukunft überlegen, mit dem Zug schnell mal zum Arzt zu fahren: »Kurzentschlossenen kommt die Bahn nicht gerade entgegen. Mein Sohn lebt in München. Er entscheidet spontan, wann er die Familie besuchen kommt.« Kerrin Lorenzen hatte bis dato noch nichts von den Plänen der Bahn gewusst. Auch für sie bedeutet das neue System den Verlust einiger Freiheiten. Vor allem störe sie das Wegfallen des Twen-Tickets: »Es war wichtig für alle, die sich keine Bahncard leisten können. Schüler und Studenten konnten so noch etwas sparen«, betont sie.

Manfred Bieler aus Hamburg und seine Frau kannten sich schon besser aus. Diese Tatsache brachte der Bahn jedoch keineswegs Pluspunkte: »Ich frage mich, welche Auswirkung diese Bevorzugung von Frühbuchern auf das Platzangebot haben soll. Warum hängt man bei Zügen, die immer voll sind nicht einfach ein paar Wagen dran? Ein Platzkontingent gibt Möglichkeit zur Manipulation. Meist wird man nur zwei Tage im voraus buchen können und selten den vollen Rabatt für sieben Tage erhalten.« Herr Bieler wollte sich Ende November noch einmal die alte Bahncard kaufen.

Probleme bleiben

Matthias Leubner, 39 aus Verden fährt schon seit 15 Jahren Bahn. Er kennt das neue Tarifsystem. Jedoch zeigt er sich davon wenig berührt: »Die Bahn ist eh viel zu teuer. Alle meckern, die Leute sollen runter von der Straße. Überfüllte Autobahnen, Smog und so weiter. Aber solange Auto fahren billiger bleibt, kann es nicht funktionieren. Und Spontaneität war schon immer eine Schwierigkeit.« Er sieht auch soziale Probleme: »Leute, die sich den Gebrauchsgegenstand Auto nicht leisten können, zählen zu einer sozial schwächeren Schicht. Zug fahren ist aber auch zu teuer. Keine Mobilität bedeutet keine Arbeit. Somit kein Geld.«●

M. Leubner sieht in der Preisentwicklung für Bahnfahrten auch soziale Probleme

Bahnkarten und Auskünfte per Telefon

Die Bahn hat ein kostenloses Infotelefon eingerichtet. Über ein Sprachdialogsystem erhält der Anrufer rund um die Uhr Fahrplanauskünfte. Eine deutliche Aussprache ist hierbei von großem Vorteil, ansonsten landet man Ende womöglich in Konstanz anstatt in Köln. Tel.: (0800) 1 50 70 90 (kostenlos)

Kostenpflichtig ist die Nummer vom Reiseservice: hier kann der Anrufer Fahrpläne und Preise im In- und Ausland erfragen. Außerdem sind Reservierungen und Buchungen von Fahrkarten möglich. Die Karten können dann an den Fahrkartenautomaten mit Berührungsbildschirmen abgeholt werden. Auf Wunsch werden die Reiseunterlagen auch gegen ein Entgeld von 2,50 EUR (ab einem Fahrkartenwert von 250,– EUR auch umsonst) nach Hause geschickt. Diese Nummer ist ebenfalls rund um die Uhr erreichbar. Tel.: 11 8 61 (1. Minute: 1,33 EUR, jede weitere Minute: 1,44 EUR)●

Annelie Ringmann

Neue Gruppenpreise

Eine Gruppe beginnt für die Bahn bei sechs Reisenden. Hier finden nach dem neuen Preissystem die sogenannten »Gruppe&Spar«-Tarife Anwendung. Bei spontaner Buchung gibt es 50% Rabatt für alle Reisenden. Eine Vorbuchungsfrist von mindestens 7 Tagen bringt eine Ermäßigung von 60% auf den Normalpreis, bei 14 Tagen sind es 70 %. Voraussetzung ist auch hier, dass die Gruppenkontingente noch nicht ausgeschöpft sind. Außerdem bindet sich die Gruppe mit den Fahrkarten an einen bestimmten Zug. Eine Umbuchung oder Erstattung ist nur innerhalb der Vorbuchungsfristen und gegen Gebühr möglich. Kinder bis 14 Jahre zahlen den halben Gruppenpreis. Bei Gruppen unter sechs Personen tritt die Mitfahrerregelung in Kraft. Das heißt, jeder Mitfahrer zahlt 50% von dem Preis, den er als Einzelreisender zahlen würde. Der »Hauptfahrer« zahlt in diesem Fall »voll«.●

Rico Oehme

Tipp: Auch bei Gruppenfahrten bietet frühzeitiges Buchen die größte Chance, um am Ende nicht wegen ausgeschöpfter Gruppenkontingente ganz ohne Rabatt dazustehen.

Ein Hauch erster Klasse

Seit einiger Zeit läuft bei der Bahn schon ein neues Punkte-Sammel-Programm, genannt »bahn.comfort«. Wer eine Fahrkarte, die mindestens fünf EUR kostet, mit Bahncard-Rabatt kauft, bekommt für jeden EUR des Preises einen Punkt gutgeschrieben. Wer dann innerhalb von 12 aufeinanderfolgenden Monaten mindestens 2.000 Punkte gesammelt hat, bekommt eine spezielle Bahncard. Mit der darf er dann im Zug in reservierten Sitzplatzbereichen fahren, ein spezielles Bahnservicetelefon nutzen und seine Fahrkarten an Extra-Schaltern kaufen. Auch gesonderte Parkplätze am Bahnhof stehen zur Verfügung und der Zugang zum 1.-Klasse-Wartesaal ist kostenlos.●

Rico Oehme

Billig Bahnfahren

Welche BahnCard passt zu Ihnen?

Die neue ist da. Endgültig. Einige sind begeistert, viele trauern um die alte. Gehören Sie zu den Verlierern oder den Gewinnern bei der Einführung der neuen BahnCard und des neuen Preissystems der Bahn? Im nachfogenden Beitrag geht es auch um die alte BahnCard, die noch bis zum 14.12.2002 zu kaufen war, und noch ein Jahr gültig ist. Wir haben diesen Text trotz des späten Erscheinen im Januar 2003 so belassen. Tipps und Tricks für eine möglichst billige Fahrt gibt Annette Volkens vom Verkehrsclub Deutschland (VCD).

Stefanie Reiffert, Red. Bremen-Umland ● »Am 14.12. ist die letzte Möglichkeit, sich eine alte BahnCard zu kaufen«, weiß Annette Volkens. Sie ist Referentin für Verkehrspolitik beim Verkehrsclub Deutschland (VCD). »Dann folgt ein Jahr Übergangsfrist, bei dem noch beide Karten genutzt werden können.« Der VCD hatte eine Übergangsregelung von drei Jahren gefordert. Danach sollte der Verbraucher entscheiden. »Doch das kostet die Bahn Geld«, weiß Volkens. »Der Grundpreis für Fernstrecken sinkt. Gibt man jetzt auf den niedrigeren Preis 50% Rabatt, macht man Verlust.«

Annette Volkens kümmert sich um den Bahnverkehr beim VCD in Berlin

Die neue BahnCard kostet nun nur noch 60 Euro. Die alte ist noch für 140 Euro zu haben! Kann man nun den geringeren Kaufpreis gegen den fehlenden Rabatt aufrechnen? Volkens: »Das ist eine Milchmädchenrechnung. Denn um die Anschaffungskosten wieder herauszufahren, müssen Sie jetzt mehr Kilometer machen.« Wer wird jetzt auf die neue BahnCard verzichten? »Leute, die viel gemeinsam fahren. Da hört es irgendwann auf, sich zu rechnen. Denn der Rabatt von 25% wird immer erst auf den schon ermäßigten Preis gerechnet.«

Aber: »Die Hemmschwelle, die neue BahnCard zu kaufen ist nicht so hoch, denn sie ist nicht sehr teuer.« Darf man beide Karten parallel besitzen? »Ich wüsste nicht, warum man das nicht tun sollte«, meint Volkens. »Ein Familienvater kann bei Ausflügen mit seiner Familie die BahnCard25 benutzen. Fährt er alleine, ist die BahnCard50 günstiger für ihn.« Damit können Sie alle Vergünstigungen optimal nutzen. »Der Kaufpreis der BahnCard50 wird abhängig von der Laufzeit gegen den Preis der BahnCard25 aufgerechnet. Dieser Betrag wird ausgezahlt.« Noch immer versucht der VCD die Abschaffung der BahnCard50 zu verhindern. »Die BahnCard50 ist ja ein Kind des VCD«, erklärt Volkens. »Man kann spontan für 50% Rabatt fahren. Wir werden nicht aufgeben.«●

Gute und durchschaubare Informationen gibt es beim VCD im Internet (www.vcd.org). Für Leute, die den Gruppenrabatt nutzen wollen, richtet der VCD ein Internetportal ein. Unter www.ticket-teilen.de kann man sich Mitfahrer für seine Strecke suchen.

Machen Sie den VCD-Test:

1. Wohnen Sie in der Nähe eines Bahnhofes, eines Reisebüros oder haben Sie Zugriff auf das Internet?
ja (0) nein (-10)

2. Wissen Sie schon eine Woche vorher, mit welchen Zügen Sie hin- und zurückfahren, oder reisen Sie spontaner?
spontan (-10), teils teils (0), geplant (+ 10)

3. Sind Sie eine Familie mit mindestens einem Kind?
ja (+10), nein (0)

4. Reisen Sie als Jugendlicher regelmäßig mit dem Twen Ticket oder dem Guten-Abend-Ticket?
Ja (-10), Nein (0)

5. Sind Sie mit der Bahn überwiegend alleine unterwegs oder häufig gemeinsam mit anderen?
allein (-10), zu zweit (0), mehr (+10)

6. Benutzen Sie auf vielen ihrer Reisen ausschließlich die Züge des Nahverkehrs oder legen Sie auf jeder Fahrt auch eine Teilstrecke in den Zügen des Fernverkehrs zurück?
Nahverkehrszüge (-10), auch Fernzüge (0)

7. Müssen Sie in der Regel aufgrund von Terminen einen bestimmten Zug nehmen oder könnten Sie auch auf eine andere Verbindung ausweichen?
terminlich gebunden (-10), teils-teils (0), terminlich flexibel (+ 10)

8. Liegt zwischen Hin- und Rückfahrt häufig ein Samstag?
ja (+10), teils-teils (0), nein (- 10)

9. Müssen Sie jeden Cent umdrehen oder lassen Sie sich eine Zugfahrt nach Ihren Wünschen auch mal was kosten?
sparsam (-10), preisunabhängig (0)

10. Fahren Sie immer direkt vom Start- zum Zielort und wieder zurück oder machen Sie auch Dreiecksfahrten, bei denen Sie zwei Fahrtziele kombinieren, z.B. Hamburg-Berlin-Hannover-Hamburg?
immer direkte Fahrten (0), auch Dreiecksfahrten (-10)

Ihr Bahnfahrer Profil

+40 bis +20 vcd.komfort Punkte
Gratulation! Sie gehören zu den Gewinnern des neuen Preissystems! Für Sie wird Bahnfahren deutlich preisgünstiger und bequemer. Freuen Sie sich auf die Weihnachtszeit!

+20 bis 0 vcd.comfort Punkte
Für Sie sieht es ab Dezember bei der DB gar nicht so schlecht aus, denn immerhin scheinen Sie von dem neuen Preissystem zu profitieren.

0 bis -20 vcd.komfort Punkte
Wenn Sie Ihr Bahnfahrverhalten an die neuen Gegebenheiten anpassen, dürfte sich für Sie im Mittel nicht viel ändern.

-20 bis -50 vcd.komfort Punkte
Schade. Für Sie wird Bahnfahren ab der Vorweihnachtszeit teurer und/oder unbequemer. Sie sollten sich überlegen, ob Sie sich Anfang Dezember mit einer alten BahnCard ein vorzeitiges Weihnachtsgeschenk machen.

-50 bis -90 vcd.komfortPunkte
Entweder Sie zahlen im neuen Jahr fürs Bahnfahren deutlich mehr – oder Sie müssen Ihr Verhalten ändern und den Wünschen und Vorgaben der DB AG anpassen. Unser Adventstipp: Kaufen Sie sich auf jeden Fall noch eine alte BahnCard50, damit Sie sich wenigstens weitere zwölf Monate einen Teil Ihrer gewohnten Flexibilität erhalten können.●

(Fairkehr Nr. 4/2002)

Wohin will die Bahn?

Bahntarife

Der Fahrgast als Beförderungsfall

Von der allgemeinen Aussage, die Bahn sei unzuverlässig und schlecht im Service, hält Michael Frömming nichts. Probleme sieht er bei der DB trotzdem viele.

Rico Oehme, Red. Bremen-Umland ● Der niedersächsische Landesvorsitzende des Verkehrsclub Deutschland (VCD) hat privat gute Erfahrungen gemacht. Er fährt gern mit dem Zug. »Ich empfinde Bahnfahren als angenehm. Und lasse mir das auch von dem neuen Preissystem nicht vergraulen«, sagt Frömming. Dem steht er eher kritisch gegenüber. Vor allem für Stammkunden sieht er schwerwiegende Nachteile. »Durch die geringere Attraktivität der Bahncard25 verprellt sich die Bahn ihre treuesten Kunden. Hier sehen wir die größte Gefahr, dass zum Beispiel Pendler auf das Auto umsteigen«, so Michael Frömming weiter. Auch die weitgehende Abschaffung des Interregio benachteilige die Menschen, die auf den Zug angewiesen sind. Denn nach dem Fahrplanwechsel wird diese Zuggattung zum Teil durch zuschlagpflichtige Intercitys ersetzt, die mit VBN-Tickets gar nicht oder nur mit Aufschlägen zu nutzen sind. So soll der Aufschlag für eine Monatskarte künftig 8,50 EUR betragen. »Das Angebot wird da natürlich schlechter. Die Pendler werden in die Nahverkehrszüge gedrängt, die dann voller werden«, befürchtet der VCD-Landeschef.

Foto: Rico Oehme

Michael Frömming, Landesvorsitzender des VCD Niedersachsen, fordert ein klares Umdenken in der Verkehrspolitik zugunsten der Eisenbahn

Private Konkurrenz

Hier hofft Frömming auf die privaten Eisenbahnunternehmen. Sie könnten die entstehenden Lücken füllen. Und damit zu einer noch größeren Konkurrenz für die Bahn werden. Denn auch heute schon muss sich die Bahn AG mit ihren Mitbewerbern ernsthaft auseinandersetzen. So hat das Land Niedersachsen die Strecke Bremen-Rotenburg-Hamburg in einer sogenannten »Freihändigen Vergabe«, das heißt ohne Ausschreibung, an ein Konsortium privater Eisenbahngesellschaften übertragen. Ab Dezember 2003 wird dieses auf der Strecke sämtliche Nahverkehrsverbindungen von der DB übernehmen.

Doch die Bahn will sich nicht so schnell geschlagen geben, kämpft mit allen Mitteln um ihre marktbeherrschende Stellung. Auch die Länder, die den Nahverkehr bestellen und bezahlen müssen, werden dabei unter Druck gesetzt, sagt Michael Frömming. »Beispielsweise mit der Drohung, keine neuen Fahrzeuge zu bestellen, wenn keine Planungssicherheit vorliegt«, erklärt Frömming weiter. Und so gibt es in Niedersachsen auch einen 10-Jahres-Vertrag über große Teile des Nahverkehrs mit der DB. Der freie Wettbewerb auf Schienen kann sich nur sehr langsam entfalten. Größtes Hindernis hierfür ist, dass das Schienennetz der Bahn gehört. Die damit quasi über Zugang und Nutzungspreise die eigene Konkurrenz kurz hält. »Die Gleise gehören in staatliche Verwaltung, genau wie das Straßennetz. Damit jeder gleiche Zugangsbedingungen hat«, stellt Michael Frömming die Position des VCD klar.

Doch Konkurrenz gibt es nicht nur von den privaten Eisenbahnen. Auch intern ziehen bei der Bahn AG nicht alle an einem Strang. Seit der Umwandlung des Staatsbetriebes in ein privatwirtschaftliches Unternehmen 1994 besteht der Konzern aus vielen einzelnen Gesellschaften. Dass deren Zusammenarbeit nicht immer funktioniert, erläutert Michael Frömming an einem Beispiel: »Auf einem Bahnhof bleibt ein Personenzug mit einer kaputten Lok liegen. Auf dem anderen Bahnsteig wartet ein Lokführer in seiner Güterzuglok. Früher hätte dieser den Zug einfach abschleppen können. Er arbeitet aber beim neuen Geschäftsbereich (GB) Cargo, also Güterverkehr. Und müsste vom GB Nahverkehr, dem der kaputte Zug gehört, extra angefordert und bezahlt werden. Ein Papierkrieg, der ewig dauert. Da gehen doch Synergieeffekte verloren.« Und auch, dass die Bahn eigene Lkw-Speditionen betreibt, findet Frömming den falschen Weg. »Die sind auch noch stolz darauf, dass die Bahn selbst inzwischen mehr Güter mit dem Laster befördert als mit dem Zug «, schüttelt er den Kopf.

Manager statt Experten

Insgesamt fordert der VCD mehr Geld vom Staat für die Bahn, durch Umverteilung weg von der einseitigen Unterstützung des Autoverkehrs. Die politischen Rahmenbedingungen haben sich nach Ansicht des Vorsitzenden in den letzten Jahren in die richtige Richtung verändert. Ein Umdenken müsste aber noch deutlicher erkennbar werden. Und auch die Führungsspitze der Bahn kritisiert Michael Frömming: »Hier fehlen die Experten, die bei der Eisenbahn groß geworden sind, sie von innen kennen. Im Moment sitzen da nur externe Manager, die den Fahrgast als Beförderungsfall betrachten. Denen ist der geplante Börsengang wichtiger als ein funktionierendes Verkehrssystem.« ●

VCD: HINWEISE UND INSIDER-TIPPS

Wir geben Ihnen Hinweise und Insider-Tipps, mit denen Sie das letzte Stückchen Ersparnis aus dem neuen Bahnpreis-System herauskitzeln können. Nicht immer ist das einfach und nicht immer wird es Ihnen gelingen, da oft sehr spezielle Voraussetzungen vorliegen müssen.

Tipp 1: Überlegen Sie genau, mit welcher BahnCard Sie am meisten profitieren!

Bahnfahrer, die sich bis zum 14. Dezember 2002 noch eine alte BahnCard50 zugelegt haben, können mit ihr noch 13 Monate mit 50% Rabatt reisen. Eine bestehende BahnCard können Sie in eine neue BahnCard25 umtauschen und bekommen den Restwert (nur für ganze Monate der Restlaufzeit) erstattet, wenn er mindestens 15 EUR erreicht. Es spricht nichts dagegen, dass Sie zwei verschiedene BahnCards besitzen und so von beiden Systemen profitieren.

Machen Sie den Bahnfahrer-Profil-Test (siehe Seite 9), um abzuschätzen, zu welchem Typ Sie gehören. Oder rechnen Sie mit unserem Preisrechner auf www.vcd.de einige Beispiele durch.

BahnCard50 oder BahnCard25?

Als Bahn-Vielfahrer, der viel alleine reist, sind Sie mit der »alten« BahnCard50 bestens bedient. Denn 50% Rabatt bekommen Sie im neuen Preissystem nur durch Kombination vieler einzelner Nachlässe zusammen und das macht Bahnfahren kompliziert. Mit der BahnCard50 können sie wie gewohnt, jederzeit zum Fahrkartenschalter gehen, auch kurz vor Abfahrt des Zuges, und bekommen ganz Deutschland für die Hälfte des Normalpreises. Flexibler geht es nicht.

Wenn Sie keine BahnCard50 besitzen, müssen sie mehrere Sparangebote kombinieren, um zusammen auf einen ähnlichen Rabatt zu kommen (z.B. zu dritt reisen, um den Mitfahrer-Rabatt und Plan&Spar 25 auszunutzen, oder zu zweit mit zwei BahnCards25 und Plan&Spar 10 oder alleine, aber dann mindestens mit BahnCard25 und dem nur in unter bestimmten Voraussetzungen nutzbaren Plan&Spar 40). Sie sind dann auf bestimmte Züge festgelegt, die Sie nicht verpassen dürfen. Sonst zahlen Sie hohe Stornogebühren.

Verreisen Sie häufig in Gruppen oder zusammen mit der eigenen Familie, können Sie mit der BahnCard25 besser da stehen. Insbesondere bekommen dann Partner/Partnerin und Kinder sehr günstig (für nur 5 EUR) eine eigene BahnCard25.

Tipp 2: Teilen Sie Ihr Ticket!

Suchen Sie sich Mitreisende und nutzen Sie gemeinsam den Mitfahrer-Rabatt. Unsere kostenlose Bahnreisebörse hilft Ihnen dabei. Unter www.ticket-teilen.de können sich bis zu fünf Bahnfahrerinnen und Bahnfahrer zu einer gemeinsamen Reise verabreden.

Versuchen Sie aber auch im Familien- und Freundschaftskreis Bahnfahrten zu kombinieren. Kinder bis 14 Jahre fahren kostenlos mit ihren Eltern oder Großeltern. In Begleitung anderer oder alleine zahlen sie 50 Prozent des normalen Preises; eine zusätzliche Ermäßigung durch den Mitfahrer-Rabatt können sie jedoch nicht nutzen.

Den Mitfahrer-Rabatt bekommen Sie nur, wenn Sie die Fahrkarte vor der Fahrt erwerben. Im Zug wird Ihnen kein Mitfahrer-Fahrschein verkauft! Vergessen Sie nicht, dass auch kostenlos mitreisende Kinder auf dem Fahrschein eingetragen werden müssen.

Gemeinsam reisen spart Geld und macht Freu(n)de

Der Mitfahrer-Rabatt ist eine der Vergünstigungen, mit denen Sie im neuen Preissystem am meisten sparen können. Neu: Er gilt jetzt auch bei Fahrten in einfacher Richtung und ist mit den Rabatten durch Plan&Spar und die neue BahnCard kombinierbar. Vor allem ist er auch bei ausschließlicher Benutzung von Nahverkehrszügen möglich.

Beachten Sie aber, dass Sie den Mitfahrer-Rabatt nur zu einem Mindestpreis von 15 EUR (in der 1. Klasse: 22,60 EUR) bekommen. D.h. sie müssen zu zweit mindestens 22,50 EUR, zu dritt 30 EUR, zu viert 37,50 EUR und zu fünft 45 EUR bezahlen. Das kann sich aber schon auf Strecken lohnen, bei denen jeder einzelne weniger als 15 EUR bezahlen müsste (zu zweit ab etwa 100 Kilometern). Und die Bahn verkauft Ihnen dann auch ein Mitfahrer-Ticket zum genannten Preis.

Tipp 3: Buchen Sie Plan&Spar frühzeitig!

Wenn sie sich auf eine bestimmte Verbindung festlegen können und wollen, sollten Sie den Frühbucher-Rabatt »Plan&Spar« nutzen, sofern er angeboten wird.

Holen Sie Sich dann ihren Fahrschein rechtzeitig, am besten weit vor Verkaufsschluss für das jeweilige Plan&Spar-Angebot. Denn die Zahl der günstigen Fahrscheine ist beschränkt. Gerade bei Zügen, die zu den Spitzenzeiten Freitag Nachmittag, Sonntag und um Feiertage bzw. in der Haupt-Urlaubszeit verkehren, werden nur 10 Prozent der Plätze billiger verkauft. Diese »Schnäppchen« werden sehr schnell ausverkauft sein.

Fahrkarten können Sie frühestens drei Monate vor Reisebeginn (dem ersten Geltungstag der Fahrkarte) erwerben. Nutzen Sie diesen Zeitraum!

Wer planen kann, spart

Mit Plan&Spar legen Sie sich auf eine bestimmte Zugverbindung fest. Sie können dann nur diese Züge benutzen und müssen rechtzeitig am Bahnhof sein. Wenn Sie den Zug aus eigenem Verschulden oder dem Verschulden dritter (z.B. Bus) versäumen, verfällt Ihr Ticket und Sie können es nur gegen hohe Stornogebühren zurück geben. Zumeist ist es dann sogar billiger, die Fahrkarte einfach wegzuwerfen und eine neue zu kaufen. Dabei zahlen Sie drauf.

Nur wenn die Bahn AG selbst die Verspätung zu verantworten hat, dürfen Sie auch mit dem nächsten Anschlusszug weiter fahren. Die Verspätung sollten Sie sich dann am besten vom Zugbegleiter bestätigen lassen.

Plan&Spar hat je nach Rabattstufe Vorverkaufsfristen von bis zu sieben Tagen, Bindung an Hin- und Rückfahrt und an ein Wochenende. Vor allem aber die Kontingentierung der Plan&Spar-Tickets wird dafür sorgen, dass sie zu den Hauptreisezeiten so gut wie nicht zu erhalten sind. Buchen Sie lange vor den ersten Reisetag, haben Sie noch die besten Chancen in der »Plan&Spar-Lotterie«.

Tipp 4: Holen Sie sich »Plan&Spar«!

Den Plan&Spar-Rabatt gibt es nur, wenn Sie mindestens eine Teilstrecke der Fahrt in Zügen des Fernverkehrs (IC, EC, ICE, ...) reisen. Außerdem gilt ein Mindestpreis von 15 EUR (in der 1. Klasse: 22,60 EUR) je Fahrtrichtung für eine Person. Liegt der Normalpreis unterhalb dieser Grenze, lohnt es sich nicht, Anstrengungen zu unternehmen, damit Plan&Spar verwendet werden kann.

Bei Überschreiten der Mindestpreisgrenze kann es sich aber auszahlen, den zusätzlichen Rabatt einzustecken. Es gibt verschiedene Tricks, um die Anwendung von Plan&Spar zu erzwingen.

Überprüfen Sie, ob eine Fahrt ganz oder auch nur teilweise in Fernzügen nicht günstiger ist, als eine Fahrt nur in Nahverkehrszügen, weil auch bei der Nutzung von Fernzügen nur auf einer Teilstrecke Plan&Spar eingesetzt werden kann. Für den Abschnitt der Reise, den Sie dabei in den Nahverkehrszügen zurück legen, sind Sie nicht auf einen bestimmten Zug festgelegt. Nur der Anschluß in den festgelegten Fernverkehrszug sollte erreichbar sein.

Beispiel: Passau München

hin und zurück im Regionalexpress; kein Plan&Spar möglich, da nur Nahverkehr	50,40 EUR
mit der Regionalbahn bis Plattling und weiter nach Passau mit Intercity/EURcity und umgekehrt zurück zum vollen Preis	60,40 EUR
... aber mit Plan&Spar 40 nur noch	36,40 EUR

Wenn nur Nahverkehrszüge auf der Strecke verkehren, die Sie zurücklegen wollen, buchen Sie zusätzlich eine kleine Vorlauf- oder Nachlaufstrecke in Fernverkehrszügen, die Sie gar nicht anzutreten brauchen. Für den Abschnitt der Reise, den Sie dabei in den Nahverkehrszügen zurück legen, sind Sie nicht auf einen bestimmten Zug festgelegt. Sie bleiben also flexibel. Oder vesuchen Sie, ob Sie durch einen kleinen Umweg mit Fernverkehrszügen reisen können. Beides kann günstiger sein, weil dadurch Plan&Spar eingesetzt werden kann. Je länger die gesamte Fahrstrecke, desto eher wird die Suche nach Plan&Spar sinnvoll.

Beispiel: München (Hauptbahnhof) Regensburg

Die Strecke wird nur mit dem Regionalzug befahren, kein Plan&Spar möglich,

da nur Nahverkehr hin und zurück:	38,40 EUR
München Pasing – München Hauptbahnhof mit IC und ab München weiter in Regionalzügen mit	
Plan&Spar 40	30,00 EUR
... und mit mit Plan&Spar 25	36,80 EUR

Falls keine dieser Varianten angeboten wird, können Sie sie unter Umständen auch durch Vorgabe von Via-Bahnhöfen und Aufenthaltszeiten erzwingen. Diese Fälle alle durchzuspielen kann jedoch kompliziert werden. Zwischenaufenthalte sind bis zu 12 Stunden pro Bahnhof möglich. Die Reisedauer darf insgesamt nicht mehr als zwei Tage (Tag des Reiseantritts und der Folgetag, genauer: bis 3 Uhr des zweiten auf den Reiseantritt folgenden Tags) übersteigen.

In Nahverkehrszügen kann aber auch das Schöne-Wochende-Ticket (bis 5 Personen, am Samstag oder Sonntag) für 28 EUR oder ein Länderticket (bis 5 Personen unter der Woche, mit Ausschlusszeiten am frühen Vormittag und Nachmittag) für 21 EUR eine Alternative sein.

Tipp 5: »Plan&Spar«-Restbestände mobilisieren!

Wenn »Plan&Spar« für Ihren Zug nicht zu bekommen ist, können Sie eventuell auf einen früheren oder späteren ausweichen. Oder versuchen Sie eine andere Produktklasse, z.B. indem sie »ohne ICE« buchen.

Wenn alle Plan&Spar-Plätze in der zweiten Klasse ausgebucht sind, versuchen Sie, in der ersten Klasse etwas zu bekommen. Das rentiert sich finanziell aber nur, wenn Sie Plan&Spar 40 verwenden können keine BahnCard25 für die 2.&Klasse besitzen. Dann fahren Sie in der 1. Klasse immerhin zum selben Preis wie mit Plan&Spar 10 in der zweiten.

Ist »Plan&Spar« in keinem durchgehenden Zug zu haben, können Sie auch versuchen, die Reise mit Via-Bahnhöfen und Aufenthaltszeiten in Teilabschnitte zu zerlegen. Für die einzelnen Teilstücke besteht vielleicht noch eine Plan&Spar-Möglichkeit. Nicht empfehlenswert ist es, dabei einzelne Fahrkarte zu kaufen. Denn die sind aufgrund der degressiven Normalpreise teurer. Außerdem kommen Sie auf den Teilabschnitten schnell unter die Mindestpreisgrenze für Plan&Spar.

Tipp 6: Sonderangebote nutzen!

Ein paar Sonderangebote bleiben bestehen, vor allem im

Fortsetzung nächste Seite

RECHTSROCK

Einstiegsdrogen

Die Ermittler sind im Jahr 2002 scharf gegen die rechtsextreme Musikszene vorgegangen. Dort werden schon wieder zwei Bands als »neue Landser« gefeiert.

»Schlag gegen rechte Kultband«, »Polizei verhindert Neonazi-Konzert« oder »Anklage gegen Skinhead-Band« – das alles sind Schlagzeilen der Berliner Zeitungen im fast abgelaufenen Jahr. Selten zuvor sind die Staatsschützer bundesweit so scharf gegen die rechte Musikszene vorgegangen, wie im Jahr 2002. Die Anklage gegen die Skinhead-Kultband »Landser« war sogar der Tagesschau eine Meldung wert. Offenbar haben die Ermittler erkannt, dass der Hetz-Sound die Einstiegsdroge auf dem Weg nach rechts außen ist.

Vor allem in Berlin konnten sich rechte Bands in den vergangenen Jahren so ziemlich alles erlauben. »Landser« musste erst vier CDs auf den Markt werfen, bis die Ermittler nach neun Jahren endlich dahinter kamen, wer aus dem kleinen Kreis der rechten Rockergang »Vandalen« die Hetzparolen ins Mikro gegrölt hat. »DST« (wahlweise »Doitsch, Stolz, Treu« oder »Dr. Sommer Team«), die zweite Berliner Band, die mit ihren Hass-Texten bundesweit bekannt wurde, gab so viele Konzerte im In- und Ausland, dass es »nur« sechs Jahre gedauert hat, bis der Staatsschutz im Mai 2002 endlich bei den Musikern vor der Tür stand. Erstaunlich, denn schon im Januar 1999 hatte die Polizei ein Konzert von »DST« in Pankow zum 66. Jahrestag der Machtübernahme durch die NSDAP aufgelöst, so ist es jedenfalls im Berliner Verfassungsschutzbericht von 1999 nachzulesen. »Macht und Ehre«, die seit Mitte der 90er Jahre CDs mit Liedern wie »NSDAP«, »Kanacken raus« oder »Ali Drecksau« produzierten, sind bis heute ohne jedes gerichtliche Strafverfahren davon gekommen.

Ein trauriges Kapitel in der jüngeren rechten Musikgeschichte ist auch der Fall Toni Stadler und die »White Aryan Rebels«. Mit freundlicher Unterstützung des brandenburgischen Verfassungsschutzes konnte der 28-Jährige nicht nur seinen Szene-Shop in Guben betreiben, sondern an Produktion und Vertrieb der CD »Noten des Hasses« der »White Aryan Rebels« mitwirken. Als Spitzel im Auftrag des Staates hatte er lange nichts zu befürchten. Die Behörde gab sogar noch Tipps, wie sich Stadler bei einer Hausdurchsuchung verhalten solle. Nach einer Razzia im Sommer landete Stadler schließlich doch hinter Gittern. Im November 2002 wurde er nach einigen Monaten in Untersuchungshaft zu zwei Jahren auf Bewährung verurteilt.

Mit Mirko Hesse aus dem sächsischen Langburkersdorf flog in diesem Jahr ein weiterer fragwürdiger Informant des Verfassungsschutzes auf. Der 27-Jährige, der unter anderem an der Produktion der letzten CD von »Landser« beteiligt war, kassierte nebenbei noch eine sechsstellige Summe vom Bundesamt für Verfassungsschutz für Spitzeldienste. Hauptberuflich hat Hesse in den vergangenen Jahren über sein Label »H.A. Records« rund 20.000 rechtsextreme CDs vertrieben. Im November wurde er unter Berücksichtigung einer früheren Strafe zu vier Jahren Haft verurteilt.

Doch nur selten landen die Musiker oder Produzenten der rechten Hetzsongs im Gefängnis. Auch der Sänger der »White Aryan Rebels«, Lars Burmeister, kam mit einer Bewährungsstrafe von 22 Monaten davon. Und das, obwohl der vorbestrafte Burmeister als Überzeugungstäter gilt und schon seit Anfang der 90er Jahre in der Neonazi-Szene mitmischt, unter anderem als ehemaliger Landesvorsitzender der FAP. Auch die Musiker und Helfer von »Landser« haben zwar den Prozess noch vor, aber das Schlimmste schon hinter sich. Mehr als Bewährungsstrafen wird es auch hier kaum geben. Nur die »Bewährungsbrüchigen« im Landser-Verfahren müssen sich vielleicht Sorgen machen.

Mit einer Bewährungsstrafe ging auch der rechte Barde Frank Rennicke aus dem Stuttgarter Landgericht. In seiner Berufungsverhandlung um sein »Heimatvertriebenen-Lied« kassierte er 17 Monate auf Bewährung. Gegen die Mitglieder der Band »Stahlgewitter« aus Meppen wird noch wegen Volksverhetzung im Zusammenhang mit der neu erschienen CD »Der Politische Soldat« ermittelt.

Untersuchungshaft, Razzien oder Gefängnisstrafen verleiten die Betroffenen bestenfalls zu etwas mehr Zurückhaltung, meist nur zu mehr Vorsicht. Abschreckend wirken sie offenbar nicht. Gleich zwei Bands werden in der Szene schon als »neue Landser« gefeiert: »Sturm18«, ein Projekt der Gruppe »Sturmwehr« aus Gelsenkirchen, singt im Stil der Berliner Band von der SS, die durch die Straßen zieht. Und »Race War« aus Baden-Württemberg verhöhnt auf ihrem gerade erschienenen Debütalbum die Opfer des 11. September. ●

Benny Bender

Aus: Blick nach rechts, Nr. 25/12.12.2002

FORTSETZUNG VON SEITE 10

Nahverkehr. Es gibt weiterhin das Schöne-Wochend-Tikket (SWT) für 28 EUR, mit dem bis zu fünf Personen einen ganzen Samstag oder Sonntag lang alle S-Bahn, RB und RE benutzen können. Auch in vielen Verkehrsverbünden ist das SWT anerkannt, so dass damit auch Busse und U-Bahnen offen stehen.

In vielen Bundesländern existieren Ländertickets (z.B. das Bayernticket für 21 EUR), die auch unter der Woche Nahverkehrszüge und viele Verkehrsverbünde für bis zu fünf Personen öffnen. Allerdings gelten diese Tickets erst ab 9 Uhr (bis zum nächsten Tag 3 Uhr). Der frühe Vormittag ist Sperrzeit.

Die Deutsche Bahn AG wird außerdem weiterhin spezielle Sonderangebote (z.B. für Messefahrten) anbieten.

Tipp 7: Verkaufen Sie Ihr Ticket!

Können Sie eine Fahrkarte, die mit »Plan&Spar« gebucht wurde, nicht selbst nutzen, entstehen Ihnen bei der Rückgabe hohe Stornogebühren bis zu 45 EUR. Oder sie müssen es einfach verfallen lassen.

Statt dessen können sie ihr Ticket weiter verkaufen. Der VCD stellt dazu auf www.ticket-teilen.de die Rubrik »last minute« als Marktplatz zur Verfügung. Auch wenn Mitreisende kurzfristig abspringen können hier Kurzentschlossene ersatzweise auf den Sparzug aufzuspringen.

Tipp 8: Ihre Kinder fahren immer mit!

Lassen Sie stets Kinder und Enkel mit auf der Fahrkarte eintragen, solange sie nicht älter als 14 Jahre sind. Das kostet nichts zusätzlich. Und falls die »Kleinen« doch mitfahren wollen, können sie das einfach. Umgekehrt ist es nach Fahrkartenkauf nicht mehr möglich, Kinder kostenlos mitzunehmen. Bedenken Sie: Die Rücksitze im Auto fahren Sie auch immer spazieren, meistens leer.

Nur wenn Sie mit Plan&Spar buchen kann es sein, dass Sie nicht mehr genügend Plätze bekommen. Dann sollten Sie auf diese Möglichkeit verzichten.

Tipp 9: Planen Sie Zwischenstopps statt Einzelfahrten!

Falls Sie mehrere Ziele haben, können Sie versuchen, diese durch eine gezielte Fahrtunterbrechung mit einer einzigen Fahrt anzusteuern. Das ist günstiger als zwei Fahrkarten für kürzere Strecken zu kaufen, weil die Preise bei weiteren Strecken billiger geworden sind (degressive Normalpreise).

Geben Sie das Zwischenziel dazu als Via-Bahnhof und die gewünschte Aufenthaltsdauer an. Beachten Sie dabei, dass die Aufenthaltsdauer 12 Stunden nicht überschreiten und die ganze Reise nicht länger als zwei Tage dauern darf (genauer: bis höchstens 3 Uhr am zweiten Tag nach dem Tag des Reiseantritts).

Selbst wenn Sie nochmals eine kurze Stichfahrt vom Via-Bahnhof zu ihrem eigentlichen Zwischenziel zusätzlich zahlen müssen, kann der Gesamtpreis niedriger sein.

Tipp 10: Meiden Sie Mischungen!

Fahrkombinationen der Form erst im ICE, dann ein Nicht-ICE-Zug und schließlich wieder ein ICE sind teurer als andere Kombinationen. Vermeiden Sie solche Konstellationen. Suchen Sie eine andere Verbindung oder andere Strecke. ●

Alternativer Medienpreis 2003

Unkonventionell, frech und meist unbezahlt gehen Journalist/innen und Autor/innen online und on air kleinen und großen Skandalen auf den Grund, recherchieren, schreiben und veröffentlichen, was nicht in Formate zu pressen ist: In Publizistik- und Kommunikationswissenschaft spricht man von »unterbliebenen Informationen«, in der Literaturwissenschaft von »grauer Literatur«.

Der Alternative Medienpreis ist ihnen, den Online-Angeboten und den nichtkommerziellen Radiosendern, gewidmet und deshalb zweigeteilt. Der Nürnberger Radio-Sender Radio Z, seit 1987 auf Sendung, und die Nürnberger Medienakademie e.V. als bundesweiter Bildungsträger im Medienbereich haben 1999 gemeinsam mit vielen Unterstützern und Sponsoren den Alternativen Medienpreis für Beiträge in alternativen Medien aller Sparten ins Leben gerufen. Der Preis wird jährlich für Beiträge aus verschiedenen Mediensparten vergeben. Den Auftakt bildete im Jahr 2000 der Hörfunk. 2001 kam erstmals das Internet hinzu. 2003 wird der Preis zum vierten Mal verliehen.

Teilnehmen können alle, die journalistisch tätig sind in nichtkommerziellen Medien – Medien, die sich aus den neuen sozialen Bewegungen entwickelt haben und die mit ihrer Arbeit einen emanzipatorischen Beitrag leisten. Eingereicht werden können Beiträge in allen Stilformen, Formaten und aus allen Themenbereichen. Diese Beiträge sollten eines der folgenden Kriterien erfüllen:

- ein Thema medienübergreifend darstellen, z.B. Print/Online oder Radio/Online (»cross media«)
- Online- oder Radio-Journalismus in innovativer Form umsetzen
- ein Thema bearbeiten, das von großen Medien vernachlässigt wurde sich intensiv und kritisch mit gesellschaftlichen Missständen auseinandersetzen
- sich mit der nationalsozialistischen Vergangenheit und ihren Auswirkungen auf die Gegenwart beschäftigen.

Unterschiedliche technische und finanzielle Produktionsbedingungen werden bei der Beurteilung berücksichtigt. Zusätzlich beurteilt werden in der Sparte Hörfunk:
– mediengerechte Umsetzung – Sprengung von Hörgewohnheiten – dramaturgische Gestaltung
In der Sparte Internet werden zusätzlich Mediengerechte Umsetzung – Benutzerfreundlichkeit – Interaktivität und Kommunikativität – Vernetzung und Design bewertet.
Die Internetangebote müssen unter Angabe der Web-Adresse mit einer Beschreibung (mindestens ein DIN A 4 Blatt mit Namen und Anschrift eines Vertretungsberechtigten) eingesandt werden. Sie können Ihre Internetangebote auch online anmelden.

Die Radiobeiträge müssen in der Zeit vom 1. Februar 2002 bis 28. Februar 2003 gesendet worden sein. Sie sollten eine Länge von 15 Minuten nicht überschreiten. Ganze Sendungen können als Zusammenschnitt eingereicht werden (CD, MD oder Kassette. Radiobeiträge können Sie ebenfalls online anmelden.
Bis spätestens 28. Februar 2003 (Poststempel) sind die Beiträge bzw. Beschreibungen einzusenden an:
Radio Z, Alternativer Medienpreis, Kopernikusplatz 12
D-90459 Nürnberg, www,radio-z.net

REPRESSION

G8-Staaten drängen auf biometrische Erfassung aller Reisenden

heise online ● Die acht Industriestaaten, die sich im Rahmen der G8-Gruppe regelmäßig konsultieren, wollen der Sicherheitsindustrie ein Geschenk der besonderen Art machen. Nichts weniger als die Aufrüstung der Pässe aller Reisenden weltweit mit biometrischen Merkmalen schwebt dem Gremium vor. Ein entsprechendes Planungsprotokoll, das die »Universalität«, »Dringlichkeit« und »technische Zuverlässigkeit« des Konzepts bestätigt, liegt *heise online* vor. Die Immigrationsexperten des Staatenbundes haben sich auf erste Prinzipien bereits geeinigt. Sie sollen zusammen mit Vorhaben zum Aufbau einer umfassenden Datenbank zur Strafverfolgung des Austauschs von kinderpornographischem Material sowie zum Einsatz verdeckter Ermittler auf dem ersten Treffen des Bunds der Großmächte unter der neuen französischen Präsidentschaft Anfang 2003 vervollständigt und zusammen mit internationalen Standardisierungsgremien umgesetzt werden.

In dem Papier empfiehlt die G8-Arbeitsgruppe mit Nachdruck die Entwicklung eines »vollständigen gemeinsamen technischen Interoperabilitätsstandards«, auf dessen Basis alle Nationen der Welt eine maschinenlesbare Prüfung von Ausweisdokumenten mit körpereigenen Merkmalen einführen sollen. Sie verspricht sich von der Maßnahme eine bessere Bekämpfung des internationalen Terrorismus. Die Experten schüren gleichzeitig die Angst, dass eine Verzögerung der Implementierung eines entsprechenden global interoperablen Systems »Risiken für unsere Bevölkerungen unnötig erhöhe«.

Bei der Standardisierung arbeitet das Immigrationsgremium mit der Internationalen Zivilen Luftfahrtbehörde ICAO zusammen. Die in Montreal sitzende UN-Behörde macht sich seit Jahren im Rahmen der von ihr vorangetriebenen Harmonisierung des Passwesens für die Gesichtserkennung als globales biometrisches Merkmal stark. Unter »aktiver« Beobachtung sind dem G8-Report zufolge auch Fingerabdrücke oder Iris-Scans.

Die G8-Vorlage liest sich in weiten Teilen wie eine Werbebroschüre der Wachstumsindustrie rund um die Biometrie, die seit dem 11. September auf immer neue Großaufträge hoffen darf. Allein die Kosten für den Aufbau der Infrastruktur für die Lesbarkeit der Visa mit biometrischen Merkmalen, die für die Einreise in die USA im nächsten Jahr vorgeschrieben sind, werden mit 3,2 Milliarden US-Dollar beziffert. »Wir haben uns überzeugen lassen«, schreibt nun die G8-Arbeitsgruppe, »dass die biometrische Authentifizierung die individuelle Privatsphäre verbessern, das Reisen erleichtern und die Sicherheit vergrößern kann«. Nötig sei jedoch eine »sachgerechte« Implementierung. »Sorgfältige wissenschaftliche Tests« sollten durchgeführt werden, um die »großen Versprechungen« biometrischer Technologien einzulösen.

Derlei Zusicherungen gibt es schon seit Jahren --und trotzdem belegen Tests immer wieder, dass die Biometrie für Großprojekte bislang nicht einsatzreif ist. »Die Technik einer massentauglichen Identifizierung und Authentifizierung von Personen auf der Basis von Körpermerkmalen steckt offenbar noch in den Kinderschuhen«, lautete etwa das Urteil der c't-Redaktion nach Prüfung von elf verschiedenen Biometrie-Anwendungen im Frühjahr. Bei einem Feldversuch des Pentagons versagte die Software FaceIt von Visionics gar in 51 Prozent der Fälle. Der Leiter des von der Bundesregierung geförderten Projekts BioTrusT, Henning Arendt, schätzt die durchschnittliche Fehlerquote bei Gesichtserkennungssystemen aber »nur« auf knapp zehn Prozent. Für ihn wäre es jedoch »unvorstellbar«, wenn in Zukunft jeder Zehnte Probleme beim Grenzübertritt hätte.»

Neben der Frage nach der Alltagstauglichkeit und Sicherheit« seien auch »viele rechtliche Implikationen noch weitgehend unklar«, befand der Forschungsausschuss des Bundestags im Vorwort zum Bericht des Büros für Technikfolgenabschätzung über biometrische Identifikationssysteme. Datenschützer etwa warnen vor der Anhäufung unkontrollierbarer Datenberge, der Gefahr einer ethnischen Rasterung und der verdeckten Einführung der Schleierfahndung.

Trotzdem hat die Bundesregierung mit dem umstrittenen zweiten Anti-Terrorpaket bereits vor einem Jahr den Grundstein gelegt, um biometrische Merkmale in maschinenlesbarer Form in Ausweise einzubauen. Damals hatten Datenschützer heftig gegen das Vorhaben zur erkennungsdienstlichen Behandlung des ganzen Volks protestiert und kritisiert, dass die biometrische Mobilmachung bei der Terrorismusbekämpfung nicht helfen könne. Denn die vermutlichen Selbstmordattentäter des 11.9. hatten gültige US-Visa. Die Systeme zur stärkeren Überwachung der Bürger sind dennoch weiter auf dem Vormarsch. So sind etwa die neuen EU-Visa, die von April 2003 an auch in Deutschland ausgeben werden, schon auf Biometrie geeicht. Bayerns Innenminister Günther Beckstein hat ferner im November Projekte zur automatischen Gesichtserkennung am Grenzübergang Waidhausen und am Nürnberger Flughafen vorgestellt. ●

Stefan Krempl

Verlag Graswurzelrevolution www.graswurzel.net

Helmut Thielen
DIE WÜSTE LEBT
Jenseits von Kapital und Staat
»Thielen kommt zu dem Schluß: Die Marktwirtschaft ist keine Zivilgesellschaft, sie ist Gewalt. Sie ist nicht (mehr) reformierbar. Dieses Buch ist ein flammendes Plädoyer für Gerechtigkeit, gegen Unterdrückung.«
Neues Deutschland
363 Seiten | 20,50 € | ISBN 3-9806353-3-3

graswurzelrevolution
Monatszeitung für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft
- Widerstand gegen Staat und Krieg
- Befreiung im Alltag
- TheoretikerInnen des Anarchismus und der Gewaltfreiheit
- Concert for Anarchy u.v.m.

Jahresabo (10 Ausgaben) 25 € · Probeabo* (3 Ausgaben) 5 € Vorkasse
* Verlängert sich ohne Kündigung zum Jahresabo. Kündigung jederzeit möglich.

GWR-Vertrieb · Birkenhecker Str. 11 · D-53947 Nettersheim

DER ROLAND-GUTSCHEIN – EINE (VERFASSUNGS-)RECHTLICHE BEURTEILUNG

Eigene Währungen in Umlauf bringen

In unserer Dezember-Ausgabe 2002 wurde ausführlich über den Roland-Gutscheinring berichtet. Nachstehend eine Zusammenfassung der rechtlichen Gegebenheiten vom Manfred Steinbach: Es bestehen in Deutschland weder verfassungsrechtliche noch andere gesetzliche Bedenken gegen das Recht von gemeinwesenorientierten Gruppen, ihr eigenes Geld zu vereinbaren und zu benutzen. Im Gegenteil: Regionale und lokale Geldsysteme wie der ROLAND-Gutschein sind aufgrund ihres vertragsfreiheitlichen Rechtsgeschäftes verfassungsrechtlich höher zu bewerten als gesetzliche Zahlungsmittel.

1. Bisher wurde vielfach behauptet und veröffentlicht, dass die folgenden gesetzlichen Bestimmungen dem Herausgeben eigenen Geldes entgegenstehen sollen:

1.1 1.1 Artikel 14 des Bundesbankgesetzes: »Die Deutsche Bundesbank hat ... das ausschließliche Recht, Banknoten ... auszugeben. Auf Euro lautende Banknoten sind das einzige unbeschränkte gesetzliche Zahlungsmittel.«

1.2 1.2 Artikel 35 des Bundesbankgesetzes: »Mit Freiheitsstrafe bis zu 5 Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft,

1. wer unbefugt Geldzeichen (Marken, Münzen, Scheine oder andere Urkunden, die geeignet sind, im Zahlungsverkehr an Stelle der gesetzlich zugelassenen Münzen oder Banknoten verwendet zu werden) ... ausgibt,
2. wer unbefugt ausgegebene Gegenstände der in Nummer 1 genannten Art zu Zahlungen verwendet.«

1.3 1.3 Artikel 106 des Vertrages von Amsterdam (1997): »Die EZB hat das ausschließliche Recht, die Ausgabe von Banknoten ... zu genehmigen. Die EZB und die nationalen Zentralbanken sind zur Ausgabe von Banknoten berechtigt. Die von der EZB und den nationalen Zentralbanken ausgegebenen Banknoten sind die einzigen Banknoten, die in der Gemeinschaft als gesetzliches Zahlungsmittel gelten. Die Mitgliedstaaten haben das Recht zur Ausgabe von Münzen.«

1.4 1.4 Artikel 16 des Protokolls über die Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB) und der Europäischen Zentralbank (EZB), der sich inhaltlich auf den in Nummer 1.3 erwähnten Artikel 106 des Amsterdamer Vertrages bezieht.

1.5 1.5 § 146 des Strafgesetzbuches: »Mit Freiheitsstrafe nicht unter einem Jahr wird bestraft, wer 1. Geld in der Absicht nachmacht, dass es als echt in den Verkehr gebracht oder dass ein solches Inverkehrbringen ermöglicht werde...«

2. Als erste Entgegnung auf die oben stehende Behauptung, dass es somit rechtlich nicht zulässig sein soll, eigenes Geld herauszugeben, muss auf den *»Rechtskommentar Hahn«* zu § 35 des Bundesbankgesetzes hingewiesen werden. Hiernach wird »die Ausgabe von Scheinen, die nur beim Einkauf in bestimmten Geschäften in Zahlung gegeben werden können, selbst dann **nicht** von § 35 des Bundesbankgesetzes erfasst ..., wenn darauf ein bestimmter Betrag angegeben wird. Das gilt auch für Geldersatz (Wertzeichen, Urkunden), die diese Funktion nur für einen räumlich und personell unbedeutenden und abgegrenzten Bereich haben.«

Diese Voraussetzung für die Ausnahme vom § 35 des Bundesbankgesetzes erfüllt der ROLAND. Der im »ROLAND-Gutscheinring« benutzte Schein im Werte von 5 ROLAND **kann** nur in bestimmten Geschäften »in Zahlung« gegeben werden, nämlich nur in denjenigen, die ebenfalls dem Gutscheinring angehören; in allen anderen Geschäften nicht. Weiterhin gilt der ROLAND auch nur für einen räumlich und personell unbedeutenden und abgegrenzten Bereich (= 48 Mitglieder aus Bremen, Ottersberg, Fischerhude, Quelkhorn, Sottrum, Worpswede, Oldendorf, Delmenhorst und Martfeld im »abgegrenzten« ROLAND-Gutscheinring).

3. Wer nun eventuell äußern will, dass der *»Kommentar Hahn«* nicht mehr als eben nur ein Kommentar sei und es vielleicht noch andere Kommentare mit entgegengesetztem Inhalt gebe, dem kann mit einem zweiten Punkt entgegnet werden.

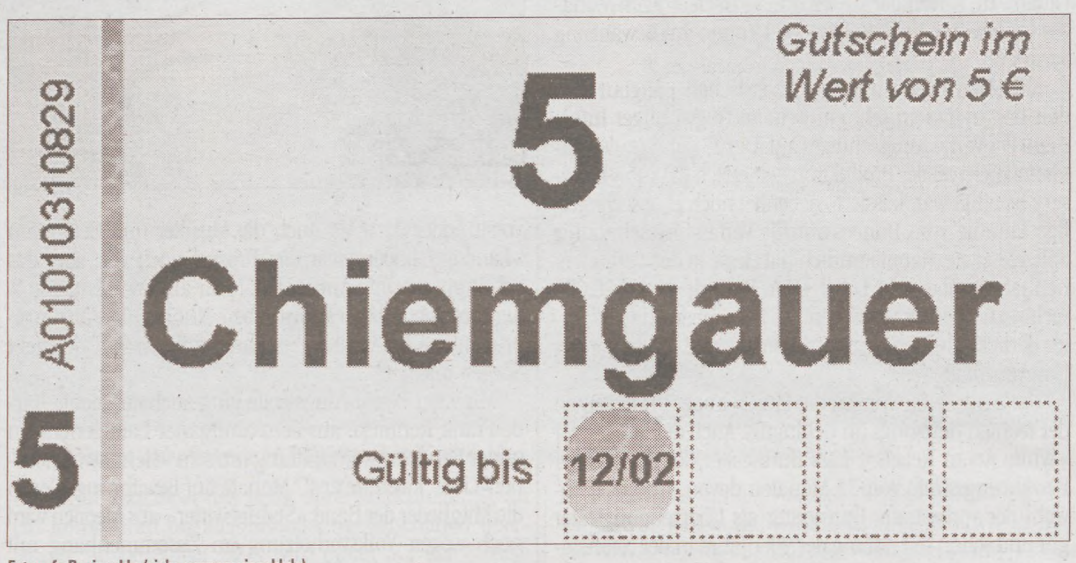
Bernard Lietaer, ehemaliger belgischer Zentralbanker, erwähnt in seinem Buch »Das Geld der Zukunft«, dass die **Europäische Kommission selbst** an der Finanzierung von 4 regionalen Komplementär-Währungsprojekten beteiligt ist, zusammen »Barataria«-Projekte genannt:

1. das schottische ländliche elektronische Buchgeldsystem SOCS,
2. das irische ländliche Gutscheinsystem ROMA im Raum Connacht (an diesem Projekt ist auch Richard Douthwaite, einer der beiden Autoren des Buches »Jenseits der Globalisierung – Handbuch für ein lokales Wirtschaften«, beteiligt),
3. das niederländische elektronische Buchgeldsystem AMSTELNET in Amsterdam,
4. das spanische elektronische Buchgeldsystem BICS in Vallecas in der Nähe von Madrid, organisiert von dem gemeinnützigen LA KALLE (Projekt »3. Sector«).

Würde die EU-Kommission Geldprojekte finanziell unterstützen, die sie selbst als für rechtlich nicht zulässig betrachtet?

4. Der rechtlich entscheidende Punkt, eigenes Geld zu benutzen, soll nun als dritte Entgegnung beschrieben werden.

Die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland, das Grundgesetz, beginnt inhaltlich mit dem Grundrechte-Katalog, der nach einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts (31,73) »den Kern der freiheitlich-demokratischen Ordnung« bildet. Diese Grundrechte binden gemäß Artikel 1 (3) GG Gesetzgebung, Regierung, Verwaltung und Rechtsprechung als »unmittelbar geltendes Recht«, sie sollen sozusagen als Schranken und Richtlinien der Staatstätigkeit die Verfassungswirklichkeit und damit das gemeinwesenbezogene Leben der Bürger prägen. Eines dieser Grundrechte der Bürger – das **Hauptfreiheitsrecht** – steht in Artikel 2 Abs. 1 GG:



Entwurf »Regiogeld« (siehe www.regiogeld.de)

»**Jeder** hat das Recht auf die **freie Entfaltung seiner Persönlichkeit**, sofern er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.«

»Dieses Grundrecht bringt die in der Menschenwürde enthaltene Komponente der freien Entfaltung des Menschen zum Ausdruck und führt insoweit die Freiheitlichkeit als Leitprinzip in die Verfassungsordnung ein« (Hamann/Lenz). Die **allgemeine Handlungsfreiheit** ist gemäß Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts (1,273; 6,36, 74,151) umfassender Ausdruck der persönlichen Freiheitssphäre und zugleich Ausgangspunkt aller subjektiven Abwehrrechte des Bürgers gegen Eingriffe des Staates.

Was hat das alles nun mit der rechtlichen Möglichkeit, eigenes Geld zu vereinbaren und zu benutzen, zu tun?

Sehr viel! Denn nach entsprechenden Entscheidungen wiederum des höchsten bundesrepublikanischen Gerichts (8, 328; 89, 61: 95, 303 ff) zählt zu dem Grundrecht auf die freie Entfaltung der Persönlichkeit auch die **Vertragsfreiheit**. Selbstverständlich in den Schranken: Rechte anderer, verfassungsmäßige Ordnung, Sittengesetz.

Vertragsfreiheit! Kennzeichnend für das Geld-, Kredit- und Währungswesen ist zwar die staatliche, öffentlich-rechtliche Ordnung dieses zentralen Wirtschaftssektors, aber beim Benutzen von Geld (Kauf, Leihen, Schenken) sowie bei der Gewährung von Krediten werden zwischen den beteiligten Menschen **Verträge** abgeschlossen (auch dann, wenn ich meine Brötchen beim Bäcker einkaufe, schließe ich mit dem Bäcker rechtlich einen Kaufvertrag ab, dessen Willenserklärungen – »ich möchte haben und zahle«/»ich biete an und gebe« – auch in mündlicher Form und durch den Austausch Geld/Ware ein Rechtsgeschäft zustande gebracht haben). Und diese Verträge sind nicht **öffentlich-rechtlicher, sondern zivilrechtlicher** Grundlage. Deshalb sind die rechtlichen Bestimmungen über Kauf, Vertrag, Leihe, Tausch, Darlehen, Pacht und vieles mehr – auch das gesamte Zinswesen! – in der sog. »Verfassung des Zivilrechts«, dem Bürgerlichen Gesetzbuch, geregelt.

Welche Pflichten bestehen nun z.B. bei einem Kauf? Nach § 433 BGB wird »durch den Kaufvertrag ... der Verkäufer einer Sache verpflichtet, dem Käufer die Sache zu übergeben und das Eigentum an der Sache zu verschaffen ... Der Käufer ist verpflichtet, dem Verkäufer **den vereinbarten Kaufpreis zu zahlen** und die gekaufte Sache abzunehmen.« Das sind die Pflichten. Inhalt des Kaufvertrages ist demnach, auch den Kaufpreis zu vereinbaren. Das geschieht überwiegend durch stillschweigende Akzeptanz des Käufers über den ausgeschilderten Preis oder durch einen Handel über den Preis der Ware. Unter Umständen ist der Preis auch »Null«, wenn der Verkäufer die Sache beim Verhandeln mit dem Käufer letztlich verschenkt. Bei der Ausübung ihrer **Rechte**, den Kaufpreis zu vereinbaren, bekommt nun auch das Grundrecht der Vertragsfreiheit seine Bedeutung. Nämlich Verkäufer und Käufer können als Kaufpreis auch »1 Sack Kartoffeln« vereinbaren. Es ist jedenfalls überhaupt nicht gesetzlich vorgeschrieben, dass der Kaufpreis mit dem gesetzlichen Zahlungsmittel – dem Euro – zu zahlen ist (§ 244 BGB lässt sogar die Zahlung in ausländischer Währung zu, also z.B. in Rubel, Yen oder Lei). Das kann auch nicht vorgeschrieben sein, denn die Zahlung des Kaufpreises ist gemäß § 433 BGB in die Vertrags- und Vereinbarungsfreiheit der Beteiligten gestellt! Und somit können z.B. die Brötchen mit dem bezahlt werden, was Verkäufer und Käufer selbst als Zahlungsmittel vereinbaren, z. B. mit dem nicht gesetzlichen Zahlungsmittel ROLAND! Dies ist auch abzuleiten z. B. aus dem § 364 BGB: Das Schuldverhältnis (z.B. Zahlung des Kaufpreises) erlischt, wenn der Gläubiger (z.B. der Verkäufer) eine andere Sache als die geschuldete Leistung (z.B. ROLAND anstelle von Euro) an Erfüllung Statt annimmt!

Haben die Beteiligten bei ihrer Vereinbarung, z.B. ROLAND als Zahlungsmittel und nicht das gesetzliche zu benutzen, gegen die Rechte anderer, gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen die guten Sitten verstoßen? Eindeutig: Nein. Im Gegenteil: Aus dem oben Dargestellten ergibt sich, dass die verfassungsmäßige Ordnung den Bürgern die Freiheit gibt, als Zahlungsmittel dasjenige zu benutzen, was zwischen Verkäufer und Käufer vereinbart wird – und erst dann, wenn sie dabei ihre Kreativität nicht haben walten lassen (wollen), wenn sie nichts Spezielles vereinbart haben, erst dann können sie auch das Angebot des Gesetzgebers annehmen und stillschweigend vereinbaren: Der Kaufpreis soll in Euro bezahlt werden! Ausfluss des Grundrechts auf Vertragsfreiheit ist – und jetzt wird es ganz deutlich: Das gesetzliche Zahlungsmittel kann nachrangig benutzt werden!

Durchaus in dem Sinne von dem Wortlaut des § 246 BGB (Gesetzlicher Zinssatz): »Ist eine Schuld nach Gesetz oder Rechtsgeschäft zu verzinsen, so sind vier vom Hundert für das Jahr zu entrichten, **sofern nicht ein anderes bestimmt ist**«!

Und dass nicht der ROLAND, sondern die EZB- und Bundesbank-Autonomie und damit auch der Euro verfassungswidrig sind, das hat der Verfasser dieser rechtlichen Beurteilung bereits an anderer Stelle beschrieben.

Ergo: Das Grundrecht auf die freie Entfaltung der Persönlichkeit, das die gestalterische Freiheit der zivilrechtlichen Verträge beinhaltet, ist Grundlage für gemeinwesenorientierte Gruppen, ihr eigenes Geld zu vereinbaren und zu benutzen. Und: Gemäß Artikel 1 (3) GG bindet dieses Grundrecht die Gesetzgebung, die Regierung und Verwaltung sowie die Rechtsprechung unmittelbar, d. h. Gesetze, die den vertraglichen Zahlungsverkehr regeln, müssen das Recht auf die inhaltliche Gestaltungsfreiheit von Verträgen beachten.

Tauschzettel aus dem Jahr 1932

5. Zum § 146 des Strafgesetzbuches ist zu sagen: Mit der Herausgabe des ROLAND-Gutscheins wird Geld nicht nachgemacht, sondern ganz anderes und neues in den Umlauf gebracht. Und in diesem Sinne und im Sinne des oben Gesagten bedeutet das auch: Wer den ROLAND-Gutschein nachmacht oder fälscht, macht sich gemäß § 146 des Strafgesetzbuches strafbar. Denn im Gegensatz zu den Gesetzen, die in den Nummern 1.1 bis 1.4 genannt sind, spricht der § 146 StGB nicht vom »gesetzlichen Zahlungsmittel«, sondern allgemein von »Geld«; und der ROLAND-Gutschein ist Geld!

6. Als letzte Entgegnung soll hingewiesen werden auf den ROLAND-Gutschein und auf den Gutscheinring als soziales Kunstwerk und als soziale Plastik. Hierbei wird von einem »**Erweiterten Kunstbegriff**« ausgegangen, wie ihn Joseph Beuys entwickelt und wie ihn das Bundesverfassungsgericht definiert hat.

Beuys entwickelt den Erweiterten Kunstbegriff, indem er sichtbar macht, dass jeder Mensch mit seinen in ihm selbst vorhandenen schöpferischen Fähigkeiten und mit seiner Gestaltungsfreiheit ein (potentieller) Künstler ist, der z.B. bis zu den Arbeitsplätzen hin und bis in das Gesetzgebungsverfahren hinein zusammen mit anderen Menschen (Künstlern) seine Lebensordnung selbst gestalten kann bzw. heute muss. Beuys kommt dabei zu der Kernaussage:

KUNST = KREATIVITÄT = KAPITAL

Hier wird ein ganz anderer Kapitalbegriff gedacht, als der, den wir gewohnt sind, der es aber wert und der notwendig ist, nachgedacht zu werden, nämlich: Das eigentliche Kapital der Menschen sind ihre schöpferischen Fähigkeiten, die sich frei verbinden können mit den Fähigkeiten anderer Menschen.

Das Bundesverfassungsgericht hat – unabhängig von Beuys – in mehreren Entscheidungen diesen Erweiterten Kunstbegriff wie folgt definiert:

»Das Wesentliche der künstlerischen Betätigung ist die freie schöpferische Gestaltung, in der Eindrücke, Erfahrungen, Erlebnisse und Gedanken des Künstlers durch das Medium einer bestimmten Formensprache zur unmittelbaren Anschauung gebracht werden.

Der Kunstbegriff ist nicht auf die klassischen Gegenstände (Malerei, Bildhauerei, Musik, Dichtkunst) beschränkt. In Anbetracht der Tendenz in der Kunst, starre Formen und Konventionen zu überwinden, kann nur ein **weiter Kunstbegriff** zu angemessenen Lösungen führen.

Das folgt auch daraus, dass eine wertende Einengung des Begriffs »Kunst« mit der umfassenden Freiheitsgarantie des Artikels 5 (3) GG (»Kunst ist frei«) nicht zu vereinbaren ist.

Die umfassend und vorbehaltslos garantierte Kunstfreiheit betrifft nicht nur die künstlerische Betätigung selbst, sondern auch die Darbietung und Verbreitung des Kunstwerks. Damit enthält Artikel 5 (3) GG ein Freiheitsrecht für alle Kunstschaffenden und alle an der Darbietung und Verbreitung von Kunstwerken Beteiligten, das sie vor Eingriffen der öffentlichen Gewalt in den künstlerischen Bereich schützt. Auch die Werbung für ein Kunstwerk ist mit geschützt.

Aus Sinn und Zweck der Kunstfreiheitsgarantie ergibt sich für die staatliche Gewalt das Verbot, auf Methode, Inhalte und Tendenzen der künstlerischen Tätigkeit einzuwirken, insbesondere den künstlerischen Gestaltungsraum einzuengen oder allgemein verbindliche Regeln für diesen Schaffensprozess vorzuschreiben.

Kunst mit auch eindeutiger **politischer** Absicht unterliegt der grundrechtlichen Gewährleistung nach Artikel 5 (3) GG. Treffen Kunst und Meinungsäußerungen zusammen (sog. Engagierte Kunst), bleibt Artikel 5 Abs. 3 die maßgebliche Norm.«

Entscheidungen aus: 30, 188 ff; 83, 138; 67, 224 ff; 81, 305; 77, 251; 75, 377.

Dieses in Artikel 5 (3) GG verankerte umfassend garantierte Recht der Kunstfreiheit als subjektives Freiheitsrecht verbietet es somit der staatlichen Gewalt, in die gestalterischen Freiheitsrechte der Menschen, die innerhalb des Gutscheinrings den aus ihren eigenen schöpferischen und künstlerischen Gestaltungskräften entwickelten ROLAND benutzen, einzugreifen!

7. Schlussendlich rufen wir alle Menschen auf, sich dem ROLAND-Gutscheinring regional anzuschließen oder ihr eigenes gemeinwesenbezogenes Geldsystem zu entwickeln, sofern sie darin einen berechtigten Sinn sehen bzw. dies als in der gegenwärtigen und zukünftigen Zeit für schlicht notwendig erachten.●

KONTAKT

ROLAND-REGIONAL – Verein für nachhaltiges Wirtschaften e.V., Weißenburger Str. 29, D-28211 Bremen, Tel. (04 21) 491 52 09
Web: www.roland-regional.de
Institut für Soziale Ökologie, Weißenburger Str. 29, D-28211 Bremen, Tel. (04 21) 491 52 09
E-Mail für beide: dietlind@airis.de

PARITÄTISCHE GELDBERATUNG EG, WUPPERTAL

Sparen als Sozialpolitik

Ethische Geldanlagen, bei denen das Sparen mit moralischen Grundsätzen verbunden ist, gibt es inzwischen etliche. Die »Paritätische Geldberatung« stellt das Geld ihrer Kund/innen der Sozialarbeit zur Verfügung. So werden soziale Einrichtungen und itiativen, wie z.B. Kindertagesstätten, Pflegevereine oder Beratungsstellen, unterstützt. »Paritätisch sparen kann jede/r.

Pia Grebe, Red. Genossenschaften ● Kristin Seeland ist eine von Millionen Sparer/innen, die ihr Geld auf ein Sparkonto bringen. Dennoch unterscheidet sie sich von den vielen anderen: Sie hat ihr Sparkonto bei der »Paritätischen Geldberatung«. Und sie verzichtet auch noch auf die Hälfte der ihr zustehenden Zinsen. »Ich möchte mit meinem Geld Sozialpolitik machen«, beschreibt sie ihr Engagement. Jeden Monat überweist sie das Geld, das auf ihrem Girokonto übrig ist, auf ihr paritätisches Sparkonto. Das können mal 20 Euro oder mal 120 Euro sein. Von ihrer »paritätischen Bank« erhält sie einige Tage später eine Sparurkunde, auf der ihr Kontostand und die letzte Kontobewegung nachgewiesen sind – per Post. Diese Urkunde ist wichtig. Denn nur mit dieser Urkunde kommt sie auch wieder an ihr Erspartes, wenn sie mal etwas abheben will – auch per Post.

Die Paritätische Geldberatung war eine der ersten Anbieterinnen von sozialen Geldanlagemöglichkeiten. Sie führt jedoch keine Konten, sondern übernimmt für ihre Kund/innen den gesamten Service, der mit Geldverkehr zu tun hat. Und zwar sowohl für diejenigen, die ihr Geld anlegen, als auch für diejenigen, die ein Darlehen oder einen Zuschuss brauchen. Dabei gilt: Sparen kann jede/r, Darlehen beantragen können nur gemeinnützige Organisationen der Sozialarbeit aus NRW. Neben den Sparkonten bietet die Paritätische Geldberatung aber noch weitere Möglichkeiten, Geld sozial arbeiten zu lassen: Sparer/innen können ihre Zinsen spenden. Entweder teilweise oder komplett. Natürlich bekommen sie dafür eine Spendenquittung.

Kredit für Arbeitslosenprojekt

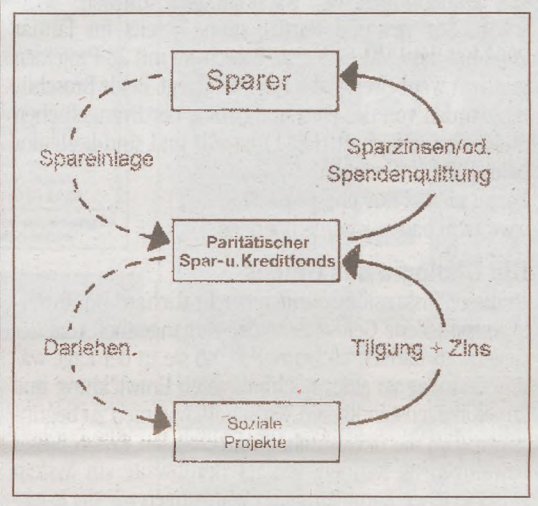
So kann Kristin Seeland auch eine Sparerin aus Bayern oder Sachsen sein. Ihr Geld wird über die Paritätische Geldberatung bei der Bank für Sozialwirtschaft (BfS) sicher angelegt. Es ist mit z.Z. 2,5% verzinst. Schon mit der Eröffnung ihres Sparkontos – mit dem Mindestbetrag von 50,-Euro – unterstützt Kristin Seeland soziale Arbeit. Ihr Geld und das aller anderen Sparer/innen fließt in einen Fonds, aus dem dann Darlehen vergeben werden. So kommt es vielleicht einer Kindertagesstätte zu Gute, die moderne Spielgeräte anschaffen will; oder einer Frauenberatungsstelle, die einen neuen PC braucht; oder einem Beschäftigungsprojekt, das alte Autos ersetzen muss.

Anfang August hat z.B. »Kurz Um e.V.- Meisterbetriebe« – ein Verein in Bielefeld, der Arbeitslose qualifiziert, mit einem Darlehen der Paritätische Geldberatung acht neue Lieferwagen anschaffen können. Die alten Autos waren arg gebraucht und konnten z.T. nicht mehr repariert werden. »Aus eigener Kraft hätten wir das niemals finanzieren können«, sagte dazu die Geschäftsführerin des Vereins, Anke Schmidt. Bei diesem Kredit hat allerdings die BfS kräftig mitgeholfen, denn die Paritätische Geldberatung vergibt Darlehen nur bis zu 50.000,- Euro. Dahinter steckt eine Philosophie: Große Organisationen haben es mit der Kreditgewährung einfacher. Und große Kredite sind für Banken interessanter. Die Geldberatung will mit ihren Krediten explizit den kleinen und kleinsten Vereinen unter die Arme greifen. Diesen helfen oft schon Kleinkredite.

»Über 7 Mio Euro flossen seit Gründung der Geldberatung an soziale Projekte«, sagt Bärbel Wilms-Richter von der Paritätischen Geldberatung.

Fördervereine als Genossen

Kristin Seeland könnte auch Genossenschaftsanteile zeichnen. Sie müsste dafür Mitglied in einem paritätischen Förderverein werden. Den Förderverein kann sie sich aussuchen, die Höhe der Einlage nicht: Ein Förderanteil kostet mind. 100,- Euro. Der Förderverein wiederum beteiligt sich in Höhe der eingezahlten Förderanteile an der Paritätischen Geldberatung. Die Förderanteile werden nicht verzinst. So ist diese Form der Geldanlage eigentlich etwas für Leute, die Geld übrig haben. Wie die Genossenschaftsanteile für Privatpersonen noch attraktiver gemacht werden können, darüber wird gerade nachgedacht.



Ursprünglich steckt hinter den Genossenschaftsanteilen ein Gedanke der Solidarität. Denn die Darlehensnehmer/innen sind verpflichtet, 1% der Darlehenssumme als Anteil zu erwerben. Dadurch erhöht sich das Genossenschaftskapital. Einrichtungen helfen Einrichtungen – so schließt sich der Kreis. Am Genossenschaftskapital von etwa 400.000 Euro sind ca. 500 Organisationen und Personen beteiligt.

Die Fördervereine wurden gegründet, damit sie die Mitgliedsorganisationen des PARITÄTISCHEN Wohlfahrtsverbandes vor Ort betreuen. So sind sie in die soziale Arbeit direkt eingebunden und können das Engagement der Darlehensnehmer/innen besser beurteilen. Die Vorstandsmitglieder der Fördervereine geben, neben den Fachberater/innen des Wohlfahrtsverbandes, ihr Votum für die Kreditvergabe ab. Da die Genossenschaftsanteile über die Fördervereine gezeichnet werden, ist Basisdemokratie gewährleistet. Die Genossenschaft bleibt aber trotzdem überschaubar.

Ob Kindergarten, Drogenhilfe oder Altenwohnen, die PARITÄTISCHEN Sparkonten arbeiten immer nach sozialen Gesichtspunkten

Viel Service ums Geld

Gemeinnützige Einrichtungen in NRW können an die Paritätische Geldberatung einen Antrag für ein Darlehen stellen. Sie bekommen das Darlehen allerdings nur dann, wenn sie Mitglied im PARITÄTISCHEN Wohlfahrtsverband sind oder werden. Die Darlehen kosten 4,65% Zinsen. Zinsgewinne der Paritätischen Geldberatung fließen in einen Fonds, aus dem Zuschüsse vergeben werden.

Gerade Einrichtungen, die in der Sozialarbeit tätig sind, haben es besonders schwer, an Kredite bei »normalen« Banken zu kommen. Entweder ist der Kreditbedarf zu gering oder das Risiko zu hoch. Die Paritätische Geldberatung setzt bei der Kreditvergabe andere Prioritäten – hier zählt der Inhalt der Arbeit. Und manchmal ist eben auch ein Zuschuss drin. Sie bietet außerdem noch eine ganze Menge mehr Service für ihre Einrichtungen: Beratung rund um Finanzierungen, Koordination von Geldgeber/innen bei einem Finanzierungskonzept, Hilfe bei der Erschließung neuer Geldquellen (das sog. Fundraising) und auch Fortbildungsveranstaltungen »rund ums Geld«. »Gerade die Veränderungen und Probleme die durch Basel II auf Organisationen der Sozialwirtschaft zukommen, machen Einrichtungen wie die Paritätische Geldberatung notwendig«, so Wilfried Theißen-Boljahn über den aktuellen Arbeitsschwerpunkt.

Kund/innen bei solchen Geldinstituten sind Menschen, die sich der Macht ihres Geldes bewusst sind. Sie wollen mit ihrem Geld politisch etwas bewegen – so klein der Betrag auch sein mag. Dafür verzichten sie auch auf Zinsen oder Gewinne. »Ich will sicher sein, dass mein Geld nicht Waffenlieferanten oder Atomindustrie unterstützt. Diese Sicherheit bekomme ich nur bei Grünen Geldinstituten oder eben bei der Paritätische Geldberatung«, unterstreicht Kristin Seeland die Ansprüche ihres Geldinstituts.●

Paritätische Geldberatung: die Struktur

Die Paritätische Geldberatung wurde 1986 vom Paritätischen Wohlfahrtsverband NRW gegründet. Seit 1988 vergibt sie zinsgünstige Darlehen, aber auch Zuschüsse an soziale Einrichtungen. Zum PARITÄTISCHEN Wohlfahrtsverband in NRW gehören inzwischen 2.900 Mitgliedsorganisationen aus den verschiedensten Bereichen der Sozialarbeit.

Kontoführende Bank der Paritätischen Geldberatung ist die Bank für Sozialwirtschaft (BfS) in Essen. Die Paritätische Geldberatung ist eine Genossenschaft. Mitglieder sind die paritätischen Fördervereine aus rund 30 Städten in NRW – von Aachen bis Münster, vom Kreis Minden-Lübbecke bis zum Rheinisch-Bergischen Kreis. Sie arbeiten ehrenamtlich und entscheiden, zusammen mit der Paritätische Geldberatung und den Fachberatungen des Paritätischen Landesverbandes, über die Darlehensanträge. 244 Kund/innen speisen den Spar- und Kreditfonds. In 2001 sind knapp 517.000,- Euro an Krediten vergeben worden. Seit Gründung der Geldberatung flossen über 7 Mio. Euro an soziale Projekte.

Kontakt: Paritätische Geldberatung eG, Loher Straße 7, D-42283 Wuppertal, Tel. (02 02) 2822 – 0, Fax 2822 – 344
E-Mail: geldberatung@paritaet-nrw.org
Web: www.paritaet.net oder www.paritaet-nrw.org.
Montag bis Donnerstag 8.30-16.00 und Freitag 8.30-14.30 sind die 5 Mitarbeiter/innen zu erreichen.

BESPRECHUNG

Zukunftssicher Geld anlegen

Die Zahl und die Höhe der Anlagen in Öko- und Nachhaltigkeitsfonds steigen kontinuierlich an. Wer kann da noch den Überblick behalten, welche Fonds sich lohnen und welche es ernst meinen mit dem Anspruch, Geld so anzulegen, dass eine ethische oder nachhaltige Rendite erzielt wird? Das Buch »Zukunftssicher anlegen – Ratgeber Nachhaltigkeits- und Umweltfonds« ist eine informative Hilfe für alle, die überlegen, ihr Geld in Fonds zu investieren.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Ökofonds schnitten im Jahr 2001 um vier Prozent besser ab als konventionelle Fonds. Das Gesamtvolumen der grünen Fonds hat sich im letzten Jahr gegenüber 2000 um etwa 50 Prozent erhöht und gegenüber Ende 1999 sogar vervierfacht. Die Umwelt- und Nachhaltigkeitsfonds investieren in Aktien und Anleihen von Unternehmen, die Ökoprodukte herstellen oder konventionelle Produkte umweltschonender produzieren als der Branchendurchschnitt. Dass der Markt der Umwelt- und Nachhaltigkeitsfonds sich stärker als der Gesamtmarkt entwickelt, zeigt auch die Zahl der aufgelegten Fonds: Ende 1998 waren es erst zwölf, mittlerweile sind es 51.

Zukunftsweisende Anlagen

Der Wirtschafts- und Umweltjournalist Jörg Weber porträtiert Umweltfonds und -zertifikate sowie Fonds für erneuerbare Energien und Nachhaltigkeit: Anlagemöglichkeiten, die nicht nur das Depot aufstocken, sondern auch zum Umdenken im Finanzsektor beitragen sollen. Der Autor zeigt, warum diese Form des Investments keinen Müsli-Touch hat, sondern als effektiv und zukunftsweisend anzusehen ist. Weber wurde bereits mehrfach mit Preisen ausgezeichnet. Er beschreibt anschaulich, präzise und kontrovers die nachhaltige Kapitalanlage – Diskussionsstoff nicht nur für die Szene des grünen Geldes.

Das Buch gibt Hilfen, die glaubwürdigen Fonds von den unseriösen zu trennen und informiert konkret über Ausschlusskriterien, die Verbraucher beachten sollten. Umfangreiche Tabellenwerke erleichtern den Überblick und ermöglichen einen Vergleich zwischen den einzelnen Angeboten und ihren Renditeerwartungen. Aktuelle Kursentwicklungen oder Ergänzungen zu den Beiträgen liefern die dazugehörigen Internetseiten unter www.umweltfonds.de.

Interviews mit Fondsverantwortlichen

Darüber hinaus beantwortet der Ratgeber beispielsweise Fragen wie: Welche Fonds legen vor allem in Wind- und Sonnenenergie-Aktien an? Welche investieren nicht in Rüstung, Atomkraft oder Unternehmen, die Tierversuche durchführen? In Zukunftssicher anlegen geben zudem Fondsmanager in Interviews Einblick in die Welt des Anlagemanagements. So rücken auch Personen in den Vordergrund, die bislang unsichtbar hinter Namen, Logo und Prozentzahlen der Finanzprodukte standen.●

Jörg Weber: Zukunftssicher Geld anlegen – Ein Ratgeber zu Nachhaltigkeits- und Umweltfonds, München 2001, ökom-Verlag, 184 Seiten, mit zahlreichen Tabellen, 15,00 Euro, bestellbar auch über ECOreporter.de, Arndtstr. 41, 44135 Dortmund
Mail: info@ecoreporter.de
Fax: (02 31) 47 73 59 61

BROSCHÜRENBESPRECHUNG

Windkraftfonds beurteilen – Risiken erkennen

Windkraftanlagen sprießen auch weiterhin in Deutschland. Im August hat Bundesumweltminister Trittin den Park persönlich eingeweiht, mit dem die magische 10.000 MW Grenze überschritten wurde. Finanziert werden sie über Windkraftfonds. Erste Probleme beim Erreichen der versprochenen Voraussagen führten nun dazu, dass eine aufschlussreiche Broschüre hier für Anleger weit reichende Entscheidungshilfen zur Verfügung stellt.

Georg Hill, Red. Genossenschaften ● Für eine 1 MW Windkraftanlage sind rund 1,3 Mio. Euro notwendig. Wer aber finanziert diese Anlagen? Bis zu 70% können durch öffentliche Darlehen der KfW fremdfinanziert werden, vorausgesetzt es findet sich eine Privatbank, die zur Kreditabwicklung bereit ist. Die restlichen 30% müssen aber als Eigenkapital eingebracht werden, und da könne leicht mehrere Mio. Euro zusammenkommen. Geschlossene Fonds heißt da die Zauberformel, womit die Projektentwickler das Eigenkapital einsammeln.

Die in Europa einmalige Gesellschaftsform der GmbH & Co. KG bietet hier den idealen rechtlichen Rahmen, bei der den Anlegern/innen maximal mögliche Haftungsbeschränkung (auf die Einlage) kombiniert wird mit Ausschüttungen und Verlustbeteiligungen, die die Gesellschaft in den ersten Betriebsjahren den Kommanditisten/innen zuteilt. Doch auch der mit Ökologie verbundene hohe moralische Anspruch hat nicht verhindert, dass auch in diesem Segment einige schwarze Schafe drohen, die gesamte Branche in Verruf zu bringen. Bei dem Nicht-Erreichen der in den Prospekten versprochenen wirtschaftlichen Voraussagen trifft es immer die privaten Anleger/innen zuerst, denn die Banken haben sich ihre Kredite stets vorrangig absichern lassen.

Prospekte prüfen

Konkurs erster Parks, Rückkauf von Windparks (der Fa. Energiekontor), die den Ertrag nicht erbringen, rechtliche Schritte der sich geprellt fühlenden Anleger bei einigen Beteiligungen haben den BWE, den Bundesverband Windenergie als Interessenvertreter der Windbranche auf den

Fortsetzung auf Seite 14

Ein Kreuzzug für die Zivilisation?

In der Neuerscheinung aus dem PapyRossa-Verlag gibt es reichlich argumentatives Futter, um dem regierungsamtlichen Ausspruch »Wir sind alle Amerikaner« mit einer deftigen Portion Antiamerikanismus zu begegnen. Anders als der Untertitel suggeriert, geht es hier nämlich nicht um um internationalen Terrorismus am Beispiel des aktuellen militanten Islamismus, sondern um den als Terrorismus gewerteten Feldzug des »US-Empires«. Bin Laden sind gerade mal 13 Seiten gewidmet, die sich inhaltlich darin erschöpfen, ihn als Ziehkind des großen Satans zu outen. Ähnlich verhält es sich mit der Analyse der afghanischen warlords. Hauptthema des Buches ist der US-amerikanische Imperialismus und seine Verbrechen. Von daher lesen wir auch über die Ereignisse des 11. September Einschätzungen wie: »Der 11. September war ein Ereignis, das so von den Machteliten der USA sicherlich nicht beabsichtigt oder gewollt war. (...) Unstrittig birgt die neue Lage Vorteile für den Präsidenten Bush.« Nun, dass er's selbst war, der seine Schmutzfinger mit im Spiel hatte, wird zwar nicht behauptet, aber die genüsslich aufgelistete Anhäufung seiner Aktivitäten als Falke und Kapitalistenschwein wird von den Autoren zumindest als Beleg für die Einschätzung herangezogen, dass die Flieger einen Segen für die US-Falken gewesen seien. Wird eine derart offenkundige Verweigerung differenzierte Analysen in der Neuerscheinung jedoch geschluckt, erhellt das Buch durch seine Fülle von Zitaten und Anekdoten und gibt einen durchaus interessanten Einblick in die Schweinereien wie zugleich auch Idiotien des US-Imperialismus. Als Ärgernis bleibt das Fehlen von Fußnoten und eindeutigen Quellenangaben. Aber wer sich bisher fleißig via TV über das Ganze informiert hat, kann sich durch die Lektüre nun ordentlich mit Gegengift versorgen.

Antiamerikanistischer Antiimperialismus aktuell für Anfänger!●

AL C.

Aus: terz, Düsseldorfer Stadtzeitung, 11/02

Werner Biermann / Arno Klönne: Ein Kreuzzug für die Zivilisation? – Internationaler Terrorismus, Afghanistan und die Kriege der Zukunft PapyRossa Verlag 2002, 268 Seiten, 15,50 EUR

FORTSETZUNG VON SEITE 13

Plan gerufen. Der Anlegerbeirat hat nun eine Broschüre mit dem Titel »Mit einer grünen Anlage schwarze Zahlen schreiben« völlig neu überarbeitet. Sie soll interessierten Anlegern/innen die Möglichkeit geben, vorliegende Prospekte für Beteiligungen an Windparkfonds auf Solidität zu prüfen.

Die übersichtlich aufgebaute Broschüre beginnt mit dem wichtigsten: WINDGUTACHTEN. Unter den deutschen Rahmenbedingungen bewirkt eine Abweichung vom prognostizierten Ertrag um -30% einen vollständigen Verbrauch der Ausschüttung von i.d.R. 265% auf nur noch 100%. D.h., das eingesetzte Kapital wird gerade nach 20 Jahren wieder zurückbezahlt. Um ein solches Desaster zu vermeiden, empfiehlt der BWE mindestens drei besser vier Windgutachten/-vergleiche am Standort. Des Weiteren sind diverse Sicherheitsabschläge auf den zu erwartenden Ertrag notwendig, die sich auf bis zu 20% belaufen können.

Hochgesteckte Anforderungen

Außerdem werden Sollgrößen für die Investitions- und die in der letzten Zeit diskutierten Betriebs- und Wartungskosten vorgegeben. Die Versicherer haben kürzlich ihre Prämien drastisch erhöht, da die bisher aufgetretenen Schadensfälle die Prämien übertrafen. Kommentare zur zu erwartenden Rendite und dem Emissionsprospekt runden die Broschüre ab. Ein Wermutstropfen bleibt: Die abschließende Checkliste setzt sehr hohe Anforderungen an alle genannten Aspekte – alle zusammen können aber nie realisiert werden! Der Renditeerwartung der Anleger/innen steht nämlich die vergleichbar hohen Renditeerwartungen der Anlagenbauer und Projektentwickler gegenüber. Nur wenn alle Seiten befriedigt sind, werden Windkraftprojekte auch tatsächlich realisiert.●

BWE Service GmbH (Hg.): Mit einer grünen Anlage schwarze Zahlen schreiben. Tipps für die Beteiligung an einem Windkraft-Projekt, 2002, 15,00 Euro (BWE-Mitglieder 10,00 Euro), Bundesverband WindEnergie e.V., Herrenteichsstraße 1, D-49074 Osnabrück, http://www.wind-energie.de/

7. Linke Literaturmesse

Freitag, 24. Januar bis Sonntag, 26. Januar 2003
im (Ex-) KOMM (K4), Nürnberg, Königstr. 93

Das 1996 gestartete Experiment, linke Literatur samt ihren Autorinnen und Verlegerinnen für ein Wochenende nach Nürnberg zu holen, ist zu einer überregionalen Institution geworden. Ein Wochenende lang stellen hier und 50 linke Verlage* gesellschaftskritische Literatur vor. Es finden Lesungen und Diskussionen statt und an den Ständen können auch Bücher gekauft werden.

Neben der Diskussion an den Ständen bestand letztes Jahr auf 22 Veranstaltungen die Gelegenheit, mit Autorinnen sowie Buch- und Zeitschriftenverlegerinnen zu diskutieren: Krieg-Frieden, Esoterik-Kritik, Antifaschismus, Internationale Solidarität und revolutionäre Bewegungen waren Themen der Veranstaltungen.

Weitere aktuelle Infos über das Organisationsbüro der LLM
im Literaturladen Libresso, Bauerngasse 14, 90443 Nürnberg
Tel.: 0911 / 22 50 36 Fax: 0911 / 27 26 027
e-mail: Gostenhof@web.de

Veranstalterinnen sind:
* Metropolitan – Archiv & Bibliothek
Eberhardshofstr. 11, 90429 Nürnberg
* Gostenhofer Literatur- und Kulturverein e.V. (Libresso)
Bauerngasse 14, 90443 Nürnberg

www.linke-literaturmesse.org

generation-kick.de

Die Zahl der nebeneinander existierenden jugendlichen Lebensstile, Subkulturen und Moden wächst explosionsartig. »Marketingstudien der Industrie sprechen inzwischen von über 400 allein in Deutschland existierenden Jugendkulturen.« (S. 71) Nach Einzelstudien über junge Rechtsradikale, Skinheads, religiöse und andere Szenen legt Klaus Farin, seit 1989 Leiter des Archivs der Jugendkulturen (www.jugendkulturen.de, sowie www.generation-kick.de), nun eine grundlegende Analyse der jugendlichen Subkulturen in Deutschland vor.

Ganz im Sinne der interaktiven Medien findet man im Buch immer wieder Hyperlinks, die auf interessanten Exkursionen zum Ausgangspunkt zurückführen oder mit dem Hinweis »Sollte Sie dieses oder jenes augenblicklich nicht interessieren, blättern Sie weiter zum Haupttext auf S. xy« übersprungen werden können.

Der Tradition soziologischer Forschung folgend, richtet sich Farins Kritik zunächst gegen die Jugendforschung im Allgemeinen, denn »der dominierende pädagogische Impetus der deutschen Jugendforschung, auch der soziologischen, führt dazu, dass Jugendkulturen nicht zunächst wertneutral und neugierig-offen erforscht werden, sondern die Einschätzung und Bewertung der untersuchten Kulturen von Anfang an eine zentrale Bedeutung gewinnt: Das Ziel bleibt die Integration in die Normenwelt und Umgangsformen der zumeist kulturell vollkommen anders sozialisierten Forschergeneration« (S. 15). Weitaus interessanter und auch wichtiger sei es indes zu eruieren, wie die Jugend wirklich drauf ist.

Zunächst gilt die Aufmerksamkeit des Autors der Geschichte der »Jugend« – von der »Wandervogel-Bewegung« in der Weimarer Republik über »Die Fünfziger« bis zu den Hippies und einige altere Subkultur-Modelle – etwa R. Schwendters »Theorie der Subkultur« oder den Studien des CCCS (Birminghamer Centre for Contemporary Cultural Studies). Farin geht davon aus, dass Jugendliche zwischen dem 11. und 19. Lebensjahr im Schnitt sechs bis acht »Kulturen« durchlaufen und häufig zwei oder drei Jugendkulturen und -szenen parallel angehören.

In Deutschland, so der Autor, existieren heute mehr als 600 lebendige Jugendkulturen, sogenannte »artificial tribs«. Deshalb weigert er sich strikt, eine Vorhersage zur Zukunft der Neuen Bewegungen im Jugendsektor zu treffen. Es ist ihm schlicht und einfach nicht möglich, diese chaotische Vielfalt auf eine Zukunftsprognose hin zu trimmen. Denn solche Prognosen »dienten auch schon im letzten Jahrhundert weniger dem Aufspüren zukünftiger Entwicklungen als der lukrativen Vermarktung und Promotion der eigenen Produkte und Person« (S. 206). Insgesamt haben die differenzierten Lebenswelten von Jugendlichen im 21. Jahrhundert überhaupt nichts gemein mit den »Schubladisierungsversuchen« von universitären Schreibtischforschern, kommerziellen Marktschreiern, Trendgurus und anderen professionellen Boulevard-Wissenschaftlern, meint Farin in deutlicher Abgrenzung von anderen Autorlnnen.

Farin versteht Subkultur ais Teil einer konkreten Gesellschaft, der sich in seinen Institutionen, Bräuchen, Werkzeugen, Normen, Wertordnungssystemen, Präferenzen, Bedürfnissen usw. in einem wesentlichen Ausmaß von den herrschenden Institutionen oder der jeweiligen Gesamtgesellschaft unterscheidet. Im einzelnen geht er dann auf Punks, Skinheads, Hooligans, Gothics, Jesus Freaks, Satanisten, Autonome und Neonazis ein.

Den Abschluss bilden Ermutigungen für die LeserInnen, das Buch nicht nur zu konsumieren, sondern zu kritisieren oder Gegenmilieus zu organisieren bzw. die Mitarbeit in entsprechenden Gruppen zu erwägen. Zu guter Letzt also doch eine Bewertung aus Sicht eines distanzierten Erwachsenen?●

A. A.

Aus: Pro ZUKUNFT, Informationsdienst der Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen, Nr. 3/2002
www.junck-bibliothek.at

Farin, Klaus: generation-kick.de. Jugendsubkulturen heute. München: Beck, 2001. 2355. (Beck'sche Reihe; 1407) 9,90 EUR, ISBN 3-406-45947-1

Attac: Sand im Getriebe

Wer hofft, in diesem Buch etwas über das Phänomen ATTAC zu erfahren, wird enttäuscht sein. Es ist eher eine Selbstdarstellung. Was sie wollen, was sie sind und warum sich so viele von ihnen angesprochen fühlen, bleibt im Dunklen. Am interessantesten ist noch die (Vor-)Geschichte von Attac. Über die prinzipielle Gegnerschaft zum Neoliberalismus, den Wunsch nach einem abstrakten besseren Leben für alle und der Forderung nach der sogenannten Tobinsteuer auf Spekulationsgeschäfte kommt die Darstellung leider nicht hinaus. Abgerundet wird das Ganze durch die Grundsätze von Attac, die einen auch nicht viel weiter bringen. Schade eigentlich, so kann man sich wenigstens an dem schönen, bunten Titelbild erfreuen.●

MEIKEL F

Aus: terz, Düsseldorfer Stadtzeitung, 11/02

Ruth Jung, Jose Saramago, Bernhard Cassen, Ignacio Ramonet: Attac: Sand im Getriebe, Edition Nautilus, 128 Seiten für 9,90 EUR

Nachhaltige Entwicklung

Kommunale Nachhaltigkeitsberichte auf der Basis einer CD-ROM mit Mustervorlagen

Das *Ministerium für Umwelt und Verkehr Baden-Württemberg* hat Ende November die *Nachhaltigkeitsberichte aus Boll und Radolfzell* vorgestellt. Beide Kommunen hatten als »Pilotkommunen« an einem Projekt zur Entwicklung der CD-ROM »Nachhaltigkeitsbericht – Mustervorlagen – Indikatoren für eine Lokale Agenda 21« mitgewirkt, das von der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft, Heidelberg (FEST) im Auftrag der Landesanstalt für Umweltschutz Baden-Württemberg durchgeführt wurde. Der »Muster-Bericht« basiert auf dem Indikatoren-Leitfaden der FEST und kann von den Kommunen jeweils für ihre eigene Situation ohne größeren Aufwand angepasst werden. Durch die projektbegleitende Erstellung der Berichte in den Pilotkommunen ist ein praxisnahes Instrument entstanden, das den Kommunen als Grundlage für die kontinuierliche Berichterstattung zur Lokalen Agenda 21 dienen kann.
Die Nachhaltigkeitsberichte und die CD-ROM sind über die FEST zum Preis von jeweils 5 EUR zzgl. Versand zu beziehen, Leitfaden kostet in Verbindung mit der CD-ROM und einem Nachhaltigkeitsbericht ebenfalls 5 EUR (als Einzelexemplar 10 EUR zzgl. Versand).

Broschüre zu Agenda-Projekten in Baden-Württemberg

Das *Ministerium für Umwelt und Verkehr (UVM) in Baden-Württemberg* hat unter dem Titel »Wettbewerb 'Konkrete Projekte zur Lokalen Agenda 21' Projektdokumentation 2000« eine Broschüre herausgegeben. Darin werden 61 Projekte evaluiert und anschaulich dargestellt, die vom UVM im Jahr 2000 gefördert worden waren. Die Förderprojekte geben vielfältige Anregungen zu den vier Dimensionen der Nachhaltigkeit Umwelt, Wirtschaft, Soziales und Partizipation. Bereits im Januar 2002 hat das UVM eine erste Broschüre mit 28 Projekten aus dem Wettbewerbsjahr 1999 vorgelegt. Beide Broschüren wurden von der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST) erstellt und sind kostenlos beim UVM zu beziehen.
Bezug hierbei nur über:
www.uvm.baden-wuerttemberg.de

Die Ökologie des Geldes

In dieser Diskussionsschrift versucht Richard Douthwaite, verschiedene Geldsysteme der Vergangenheit und der Gegenwart danach zu beurteilen, ob sie in der Lage wären, den Weg zu einer nachhaltigeren Entwicklung und zu lokaleigenständigeren Wirtschaftssystemen zu begünstigen. Um die ökologischen und sozialen Krisen besser bewältigen zu können, schlägt Douthwaite ein System verschiedener, komplematärer Währungen vor: die Rückbindung eines »Weltgeldes« an Zertifikate zur Emission von Kohlendioxid, die die Funktion des Wertaufbewahrungsmittels übernehmen sollten, nationale Währungen, die die Funktion des Tauschmittels erfüllen, außerdem lokale Verrechnungseinheiten, wie sie heute schon Tauschringe verwenden und über die eine große Vielfalt sozialer Dienstleistungen verrechnet werden könnten. Die Schrift bietet eine ungewohnte, aber äußerst anregende Perspektive auf unser heutiges Geldsystem und dessen Mängel.

Richard Douthwaite (2002): Die Ökologie des Geldes. Mit einem Vorwort von Bernard Lietaer; Vorwort zur deutschen Ausgabe von Hans Diefenbacher. Heidelberg: Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft, Texte und Materialien, Reihe B, Nr. 28; 92 Seiten, 5 EUR.

Weitere Informationen und Bezug (CD-ROM, Nachhaltigkeitsberichte und »Ökologie des Geldes«):
Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft e.V. – Institut für interdisziplinäre Forschung (FEST), Schmeilweg 5, D-69118 Heidelberg
Telefon: (0 62 21) 912 20, Fax: 16 72 57
E-Mail: stefan.wilhelmy@fest-heidelberg.de
Ausführlichere Informationen:
www.nachhaltigkeit-und-indikatoren.de (»aktuelle Infos« bzw. »FEST Publikationen«).

diego

Kursbuch Kulturförderung

In vollständig überarbeiteter Neuausgabe liegt seit Dezember ein Beratungsklassiker der kulturellen Jugendbildung wieder vor. Das zuletzt 1991 von Angela Birmes und Peter Vermeulen realisierte (und massenhaft verbreitete) »Kursbuch Kulturförderung« wurde jetzt von einem Autorenteam der Herausgeber (LKD, BJKE und Paritätisches Jugendwerk) von Grund auf aktualisiert und bietet auf 320 Seiten u.a.: Antrags-Know-how von A bis Z, Rechtsformen und Finanzierungsarten, Förderung in den Bundesländern (mit ausführlichen Strukturvergleich NRW – Niedersachsen und insgesamt 200 Seiten zu allen Ländern), Förderung des Bundes (Kultur, Jugend, Bildung), Europaförderung von allen Seiten. In weiser Voraussicht haben die Herausgeber (offene) Linklisten fürs Internet angehängt. Checklisten für Antragsteller erleichtern die Orientierung. Trotz »www« ist das Kursbuch auch heute noch ein Muss für jedes Kultur- und Jugendamt, für Einrichtungen und Initiativen, Manager, Künstler, Berater und andere Interessierte. Es kann im Buchhandel, bei den Herausgebern und beim LKD-Verlag, Kurpark 5, D-59425 Unna, Tel. (0 23 03) 6 93 24, Fax 6 50 57, E-Mail: lkd-verlag@lkd-nrw.de, bezogen werden (ISBN 3-93194936-2, 320 Seiten) und kostet 20 EUR (zzgl. Versand).●

u.b.

RechtsRock

»RechtsRock« nimmt erstmals die wissenschaftliche Einordnung des Phänomens RechtsRock aus verschiedenen Perspektiven vor. Die AutorInnen zeichnen die Geschichte der rechtsradikalen Musikszene nacht, analysieren die aktuellen Entwicklungen, werten die Musiktexte und Fanzines aus, beleuchten die Bedeutung von Internet, gehen der Frage nach, welche Rolle Frauen spielen, und stellen einen internationalen Vergleich an. Im zweiten Teil werden Ideen und Konzepte gegen die Verbreitung rechtsradikaler Inhalte vorgestellt.●

Arbeitsstelle Neonazismus an der FH Düsseldorf, Argumente und Kultur gegen Rechts e.V. (Hg.): RechtsRock, Bestandsaufnahme und Gegenstrategie, 540 S., Br, B5, farbig, 24 EUR
ISBN 3-89771-808-1

Neue FLUGSCHRIFT erschienen

20 Jahre AKTION 3.WELT Saar und der bevorstehende Irak-Krieg sind die Schwerpunkte der aktuellen FLUGSCHRIFT, dem Rundbrief der AKTION 3.WELT Saar, dessen 5. Ausgabe jetzt erschienen ist. Die FLUGSCHRIFT hat eine Auflage von 2.000 Exemplaren und umfasst 20 Seiten. Betreut von einer unabhängigen Redaktionsgruppe gibt sie einen Einblick in die politische und soziale Themenvielfalt der AKTION 3.WELT Saar. Eine Bild-Text-Chronik vermittelt einen Einblick in 20 Jahre unabhängige politische Arbeit.

Die AKTION 3.WELT Saar kritisiert die Haltung der Friedensbewegung, die zwar zu Recht gegen den Irak-Krieg ist, jedoch Kritik am Massenmörder und Antisemiten Saddam Hussein meist vermissen lässt. Ein Interview mit Rainer Rupp, ehemaliger NATO-Mitarbeiter und DDR-Spion, bringt diese Haltung zum Ausdruck, die von der AKTION 3.WELT Saar nicht geteilt wird.

Weitere Themen sind:
- »Ball und Gegner laufen lassen«, das Credo von Cesar Luis Menotti, argentinischer Fußball-Weltmeistertrainer von 1978
- Der Lyriker Paul Celan – heimatlos geblieben und selten verstanden
- Israel und die Friedensbewegung – ein schwieriges Verhältnis
- Agenda 21 – Hamsterrad für Nicht-Regierungsorganisationen ?

Die FLUGSCHRIFT wird Mitgliedern und Spender/innen der AKTION 3.WELT Saar zugesandt. Interessenten erhalten kostenlos ein Exemplar gegen Portoerstattung (1,53 EUR): AKTION 3.WELT Saar, Weiskirchener Str. 24, D-66679 Losheim am See, Telefon (0 68 72) 99 30 56, Fax – 57, eMail: a3wsaar@t-online.de. Erhältlich sind noch einige wenige Exemplare der Nummern 3 und 4.●

Gertrud Selzer

Jugendkulturpreis

Praxis Jugendkulturarbeit »zum Nachlesen und Nachmachen« bietet eine aktuelle Broschüre, die in Wort und Bild die 265 Bewerbungen um den Jugendkulturpreis NRW 2002 »für beispielhafte Kulturarbeit von und mit Kindern oder Jugendlichen« vorstellt. Die Projektporträts (70 Seiten im Karteikartenformat mit Kurzbeschreibung, O-Ton Teilnehmer, Rahmenbedingungen und Kontaktadresse) sind zu Themen- und Spartenrubriken zusammengefasst, ein Ortsregister erleichtert die Orientierung über die 113 Bewerberstädte und -gemeinden. Die 100-seitige Broschüre (=infodienst Kulturpädagogische Nachrichten Nr. 65) richtet sich an Kunst- und Kulturpädagogen, Träger und Veranstalter von Angeboten kultureller Jugendbildung und alle Interessierten und ist für 6,39 EUR zzgl. Versand erhätlich beim LKD-Verlag, Kurpark 5, D-59425 Unna, Tel. (0 23 03) 6 93 24, Fax 6 50 57, E-Mail: lkd-verlag@lkd-nrw.de●

u.b.

WIDERSPRUCH
Beiträge zur sozialistischen Politik
43

Linke und Macht

Mitte-Links-Projekt in Europa; SPS auf Linkskurs; Rotgrün, Arbeitslosigkeit und die Gewerkschaften; Wirtschaftsdemokratie, Sozialisierung der Märkte, Linke und Flexibilisierungspakt; Klassengesellschaft; Arbeit und menschliche Würde; Macht und Staat, Globalisierungskritik, Attac, Empire-Debatte

K. Dräger, J. Steinhilber, F. Cavalli, M. Wendl, F. Vilmar, M. R. Krätke, W. Eberle, H. Schäppi, K. Dörre, W. F. Haug, J. Holloway, Y. Kramer, F. O. Wolf

Diskussion

T. Soiland: Mit Foucault gegen Gender
N. Klein: Zukunft der Befreiungstheologie
H. Baumann: EU-Erweiterung ohne soziale Dimension
M. König: Schweiz und Zweiter Weltkrieg

216 Seiten, € 16.– (Abo. € 27.–)
zu beziehen im Buchhandel oder bei
WIDERSPRUCH, Postfach, CH-8026 Zürich
Tel./Fax 0041 1 273 03 02
vertrieb@widerspruch.ch
www.widerspruch.ch

PROJEKTE

KommFrei, Initiative für eine neue Großkommune, verhandelt über 2 Immobilien. Eine Fabrik in Thüringen und eine Klinik im Badischen. Wir brauchen dringend mehr Leute. Bei Interesse wendet euch an
KommFrei, Sulzburger Weg 5b, D-79427 Eschbach
E-Mail: Kommfrei@gmx.de

JOBS

FÖJ-Stelle im Verein für Permakultur und Selbstversorgung in Verden, für alle 16-26 Jahre möglich ab 9/03, Nds. bietet 200E Taschen-& das Kindergeld. Gleichberechtigtes Arbeiten in kleinem Team. Seit '98 wird Waldgartengelände aufgebaut zur Selbstversorgung und als Modellprojekt auf 5ha.
☎(01 71) 156 56 20

ARCHIVE

228 Adressen alternativer Archive und Informationen zu kritischer Geschichtsarbeit in neuer Broschüre. 40 S., 3,80 EUR, Weitere Info unter www.archiv.gesellschaftsanalyse.de/reader.htm
Bestellung von Einzelexemplaren nur gegen Vorkasse 4,48 EUR in Briefmarken bei
ASTA Universität Bremen, Bibliotheksstrasse /StudentInnenhaus, D-28359 Bremen

INTERNETADRESSEN

Auf unserer Website könnt Ihr zu ca. 1.200 Projekten und Betrieben surfen und mit Hilfe unserer Medienlinks andere Medienprojekte und ca. 100 Zeitschriften besuchen. Unsere Link-Liste wird ständig erweitert und mit unserer Datenbank zur Herstellung der BUNTEN SEITEN laufend aktualisiert.
Die komplette Ausgabe 1 und demnächst die Nr. 2 aus dem Jahr 1984 sowie wichtige Beiträge und Inhaltsangaben aus den Jahren 1999 bis 2002 sind auf unserer Archiv-Seite zu finden:
www.contraste.org
Seit August 1999 gibt es eine Kommune-Website mit Selbstdarstellungen, Angeboten und Gesuchen:
www.contraste.org/kommunen

Archiv der sozialen Bewegungen Bremen online.
Unter www.archivbremen.de finden sich die Selbstdarstellung des Archivs, Links und Hinweise zu Bewegungsarchiven, Links zu kritisch-historischem Arbeiten und einige Texte zur Auseinandersetzung mit der Geschichte sozialer Bewegungen.

Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung

13. Jahrgang, Nr. 52, Dezember 2002, 224 S.

Fülberth – Wahl der Wahrheit

Imperialismusdiskussion
Krätke – Mythen der Globalisierung / Labica – Lenin: Vom Imperialismus zur Globalisierung / Binus – Globalisierung ohne Großkapital? / Perschewski – Imperialistische Kräfteverhältnisse / Panitch – Neuer Imperialismus - neue Imperialismustheorie / Wagner – Irak als Vorspiel / Taureck – Monopolistischer Universalismus

Deutsche Ideologien
Engelken/Gondermann/Hund – Antisemitismus ohne Antisemiten? / Diederich – Ein Schritt aus dem „Zeitalter der Extreme"

Und:
Wehr – Staat und Nation (Losurdo II) / Neubert – SED und SPD im Dialog / Souza Porto – Globalisierung und Arbeit in Brasilien

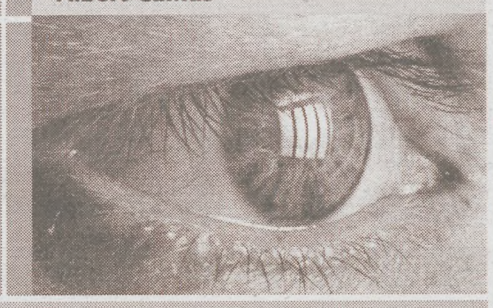
Sowie:
Berichte, Zuschriften, Buchbesprechungen

Beilage:
Heinz Jung – Bibliographie 1957-1996

Z Einzelpreis: 9,50 Euro (zzgl. Vers.); im Abo: 32,- Euro ; Auslandsabo 38,- Euro (4 Hefte/Jahr incl. Vers). Bezug: über e-mail, Buchhandel (ISSN 0940-0648) oder direkt: Z-Vertrieb: Postfach 500 936, 60397 Frankfurt/M. Tel./Fax 069 / 53 05 44 06

www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de
e-mail: redaktion@zme-net.de

»Die Strafe, die züchtigt ohne zu verhüten heißt Rache.«
Albert Camus



Bitte spenden Sie »CONTRASTE« an Menschen in Haft zum Preis von jährlich 45,00 € oder überweisen Sie einen Betrag Ihrer Wahl an: Freiabonnements für Gefangene e.V., Kennwort: »CONTRASTE«
Bank für Sozialwirtschaft, BLZ 100 205 00, Konto 30 85 400
Telefon 030-611 21 89, Telefax 030-61 62 98 99
E-Mail: freiabos@bln.de
www.freiabos.de

Zeitungen für Gefangene

Antidotum, Berlin, Foto: Martin Langer

Einer wird gewinnen
Bush-Imperium, Euroreich oder sozialistische Weltrepublik

Rosa Luxemburg Konferenz
Samstag, 11. Januar 2003
Humboldt-Universität zu Berlin/Audimax

Saalöffnung ab 9 Uhr

Vortrag und Diskussion ab 9.50 Uhr
Mit Beiträgen von: Harpal Brar (Indien, Autor, Publizist); Piero Bernocchi (Italien, nationaler Sprecher der COBAS-Gewerkschaft); Alan Woods (Großbritannien, Autor, Herausgeber); Mumia Abu-Jamal (USA, Journalist, politischer Gefangener); Rodolfo Dávalos (Kuba, Jura-Professor, Uni Havanna); Hans Heinz Holz (CH/BRD, Philosoph)

Podiumsdiskussion ab 15.30 Uhr
Der Krieg kommt – die Linke geht
Mit: Jürgen Elsässer (Journalist); Uwe Hiksch (Bundesgeschäftsführer der PDS); Hans Heinz Holz (Philosoph); Horst Schmitthenner (IG-Metall-Vorstand, angefr.); Peter Strotmann (ATTAC-Rat, angefr.)
Moderation: Rüdiger Göbel (*junge Welt*)

Infos/Karten: 0 30/53 63 55-0
www.jungewelt.de

Linke Liste an der Humboldt-Universität zu Berlin
Cubasi
Die Tageszeitung junge Welt

SoZ Sozialistische Hefte 2

Sonderheft der SoZ · 48 Seiten · 5 Euro

Bestellungen an (5-Euro-Schein liegt bei):
SoZ-Verlag · Dasselstraße 75–77 · D-50674 Köln

Kultur und Emanzipation

Terry Eagleton gibt einen geschichtlichen Überblick über die marxistischen Debatten zur Kultur **Hanna Behrend** erinnert an das schwierige Verhältnis von Arbeiterliteratur und ›sozialistischem Realismus‹ **David Harvey** fragt nach der Rolle der Kunst im Rentierkapitalismus **Christoph Jünke** kritisiert die linke Identitätskritik der 90er Jahre **Francis Mulhern** untersucht die Politik der ›Cultural Studies‹ **Helmut Dahmer** erinnert an den linken Sozialpsychologen Alfred Lorenzer

Die **SoZ – Sozialistische Zeitung** monatlich mit 24 Seiten Berichten und Analysen zum alltäglichen kapitalistischen Irrsinn und den Perspektiven linker Opposition.

Probeausgabe kostenlos.
Probeabo (3 Ausgaben) 5-Euro-Schein liegt bei.

SoZ-Verlag · Dasselstr. 75–77 · D-50674 Köln
E-Mail <redaktion@soz-plus.de> · Webseite <www.soz-plus.de>

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
☎ (06221) 16 24 67
Spendenkonto: Volksbank Bergstraße, BLZ 509 610 01, Kto-Nr. 64076

CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fließen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion. Gerne nehmen wir Eure Texte und Fotos per E-Mail, verarbeiten können wir alle gängigen Formate.

In allen Redaktionen sind ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke.

Vertriebs-, AbonnentInnen- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann die Einladungen zu den zweimal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :
01099 Dresden, Redaktion Dresden, Reinhard Lichtenhahn, Görlitzer Str. 16, ☎ (0351) 802 99 40, Fax 802 99 50; **10961 Berlin, Redaktion Berlin,** Ricarda Buch, Mehringdamm 69, ☎ (0 30) 612 38 27, **E-Mail:** ricabuch@aol.com, **Internet:** www.ricardabuch.de; **18569 Gingst/ Westrügen, Redaktion Rügen/MV,** Andreas Küstermann, Teschvitz 3a, ☎ (038305) 6 00 13, Fax 6 00 14, **E-Mail:** kuema-ostseh-redaktionsbureau@t-online.de, **Internet:** www.presse-verlag-ostseh.de; **22763 Hamburg, Redaktion Hamburg,** Hilmar Kunath, Daimlerstr. 34 ☎ (0 40) 39 90 41 96, **E-Mail:** hilmarkunath@web.de, **Internet:** www.web-line.com/bs/contraste; **23701 Eutin, Redaktion Norddeutschland,** Volker Nadolni, Janussstr. 11, ☎ (04521) 53 12, Fax 29 33; **28201 Bremen, Redaktion Bremen,** Bernd Hüttner, Am Dammacker 8b, ☎ (04 21) 557 90 56, **E-Mail:** bhuettner@niatu.net, **28870 Ottersberg, Redaktion Bremen Umland,** Götz Paschen, Große Str. 81, ☎(04205) 77 99 66, Fax 77 99 65, **E-Mail:** torfkurier@t-online.de; **37085 Göttingen, Redaktion Göttingen,** Kai Böhne, Wilamowitzweg 3, ☎ (0551) 5 75 46; **49008 Osnabrück, Redaktion Osnabrück,** Herrmann Cropp, Postfach 18 11, ☎ (05402) 73 73, **E-Mail:** packpapier.verlag@t-online.de, **Internet:** www.packpapier-verlag.de; **51063 Köln, Redaktion Köln/Bonn,** Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, ☎ (0170) 593 89 00, (0221) 640 52 45, Fax 640 31 98, **E-Mail:** h-weinhausen@foni.net; **60316 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main,** netz Hessen, Uwe Weppler, Bornheimer Landstr. 22, ☎ (069) 131 04 07, Fax 131 04 08, **E-Mail:** u.weppler@paritaet.org; **Redaktion Saarland,** AKTION 3. Welt Saar, 66674 Losheim, Weiskirchener Str. 24, ☎ (06872) 99 30 56, Fax 99 30 57 **E-Mail:** a3wsaar@t-online.de und Netzwerk Selbsthilfe Saar e.V., 66111 Saarbrücken, Nauwieser Str. 19, ☎ (06 81) 37 15 02; **69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg,** Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 16 24 67, Fax 16 44 89; **69434 Hirschhorn, Redaktion Neckar/Odenwald,** Stefan Riedel, Neckarsteinacher Str. 38x, ☎ (06272) 36 48, Fax 35 59, **E-Mail:** stefan.r.riedel@web.de; **71729 Erdmannhausen, Redaktion Stuttgart,** Peter Streiff, Im Esper 22, ☎ (0 71 44) 33 22 56, **E-Mail:** peter.streiff@netz-bund.de; **90419 Nürnberg, Redaktion Franken,** Stefan Braig, Kirchenweg 4, ☎ (0911) 393 89 30, Fax 26 77 68, **E-Mail:** schaefer.braig@nefkom.net; **Portugal:** Kurt Regenauer, **E-Mail:** k.regenauer@suedschiene.de, **Internet:** www.suedschiene.de

Fachredaktionen :

Genossenschaften: 79102 **Freiburg,** Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23 · Fax 70 90 84, **E-Mail:** genossenschaft@t-online.de; **Jugendumweltbewegung:** 27283 **Verden,** Peter von Rüden, Artilleriestr. 6, ☎ (04231) 95 75 10, Fax 95 75 12, **E-Mail:** forum@oekozentrem.org; **Sozialpolitik, AG SPAK:** 68167 **Mannheim,** Nico-Reiner Schindler, Pappelallee 31, ☎Fax (06 21) 30 38 13; **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften:** 13359 **Berlin,** Th.-D. Lehmann, Grüntaler Str. 38, **E-Mail:** leh@zorrow.de **und** 27321 **Thedinhausen,** Uwe Ciesla, Finkenburg, **E-Mail:** finkenburg@verden-info.de; **Umweltschutz von unten:** 35447 **Reiskirchen-Saasen,** Jörg Bergstedt, Ludwigstr. 11, ☎(06401) 90 32 83, Fax 90 32 85, **E-Mail:** projektwerkstatt@apg.lahn.de

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, Über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎ (06221) 18 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 1/02
Herstellung:
Zündsatz GbR, Postfach 10 45 20,
69035 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o CONTRASTE
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
contraste@t-online.de
Internet:
www.contraste.org

Endredaktion:
☎ (06221) 18 34 02
Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Telefax:
☎ (06221) 16 44 89
(10 bis 17 Uhr)

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen 5 EUR (jede weitere Zeile 1 EUR)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen 21 EUR (jede weitere Zeile 2,6 EUR)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 5 EUR
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 26 EUR. Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum 15. des Monats

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

Bunte Seiten
Verzeichnis alternativer Projekte, Initiativen & Betriebe
Mit Reader der AlternativMedien

13.500 ausgewählte Anschriften alternativer Bewegungen

Sonderseiten:
Anders Reisen, Bildung, Solidarökonomie
Kommunen, Umsonstläden

CONTRASTE Ausgabe 2003+

BUNTE SEITEN 2003+

Die Neuauflage der BUNTEN SEITEN – Das Adressenverzeichnis der Alternativen Bewegungen mit Reader der AlternativMedien im Innenteil – ist gerade erschienen. Das Verzeichnis enthält neben ca. 13.500 Anschriften alternativer Projekte, Initiativen & Betriebe auch wieder Sonderseiten mit redaktionellen Beiträgen zu den Themen Anders Reisen, Bildung, Solidarökonomie, Kommunen und Umsonstläden.

Die Anschriften aus der BRD, Österreich und der Schweiz sind nach Postleitzahlen und Rubriken sortiert, der internationale Bereich nach Ländern.

Der »Reader der AlternativMedien« im Innenteil stellt ca. 1.200 linke und alternative Zeitschriften mit zahlreichen Hinweisen zu Themenschwerpunkten, Ansprüchen, Preis, Verbreitungsgebiet etc. vor. Desweiteren werden Verlage, Freie Radios und Film & Videogruppen aufgeführt.

CONTRASTE e.V. (Hg.): BUNTE SEITEN 2003+, 300 Seiten, 23,5 X 29,7 cm, Zeitsprung Verlag Heidelberg, ISBN 3-924085-06-4, 18 EUR, XX sFr

Bestellt werden können die BUNTEN SEITEN 2003+ zum Preis von 18 EUR zzgl. 2 EUR Versandkosten über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

Kommunen

Unter der Rubrik GEMEINSCHAFTEN sind in der Neuauflage der BUNTEN SEITEN 2003+ 191 ausgewählte Anschriften Selbstorganisierter Lebensgemeinschaften aus dem deutschsprachigen Raum und 304 internationale Adressen zu finden.

AlternativMedien

1.200 linke und alternative Zeitschriften mit zahlreichen Hinweisen zu Themenschwerpunkten, Ansprüchen, Preis, Verbreitungsgebiet etc.

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

NIEDERKAUFUNGEN

Wir können auch anders!
Leben in der Kommune
Die Kommune Niederkaufungen ist eine seit 15 Jahren bestehende Lebens- und Arbeitsgemeinschaft von derzeit 70 Personen. An diesem Wochenende wird es um Fragen gehen wie:

- Eine Kasse – und das funktioniert?
- Entscheidungen treffen ohne ChefIn und Abstimmungen?
- Geht im Kollektiv nix oder alles schief?
- Die Kleinfamilie – Hort des letzten Glücks oder Beziehungssackgasse?

Wir haben zwar keine fertigen Antworten, aber mittlerweile viele Erfahrungen im kommunitären Miteinander gesammelt und richten uns mit diesem Seminar an Leute, die Anregungen für ihre eigene weitere Lebensgestaltung suchen und Lust haben, sich mit alternativen Lebensformen auseinanderzusetzen.
Termin: 21.-23.02.2003
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus Niederkaufungen, Kirchweg 1, D-34260 Kaufungen
☎(0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
E-Mail: tagungshaus@t-online.de
www.contraste.org/kommunen

KOMMUNE-INFOTOUR 2003

Tourplan im Februar 2003:
Kassel Sa, 01.02.03;
Mainz So, 02.02.03, 19:30 Interkulturelles Zentrum, Rheinallee 3
Tübingen Mo, 03.02.03; 20:00 Infoladen Tübingen, Schellingstr.6
Ravensburg Di, 04.02.03; 20:00 Kulturladen Karacho Bachstr.27
Zürich Do, 06.02.03, ???? Kulturhaus »rats«, Zwinglihaus, Aemtlerstr.23
Basel Fr, 07.02.03; 20:00 elsi, Elsässer Str. 11
Offenburg Sa, 08.02.03; 20:00 KIK Weingartenstr.34c
Freiburg So, 09.02.03, 19:30 KTS Basler Str. 103

ÖKODÖRFER

Erfolgreiche Ökodörfer & Gemeinschaften
Kaum bekannt, aber es gibt sie seit über 40 Jahren, mit Integration alter oder behinderter Menschen, mit kinderfreundlicher Atmosphäre, Selbstversorgung..., alle mit Toleranz in der Weltanschauung und im Glauben. Die Seminargäste werden unterstützt, herauszufinden, ob für sie ein Gemeinschaftsleben in Frage kommt und ggf. welcher Art. Zum Abschluß wird GemeinschaftenLiteratur vorgestellt. Termine: 2.-5.5.03 im Schwarzwald, 21.-23.3.03 Ökodorf bei Hannover
Info: ÖKODORF-Institut
☎(0 76 22) 67 13 22

JUNGE LINKE

Zieh' Dich aus, Unsichtbarer!
Inzwischen ist der Begriff sogar im RTL-Nachtjournal angekommen: Neoliberalismus. Es geht irgendwie um mehr Freiheit der Bürger, weniger Bürokratie, mehr Leistungsbereitschaft, weniger Sozialstaat. Die GlobalisierungskritikerInnen sind dagegen, die FDP dafür, die Grünen wissen nicht so genau, und bei der SPD weiß man sowieso nie. Wir wollen uns auf diesem Seminar eingehender mit Neoliberalismus, seinen Quellen und Ursachen beschäftigen.
Termin: 25.-26.1.03, Castrop-Rauxel
Information & Anmeldung:
JungdemokratInnen/Junge Linke, Herner Str. 79, D-44791 Bochum
☎(02 34) 57 96 78 72, Fax 57 96 78 74
E-Mail: lqf@lqf.de

Jagd auf Roter Oktober
Sieht mensch einmal von den kümmerlichen Überresten in China, Kuba und Nordkorea ab, so fällt unmittelbar auf: der real existierende Sozialismus gehört der Vergangenheit an. Und da landläufig vergangene Formen gesellschaftlichen Lebens gleichzeitig ein Beleg ihres notwendigen Endes sind, ist es ein leichtes, den Kapitalismus gegen alle linken Kritik mit einem kurzen Hinweis auf die Geschichte zu immunisieren. Die Unterstellung, aller Kommunismus müsse immer in Überwachungsstaat, Massenvernichtung und materiellem Elend enden, liegt da auch nicht mehr fern. Damit wird die Geschichte zum politischen Totschlagargument für alle, die es nicht besser wissen (wollen). Wer sich mit diesen Binsenweisheiten nicht zufrieden geben will oder seine eigene politische Position ständig durch diese scheinbar unwiderlegbaren Resultate des Geschichtsverlaufs angefochten sieht, sollte sich ein paar Gedanken mehr zu den historischen Formen des Kommunismus, ihren Inhalten und Bedingungen machen. Dass die Gründe ihres Scheiterns bzw. der Verlauf ihrer Entwicklung nicht nur in sogenannten Menschennatur zu finden sind, kann mensch auch ohne Kommunist zu sein, zumindest vermuten.
Was waren also die Ereignisse der Oktoberrevolution in Russland? Warum gelang es Lenin und Konsorten in Russland das gesamte Land tatsächlich umzukrempeln? War dabei der Tod von Millionen bereits in ihrem Programm angelegt oder schon durch das Wesen des Kommunismus vorherbestimmt? Wie sah denn diese besondere Planwirtschaft aus, die nicht nur, aber ganz schön viel Mangel produzierte? Und in welchem Verhältnis stehen Theorie und Praxis des (ehemals) real existierenden Sozialismus zu einer heutigen Kapitalismuskritik? Also, wenn Du Lust hast mit zu diskutieren: anmelden und vorbeischauen!
Termin: 31.1.-2.2.2003
Anmeldung & Information:
Junge Linke, Postfach 91 04 29, D-30424 Hannover
☎(05 11) 838 62 26, Fax 838 60 11
E-Mail: info@junge-linke.de
Web: www.junge-linke.de

GLOBALISIERUNG

Globalisierung – was steckt dahinter?
Spätestens seit den Massenprotesten gegen den Weltwirtschaftsgipfel in Genua ist der Begriff der »Globalisierung« in aller Munde. Doch was steckt konkret dahinter? Was bedeuten all die Begriffe im Schlepptau: WTO, GATT, GATS, Finanzmärkte, Tobin-Tax, MAI und Co.?
Das Seminar zeigt internationale Zusammenhänge in der Wirtschaftspolitik auf, versucht ideologische und neoliberale Argumente zu entlarven und beschäftigt sich mit den Folgen für das Gemeinwesen. Dieses ist bedroht, wenn es rein wirtschaftlichem Kalkül unterworfen wird, politische Spielräume werden enger, der Abstand zwischen Arm und Reich wächst. Es soll aber auch aufgezeigt werden, dass eine anders verstandene Globalisierung Chancen für positive Veränderungen bergen kann. Hier und an vielen Orten der Welt setzen sich Menschen dafür ein. Auch darum soll es am Wochenende gehen.
Das Seminar wird von attac Hamburg, dem UmweltHaus am Schüberg und KED (Kirchlicher Entwicklungsdienst veranstaltet. Der Teilnehmerbeitrag beträgt 70 EUR, ermäßigt 35 EUR (inkl. Verpflegung und Übernachtung).
Termin: 21.-23.2.2003
Wegen der begrenzten Zahl der Plätze wird um rechtzeitige Anmeldung an den Kirchlichen Entwicklungsdienst, Wulfsdorfer Weg 29, D-22949 Ammersbek gebeten.
☎(0 40) 605 26 03, Fax 605 25 38
E-Mail: info@ked-nordelbien.de

Globalisierung, Soziale Bewegungen und kritische Publizistik
Ein workshop der Peripherie – Zeitschrift für Politik und Ökonomie in der Dritten Welt, des Ludwig-Quidde-Forums und des Institut für Theologie und Politik.
Öffentlichkeit und Gegenöffentlichkeit: Gottfried Oy; Globalisierungkritische Bewegungen: Uli Brand, Dieter Rucht, Peter Waterman und Ilse Lenz; Erfahrungen aus der Frauenbewegung: Christa Wichterich/ Susanne Schulz; Aufgabe internationalistischer Publizistik: Ein Podium mit ila, peripherie, afrika-süd, indymedia und Henning Melber (Mod.)
Termin: 14.-15.02.2003, Münster/ Westf.
Infos und Anmeldungen: info@zeitschrift-peripherie.de
oder: Peripherie, c/o M. Ramminger, Institut für Theologie und Politik, Friedrich-Ebert-Str. 7, D-48153 Münster
☎(02 51) 52 47 38

BUKO

Der Konflikt in Israel und Palästina
Das Seminar wird in vier Workshops gegliedert, deren Ergebnisse am Sonntag zusammengeführt werden. Am Freitagabend wird es verschiedene Input-Referate geben.
Workshop 1: Der Islam – neuer Antisemitismus und alte Missverständnisse.
In vielen arabischen Ländern erlebt der Antisemitismus einen neuen Aufschwung: von der Verfilmung der »Protokolle der Weisen von Zion« bis zum »Jüdischen Finanzkapital«.
Workshop 2: Israel in Gefahr?
Zeichnen sich im strategischen Gefüge zwischen den USA und Israel sowie im arabischen Raum Änderungen ab? Ist Israel der neue »Antichrist«?
Workshop 3: Antisemitismus in Deutschland.
Ist der aktuelle Antisemitismus in Deutschland mehr als nur ein Standortnachteil? Wie unterscheidet sich der Antisemitismus der bürgerlichen Mitte von dem der Linken?
Workshop 4: Palästinensische Diaspora in Deutschland.
Wir wollen mehr über die palästinensische Diaspora in Deutschland erfahren, um etwaigen Pauschalisierungen – alles Extremisten! – ein differenziertes Bild gegenüber stellen zu können, gleichzeitig aber auch ein Bild von den Islamisierungstendenzen in palästinensischen Organisationen zu gewinnen.
Termin: 24.-26.1.2003

Die Rolle des Staates in der Weltwirtschaft
Für EinsteigerInnen: In den zentralen entwicklungspolitischen und internationalen Debatten der 90er Jahre ging es immer wieder um das Verhältnis von Staat bzw. Politik auf der einen Seite und der Macht der Ökonomie bzw. der Transnationalen Konzerne auf der anderen Seite. Das Seminar wird sich am Beispiel konkreter Kampagnen mit der Politik (supra-)staatlicher Institutionen bei der neoliberalen Globalisierung auseinandersetzen. Mit neueren Ansätzen (Gramsci, Althusser, Poulantzas, Arendt) sollen dann die in den Kampagnen vertretenen staatstheoretischen Ansätze analysiert werden.
Termin: 21.-23.2.2003

Biopiraten auf Kreuzfahrt
Dieses Seminar mit Einstiegscharakter wird auf Grund der sehr positiven Resonanz in den letzten Jahren erneut in modifizierter und aktualisierter Form angeboten.
Die Ausbeutung genetischer Ressourcen in den Ländern des Südens ist eines der zentralen Themen der globalisierungskritischen Bewegung. Die Hintergründe dieses Problems sind komplex. Welche Rolle spielt die Patentierung von Lebewesen für die Länder des Südens? Welche globalen Strukturen geben die Verträge vor? In welche Richtung prägen die biowissenschaftlichen Techniken die internationalen Verhältnisse? Wie wehren sich die betroffenen Länder? Ziel ist es, den TeilnehmerInnen zunächst einen Überblick über die unterschiedlichen Aspekte des Themas zu geben. Daran anknüpfen wird eine Diskussion über die politische Bedeutung von Biopolitik für die entwicklungspolitische und internationale Arbeit.
Welche Ansatzpunkte gibt es in der entwicklungspolitischen und internationalistischen Bewegung? Wie lassen sich diese Inhalte der Öffentlichkeit vermitteln und wo findet man Unterstützung für breitere politische Kampagnen?
Termin: 14.-16.3.2003, Bremen
Information & Anmeldung:
BUKO, Nernstweg 32-34, D-22765 Hamburg
☎(0 40) 39 31 56, Fax 28 05 51 22
E-Mail: bukohh@t-online.de

RADIKAL REISEN

Nicaragua
Thema: Neoliberalismus in Nicaragua
Die Zielsetzung der Reise soll sein, von den Gruppen dort zu erfahren, wie linke politische Arbeit in einem völlig verarmten und korrupten Land wie Nicaragua aussehen kann. Welche Themen da wichtig werden, welche Formen der Partizipation und der Politisierung angestrebt werden. Angesichts der Krise der Linken in Nicaragua soll geklärt werden, was von dem Sandinismus noch zu erwarten ist und mit den Partnern soll diskutiert werden, wie eine Politik aussehen kann, die im betroffenen Land die Auswirkungen der Globalisierung bekämpft. Das Oberthema sollte zwischen »Krise des Sandinismus im neoliberalen Nicaragua« und »Auswirkungen der Globalisierung auf die nicaraguanische Alltagskultur und das dortige politische Leben« liegen. Wir werden verschiedenste Gruppen in Managua treffen und einen Einstieg in die Struktur eines Landes finden, in dem die revolutionäre Zeit 12 Jahre vorbei, aber immer noch im politischen und kulturellen Alltag fast ständig präsent ist. Auch werden wir jedoch die malerischen kolonialen Städtchen und Traumstrände Nicaraguas kennen lernen.
Keine Sorge.
Termin: 12.-22.08.2003
Kosten: ca. 750 EUR

Spanien
Die Osterweiterung der EU, Sicherheitspolitische und rassistische Phänomene nach dem 11. September 2001, hohe Arbeitslosigkeit der zunehmende Erfolg von rechtspopulistischen Politikern bei den Wahlen in verschiedenen Ländern sind nicht nur in Deutschland, sondern auch in Spanien aktuelle Themen insbesondere linker Jugendpolitik. Die Spanienreise soll sich vor diesem Hintergrund vor allem mit zwei Schwerpunktthemen beschäftigen. Einerseits soll das Themenfeld europäischer Sozialpolitik diskutiert werden und zum Zweiten über Strategien und Ansätze jugendpolitischer Arbeit gerade im Bereich antirassistischer Politik nachgedacht werden.
Das Thema Sozial- und Arbeitsmarktpolitik in Europa steht daher zunächst im Vordergrund. Dabei solle ein intensiverer Einblick in die aktuellen Probleme in diesem Bereich ermöglicht werden und zugleich die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitische Diskussion in den beiden Ländern vorgestellt werden. Konzepte wie der Ausbau von Job-Vermittlungsinitiativen, der Verkürzung oder Pauschalierung von Arbeitslosenunterstützung, den Vorschlägen der Hartzkommisssion und vergleichbare Konzepte in Spanien sollen in diesem Zusammenhang mit unseren spanischen Partner diskutiert werden. Dabei wollen wir uns zudem einen Einblick in die politische und ökonomische Lage vor Ort verschaffen und nach Möglichkeit z.B. Arbeitsloseninitiativen und Gewerkschaftsvertreter vor Ort besuchen.
Der Zweite Teil wird sich vor allem rassistischen Phänomenen insbesondere in Katalonien zuwenden und auch Zusammenhänge mit den Debatten um die ökonomische Situation aufzuzeigen versuchen. Hierbei soll aber vor allem der zunehmende politische Rechtsruck in Europa, der bei unterschiedlichen Wahlen der vergangenen Jahre zum Ausdruck kam sowie seine Konsequenzen auf politische Jugendarbeit in Europa diskutiert werden.
Termin: März 2003

Finnland
Helsinki und Turku
Wie in den letzten Jahren wird uns unser finnischer Partner Vasemminstonuoret (= «Linke Jugend) einen interessanten und umfassenden Einblick in finnische linke Politik geben. Bei Treffen mit Gewerkschaftlern, Parlamentariern, Studentenvertretern und anderen NGOs werden wir v.a. über finnische Sozialstaats- und Arbeitsmarktpolitik, aber auch Asylpolitik und den bevorstehenden NATO-Beitritt Finnlands diskutieren. Und neben all dem wird auch noch etwas Zeit für finnische Seen und Sauna bleiben.
Termin: 22.-31.08. 2003
Kosten: ca. 280 EUR

Russland – Moskau
Thema: Antisemitismus
Wieder einmal fahren JungdemokratInnen/Junge Linke in die russische Weite. In Diskussionen mit verschiedenen russischen Gruppen, u.a. dem Youth Human Rights Movement und der Anti-Defamation-League, wollen wir uns mit Antisemitismus in Russland beschäftigen. Dabei soll es sowohl um den historischen Antisemitismus, vor allem aber um den gegenwärtigen Antisemitismus gehen. Darüber hinaus wollen wir mit unserem Partner den Stand des Demokratisierungsprozesses diskutieren. Neben dem politischen Programm, ist aber auch genügend Zeit um die touristischen Attraktionen zu besichtigen oder an der Moskwa spazieren zu gehen.
Termin: 7.-20.09. 2003
ca. 390 EUR
Information & Anmeldung:
Jungdemokratinnen/Junge Linke, Greifswalder Str. 4, D-10405 Berlin
☎(0 30) 44 02 48 64, Fax -66
E-Mail: bgs@jdjl.org
Internet: www.jdjl.org

NÜRNBERG

Lateinamerika Woche 2003
Der Trägerkreis Lateinamerika-Woche führt vom 25.01. bis 01.02.2003 im Nürnberger Bürgerzentrum Villa Leon die große alljährliche Lateinamerikawoche durch.
In einem breitgefächerten Veranstaltungsreigen werden Kultur und Politik; Ökonomie und neue soziale und kulturelle Bewegungen Lateinamerikas beleuchtet. Dazu gibt es Konzerte und Lesungen, Informationsveranstaltungen über die Lage der Menschenrechte und der sozial-politischen Situation in einzelnen Ländern. Eines der zentralen Themen wird die kritische Auseinandersetzung mit der ökonomischen Globalisierung und der sozialen Gegenwehr sein – nicht nur in den Ländern des Südens – auch die Vernetzung europäischer sozialpolitischer Basisintiativen wird (z.B. über das Europäische Sozialforum) skizziert werden.
Ausführliches Programm und Info gibt es in der Villa Leon und in vielen Kulturzentren.
Infos unter:
www.lateinamerikawoche.de
Kontakt:
Hans_Hunglinger@kuf.stadt.nuernberg.de

REGIONALENTWICKLUNG

Regionalberatung Regionalmanagement
Die Akademie der Katholischen Landjugend führt zum zehnten mal eine mehrteilige berufliche Qualifizierung für Beratungskräfte in der Regionalentwicklung durch. Die Fortbildung befähigt dazu, beteiligungsorientierte Planungsprozesse zu strukturieren und zielgerichtet zu steuern. Die Teilnehmer erlernen kommunale wie regionale Entwicklungsstrategien mit den Beteiligten umzusetzen und einzelne Projekte in der Produktentwicklung und Markteinführung zu unterstützen.
Der Kurs wird im Zeitraum März 2003 bis März 2004 durchgeführt. Er setzt sich aus fünf Blöcken zusammen und schließt mit dem Zertifikat Regionalberater/Regionalmanager ab. Die Blöcke sind auch einzeln zu belegen.
Einführungsveranstaltung:
22./23.3.2003
Information & Anmeldung:
Akademie der Katholischen Landjugend, Drachenfelsstr. 23, D-53604 Bad Honnef
☎(0 22 24) 94 65 40, Fax 94 65 44
E-Mail: akademie@kljb.org
Beschreibung: http://akademie.kljb.org

LINKE LITERATURMESSE

Die 7. Linke Literaturmesse musste aufgrund von Raumschwierigkeiten verschoben werden. Sie findet wie gewohnt in den Räumen des EX-KOMM in Nürnberg vom 24.-26.1.2003 statt.
Die 8. Linke Literaturmesse ist vom 21.-23.11.2003 vorgesehen.

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/ Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 5 Euro mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg